





~~Bibl. cant. VS Kantonshibl.~~



~~1010206454~~





# Civilgesetzbuch

der

Republick und Kantons

Wallis.

---

Offizielle Original-Ausgabe.

---



Sitten ,

Druck von Stephan Gantoz.

—  
1846.

NB 667/8, 6



3143

# Civilgesetzbuch

der

Republik und Kantons Valais.

---

## Einleitungstitel.

### Von der Wirkung und Anwendung der Gesetze überhaupt.

Artikel. 1. Das Gesetz verfügt nur für die Zukunft; es hat keine rückwirkende Kraft.

2. Die Polizei- und Sicherheits-Gesetze verbinden jeden, welcher das Gebiet des Kantons bewohnt.


Die Grundgüter, selbst diejenigen, deren Besitzer Ausländer sind, werden durch das Gesetz des Kantons regiert.

Die Gesetze in Betreff des Standes und der Rechtsfähigkeit der Personen erstrecken sich selbst auf die im Auslande sich aufhaltenden Walliser.

3. Die Akten sollen laut der, in jenen Ländern, wo sie abgefaßt werden, vorgeschriebenen Formen gemacht werden.

4. Gesetzen, welche die öffentliche Ordnung und Sittlichkeit betreffen, darf durch Privatverträge kein Abbruch geschehen.

5. Fragen, die weder nach dem Text noch nach dem Geist des Gesetzes entschieden werden können, werden nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen behandelt.



# Erstes Buch.

## Von den Personen.

---

### Erster Titel.

#### Von dem Genuße und Verluste der bürgerlichen Rechte.

---

#### Erstes Kapitel.

##### Von dem Genuße der bürgerlichen Rechte.

6. Jeder Walliser-Bürger genießt der bürgerlichen Rechte.

7. Die beständigen Einwohner genießen der bürgerlichen Rechte, jedoch unter den vom Gesetze getragenen Ausnahmen.

8. Der Ausländer genießt nur jener bürgerlichen Rechte, welche den Wallisern im Staate, dem dieser Ausländer angehört, zugestanden sind.

Jedoch wird der Ausländer die Gegenseitigkeit

---

niemals anrufen können um ausgedehnterer oder anderer Rechte zu genießen als denn die Walliser im Kantone genießen, und diese Gegenseitigkeit ist auf die Fälle nicht anwendbar über welche das Gesetz speziell anderswie verfügt hat.

9. Der Staat, die Gemeinden, die befugten Körperschaften und Gesellschaften werden als moralische Personen betrachtet, welche der bürgerlichen Rechte, unter den von den Gesetzen bestimmten Beschränkungen, genießen.

10. Das ungeborne Kind genießt der bürgerlichen Rechte von dem Zeitpunkte der Empfängniß an, wenn es lebensfähig zur Welt kommt.

Im Zweifel wird jenes als lebensfähig vermuthet für welches der Beweis obwaltet daß es lebendig zur Welt gekommen ist, mit Ausnahme des vom Art. 113, Pro. 3 geregelten Falles.

11. Die Existenz und der Tod einer Person, so wie der Umstand, daß eine Person eine andere überlebt habe, müssen, im Falle eines Zweifels, von denjenigen, denen daran gelegen ist, bewiesen werden; mit Ausnahme dessen, was im nachfolgenden Artikel steht.



12. Wenn mehrere Personen durch ein und dasselbe Ereigniß umgekommen sind, so wird, im Falle eines Zweifels, vermuthet, der Volljährige habe den Minderjährigen, von mehreren Minderjährigen, der Ältere den Jüngern, und von mehreren Volljährigen der Jüngere den Ältern überlebt. Ist das Alter der Verstorbenen ungewiß, so wird vermuthet, sie seyen alle zu gleicher Zeit gestorben.

13. Jedes, einem Walliser im Auslande geborne Kind, wird als Walliser betrachtet.

14. Das ausgesetzte, von unbekannten Vater und Mutter erzeugte, auf dem Gebiete des Kantons gefundene Kind ist Walliser-Bürger.

15. Die Frau folgt dem Stande ihres Mannes.

---

## Zweites Kapitel.

Von den Wirkungen der Einbürgerung im Auslande, und von dem Verluste der bürgerlichen Rechte.

16. Der in einem fremden Lande eingebürgerte Walliser-Bürger ist von der Ausübung seiner po-

litischen Rechte und von dem Genuß seiner nützlichen Burschafts- oder Gemeinderechte ausgeschlossen.

17. Der im Auslande eingebürgerte Walliser-Bürger, so wie seine Deszendenten bis zur zweiten Zeugungsstufe einschließlich, können ihre Rechte, durch die Zurückkunft in den Kanton mit der Genehmigung, da ihren Wohnsitz aufzuschlagen, wieder erwerben.

18. Die Kinder eines im Auslande eingebürgerten Walliser-Bürgers, behalten die Ausübung der beim Art. 16 erwähnten Rechte, so lange sie im Wallis wohnhaft sind.

19. Der beständige Einwohner, der sich im Auslande einbürgern läßt, verliert sein Wohnungsrecht im Wallis.

20. Die Kinder des im Auslande eingebürgerten beständigen Einwohners, welche vor der Erwerbung dieses Landsbürgerrechtes geboren sind, behalten ihr Wohnungsrecht im Wallis so lange sie da wohnhaft sind.

Diejenigen dieser Kinder, welche während ihrer Minderjährigkeit ihren Vater ins Ausland gefolgt

sind, können ihr Einwohnungsrecht wieder erwerben wenn sie vor erfülltem fünf und zwanzigsten Altersjahre in den Kanton zurückkehren um da ihren Wohnsitz aufzuschlagen.

21. Der Verlust der bürgerlichen Rechte oder des Genusses derselben kann ebenfalls durch Verurtheilungen erfolgen, aber bloß laut Art und in Fällen, die das Straf-Gesetzbuch bestimmt.

22. Der zur Todesstrafe Verurtheilte ist folgender Rechte beraubt :

Er verliert den Besitz und Genuß aller seiner Güter, und kann auf keine Art darüber verfügen;

Er kann nicht erbsolgen;

Er kann weder durch Schenkung unter Lebenden, noch durch letzten Willens-Verfügung erwerben, es sey denn bloß für seinen Lebensunterhalt ;

Er kann über die vom ihm später erworbenen Güter weder durch Schenkung unter Lebenden, noch durch letzten Willens-Verordnung verfügen ;

Er kann weder die Rechte der väterlichen Gewalt ausüben, noch zu den das Interesse seiner

Frau betreffenden Rechtsgeschäfte seine Ermächtigung oder Einwilligung ertheilen;

Er verliert die ihm auf die Güter seiner Frau von dem Gesetze eingeräumten Rechte; die Erwerbsgemeinschaft zwischen Eheleuten ist aufgelöst;

Er kann weder als Vormund, noch als Curator ernannt werden, noch an einem Familienrathe Antheil nehmen;

Er kann nicht Zeuge seyn;

Er kann vor Gericht weder als Kläger noch als Angeklagter selbstständig rechten, sondern bloß unter dem Namen und durch das Amt eines Curators.

23. Die andern Strafen, welche den theilweisen oder gänzlichen Verlust der im vorstehenden Artikel erwähnten Rechte nach sich ziehen, sind durch die Gesetze bezeichnet.

24. Die Verurtheilungen ziehen den Verlust dieser Rechte erst von dem Augenblicke an nach sich, wo das Urtheil in Rechtskraft übergegangen ist.

25. Im Falle der Vollziehung der Todesstrafe fällt die Erbschaft des Verurtheilten den im Au-

genblicke der Strafvollziehung von dem Geseze zur natürlichen Erbfolge bezeichneten Erben anheim, und die von ihm allfällig früherhin gemachten letzten Willens-Verfügungen bleiben ohne Wirkung.

26. Wenn die Verurtheilung zur Todesstrafe nicht vollzogen werden kann, so wird das Vermögen, welches der Verurtheilte zur Zeit des in Rechtskraft übergegangenen Urtheils besaß, verwaltet und seine Rechte ausgeübt, wie diejenigen der Abwesenden. Derselbe Fall tritt ein bei jeder Verurtheilung zu anderen Strafen, welche den Verlust der im Art. 22 erwähnten Rechte nach sich ziehen

27. Die zur Zeit des in Rechtskraft übergegangenen Urtheils rechtmäßigen Erben des Verurtheilten können in den im vorstehenden Artikel vorgesehenen Fällen sich unmittelbar in den provisorischen Besiß seiner Güter, deren sämtliche Früchte ihnen zugehören werden, einweisen lassen.

Es können jedoch diejenigen, welche, mit der Zeit, die in den Besiß gesetzten Erben auszuschließen oder mit denselben mitzuwerben fähig wären, die provisorische Besißnahme erhalten, nachdem sie contradictorisch gegen diese Letztern nachgewiesen hätten, daß der Verurtheilte zur Zeit des ihnen

---

zugetheilten Rechtes noch bei Leben war, jedoch ohne auf die Rückerstattung der von den frühern Verwaltern genossenen Früchte Anspruch machen zu können.

Diese Verwalter sind übrigens allen den von dem Gesetze denjenigen, die in einen provisorischen Besiß der Güter eines Abwesenden eingewiesen worden sind, auferlegten Lasten und Verpflichtungen unterworfen.

28. Der Ehegatte des Verurtheilten kann, bei dieser nämlichen Zeit, seine gesetzlichen und vertragmäßigen Rechte ausüben.

29. Die Erbschaft der Verurtheilten, von welchen im Art. 26 die Rede ist, fällt erst vom Augenblicke ihres Todes an, sowohl in Betreff der Güter, welche ihnen zur Zeit des in Rechtskraft übergegangenen Urtheils zugehörten, als derjenigen, die sie im Augenblicke des Todes besäßen würden.

---

## Zweiter Titel.

### Von den Akten des Civilstandes und von derer Berichtigung.

30. Der Civilstand der Personen wird durch Geburts-, Heiraths- und Todtsakten beurkundet, welche auf eigens dazu bestimmte Register eingeschrieben werden.

Besondere Verfügungen werden alles darauf Bezügliche anordnen.

31. Die Auszüge aus diesen Registern sind, gleich den öffentlichen Urkunden, beglaubiget.

32. Sind allfällig keine Register vorhanden, oder ist ein Akt nicht eingetragen worden, oder findet er sich nicht mehr eingeschrieben, so können die Geburten, Ehen und Sterbefälle entweder durch Urkunden oder durch Zeugen, wie auch durch Schriften, die von den verstorbenen Vater und Mutter herrühren, bewiesen werden.

33. Jeder Verwahrer der Registern des bürgerlichen Standes ist civilisch verantwortlich für die

darin vorkommenden untreuen Veränderungen; jedoch unter Vorbehalt des allfälligen Rückgriffes gegen die Urheber dieser Veränderungen.

34. Jede untreue Veränderung, jede Verfälschung der Akten des Civilstandes giebt den Parteien ein Recht auf vollständige Schadloshaltung, unbeschadet des Belangens vor dem Criminal-Gerichte.

35. Es dürfen an den bereits geschehenen Akten-Einschreibungen des Civilstandes, ohne die Dazwischenkunft der betheiligten Parteien, keine Abänderungen vorgenommen werden.

36. Die Berichtigung kann den dazu nicht berufenen betheiligten Parteien zu keiner Zeit entgegen gesetzt werden.



## Dritter Titel.

### Von dem Wohnsitz.

37. Der bürgerliche Wohnsitz eines jeden Walisers ist der Ort seiner Hauptniederlassung.



38. Die Veränderung des Wohnsitzes geschieht durch die wirkliche Bewohnung eines andern Ortes, verbunden mit der Absicht, seine Hauptniederlassung daselbst aufzuschlagen.

39. Der Beweis dieser Absicht liegt in der ausdrücklichen, sowohl bei dem Präsidenten der Gemeinde, die man verläßt, als bei demjenigen der Gemeinde, wohin man seinen Wohnsitz verlegt, abgegebenen Erklärung!

40. In Ermangelung einer Erklärung wird der neue Wohnsitz durch einen wirklichen Aufenthalt und durch die Verlegung der Hauptniederlassung, nach Verlauf eines Jahres, als festgesetzt angesehen.

41. Die Frau hat keinen andern Wohnsitz als denjenigen ihres Mannes.

Wenn die Frau rechtmäßig von Bett und Gütern getrennt ist, so ist ihr neuer Wohnsitz in dem Orte wo sie ihre Hauptniederlassung hat.

42. Der nicht emanzipirte Minderjährige hat seinen Wohnsitz bei seinen Vater und Mutter; er behält diesen Wohnsitz selbst nach ihrem Tode.

Der interdicirte Volljährige verbleibt in dem Wohnsitz, den er vor seiner Interdiction gehabt hat.

43. Volljährige, die bei andern in Dienst oder gewöhnlich in Arbeit stehen, haben den nämlichen Wohnsitz, als die Person, bei der sie dienen oder arbeiten, wenn sie mit ihr in dem nämlichen Hause wohnen.

44. Der zu öffentlichen Ämtern berufene Bürger behält seinen frühern Wohnsitz, wenn er keine entgegengesetzte Erklärung abgegeben hat.

45. Der Ort der Erbschaftseröffnung wird durch den Wohnsitz des Verstorbenen bestimmt.

46. Wenn in einem Akte für die Vollziehung desselben von Seite der Parteien, oder auch einer aus ihnen, ein anderer als der eigentliche Wohnsitz gewählt wird, so können die diesen Akt betreffenden Anzeigen, Klagen und Betreibungen an dem verabredeten Wohnsitz und vor dem Richter desselben statt haben.

47. Der Minderjährige kann seinen Wohnsitz ohne Einwilligung des Vormundes und ohne Ge-

nehmung des Richters erster Instanz nicht verändern.

48. Der Abwesende, der seinen Wohnsitz im Auslande nicht aufgeschlagen hat, behält den vor seiner Abreise gehabtten Wohnsitz.



## Vierter Titel.

### Von den Abwesenden.



#### Erstes Kapitel.

##### Von der Abwesenheits-Vermuthung.

49. Wenn die Nothwendigkeit eintritt für die Verwaltung eines Theils oder des sämmtlichen Vermögens einer im Kanton nicht mehr erscheinenden Person, von welcher man keine Nachrichten besitzt, und die keinen Sachwalter bestellt hat, zu sorgen, so wird ihr, auf Verlangen der betheiligten Parteien oder auch von Amtswegen, ein Curator ernannt.

50. Dieser Curator ist, in Betreff der ihm anvertrauten Verwaltung und der Rechnungsablegung derselben, den nämlichen Obliegenheiten unterworfen wie ein Vormund.

51. Die minderjährigen Kinder und die Frauen der Abwesendvermutheten sollen mit einem Vormunde oder gerichtlichen Beistande versehen werden.

---

## Zweites Kapitel.

### Von der Abwesenheits-Erklärung.

52. Wenn eine Person im Lande nicht mehr erscheint, und man von derselben seit zehn Jahren keine Nachricht erhalten hat, dieselbe mag einen Sachwalter bestellt haben oder nicht, so können die betheiligten Parteien sich an den Richter erster Instanz des letzten Wohnsitzes im Kanton der abwesendvermutheten Person wenden, um eine Abwesenheits-Erklärung auszuwirken.

53. Zur Nachweisung der Abwesenheit wird der Richter erster Instanz, auf schriftlichen Gesuch,

---

eine gegen die öffentliche Behörde contradictorisch zu führende Untersuchung verordnen.

54. Die Untersuchungsverordnung soll an dem gewöhnlichen Ausrufsorte des letzten Wohnsitzes verkündet und in das Wochenblatt eingetragen werden.

55. Das Urtheil, wodurch Jemand für Abwesend erklärt wird, soll nicht eher als nach Verlauf eines Jahres nach der Einrückung der Untersuchungsverordnung in das Wochenblatt, ausgesprochen werden.

Bei diesem Urtheile wird der Richter auf die Beweggründe der Abwesenheit und auf die Ursachen, warum von der abwesendvermutheten Person keine Nachrichten haben eingehen können, Rücksicht nehmen.

56. Das Urtheil der Abwesenheitserklärung wird erst vollziehbar, nachdem dasselbe am Ausrufsorte des letzten Wohnsitzes verkündet und in das Wochenblatt eingerückt worden ist.

---

## Drittes Kapitel.

### Von den Wirkungen der Abwesenheit.

#### Erster Abschnitt.

Von den Wirkungen der Abwesenheit in Beziehung auf das Vermögen, welches der Abwesende am Tage des Verschwindens, oder am Tage der letzten Nachrichten besaß.

57. Wenn das Urtheil der Abwesenheitserklärung vollziehbar seyn wird, so können diejenigen, welche am Tage der letzten Nachrichten, oder, wenn deren keine eingegangen, am Tage des Verschwindens, des Abwesenden muthmaßlichen Erben sind, sich in den provisorischen Besiß seines Vermögens einweisen lassen.

Bei Vorhandenheit eines Testamentes wird selbes auf Ansuchen der etwa betheiligten Parteien oder auf Begehren der öffentlichen Behörde eröffnet und, wenn es eigenhändig geschrieben ist, in die Register der Gerichtsschreiberei eingetragen.

Die Legataren, die Beschenkten, sowie alle diejenigen, welche auf das Vermögen des Abwesenden Rechte haben, die von der Bedingung sei-

---

nes Todes abhängig sind, können dieselben gleichfalls provisorisch ausüben.

58. Diejenigen, welche, kraft vorstehenden Artikels, die Einweisung in den Besitz des Vermögens des Abwesenden erlangt haben, können die Verwaltung dieses Vermögens nicht eher antreten bis sie eine hinreichende Gewähr geleistet haben.

59. Der gegenwärtige Ehegatte kann beim Zeitpunkte der Einweisung in den provisorischen Besitz, mittelst einer hinreichenden Gewährleistung für die zur Wiedererstattung geeignete Sachen, seine gesetzlichen und vertragsmäßigen Rechte ausüben.

Die allfällig bestehende Erwerbsgemeinschaft wird von diesem Zeitpunkte an aufhören.

60. Der provisorische Besitz ist eine bloße Anvertrauung, die denjenigen, welche selben erhalten, die Vermögensverwaltung des Abwesenden einräumt, wenn sie die erheischte Gewähr geleistet, und sie verpflichtet für den Fall, wo der Abwesende wieder erscheint oder man von ihm Nachricht erhält, demselben oder dessen Rechthabenden Rechnung zu halten.

---

61. Diejenigen, welche die provisorische Einweisung erlangt haben, müssen zum Verzeichniß und zur Schätzung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens, sowie zum Inventar der Urkunden des Abwesenden in Gegenwart des Berichtstellers oder einer von diesem in der Gemeinde, wo dieselben zu geschehen haben, bezeichneten Person schreiten lassen. Dieses Inventar und dieses Verzeichniß sammt Schätzung sollen in den Akten des Gerichtsschreibamtes eingeschrieben werden.

Alle bei dieser Gelegenheit verursachten Unkosten sollen von dem Vermögen des Abwesenden bestritten werden.

Der Richter wird, eintretenden Falls, den theilweisen oder gänzlichen Verkauf des beweglichen Vermögens verfügen. Im Falle des Verkaufes, soll der Ertrag wie auch die fällig gewordenen Einkünfte wieder angelegt werden.

62. Die Ascendenten und Descendenten, welche des Vermögens, in Folge der provisorischen Einweisung, genossen haben, sind im Falle der Wiederkehr des Abwesenden, zur Wiedererstattung der Einkünfte nicht gehalten.



---

Die übrigen Personen, welche, in Folge der provisorischen Einweisung, der Güter des Abwesenden genossen haben, sind demselben, wenn er vor Verfluß von dreißig Jahren, seit dem Tage seines Verschwindens oder seiner letzten Nachricht, wieder erscheint, nur die Hälfte der reinen Einkünfte zu ersetzen verbunden.

Erscheint er aber erst nach Verlauf von dreißig Jahren, so gehören sämtliche Einkünfte ihnen zu.

63. Alle diejenigen, welche nur vermöge der provisorischen Einweisung den Genuß haben, können die unbeweglichen Sachen des Abwesenden weder veräußern, noch mit einer Hypothek beschweren, außer es sey für einen augenscheinlichen Nothfall oder Vortheil desselben. In diesem Falle wird die Genehmigung des Richters erfordert, und der Verkauf soll nach der für die Güter Veräußerung der Minderjährigen bestimmten Weise vor sich gehen.

64. Wenn, vor der definitiven Einweisung, Jemand mit dem Beweise auftritt, daß er, zur Zeit des Verschwindens oder der letzten Nachricht, ein besseres oder ein gleiches Recht mit der Person, welche die provisorische Einweisung erhalten hat,

---

besaß, so kann er dieselbe vom Besitze ausschließen oder sich mit ihr gleichstellen lassen; er hat aber kein Recht auf die Früchte, die, kraft des 62sten Artikels, vor der gerichtlichen Einlage erworben worden wären.

65. Hat die Abwesenheit seit der provisorischen Einweisung dreißig Jahre fortgedauert, oder sind seit der Geburt des Abwesenden neunzig Jahre verflossen, so werden die Bürgschaft und die anderen Versicherungsleistungen aufgehoben; die Erbfolge wird vom Tage des Verschwindens, oder der zuletzt eingegangenen Nachricht an, eröffnet; die Berechtigten können die Vermögensvertheilung des Abwesenden begehren und ein Urtheil über die definitive Einweisung auswirken.

Die definitive, gleichwie die provisorische, Einweisung sollen nach einer gegen die öffentliche Behörde contradictorisch geführten Verhandlung ausgesprochen werden.

Das Urtheil wird erst nach dessen Veröffentlichung, mittelst Einrückung in das Wochenblatt und Verkündigung am Ausrufsorte des letzten Wohnsitzes des Abwesenden, vollziehbar.

---

66. Wenn der Tod des Abwesenden bewiesen ist, so wird, von dessen Sterbtag an, die Erbfolge zu Gunsten derjenigen, die zu dieser Zeit die Erbfähigen waren, eröffnet, und diejenigen, welche des Vermögens des Abwesenden genossen haben, sind verbunden dasselbe, mit Ausnahme der, kraft des 62ten Artikels, ihnen erworbenen Früchte, wieder auszuliefern.

67. Wenn der Abwesende wieder erscheint, oder wenn während der provisorischen Einweisung dargethan wird, daß er noch lebt, hören die Wirkungen des Urtheils der Abwesenheitserklärung auf, jedoch unbeschadet der im ersten Kapitel des gegenwärtigen Titels für die Verwaltung seines Vermögens vorgeschriebenen, auf Erhaltung abzielenden Maßregeln, insofern deren stattfinden sollten.

68. Wenn, selbst nach der definitiven Einweisung, der Abwesende wieder erscheint, oder erwiesen wird, daß er noch lebt, so wird er sein Vermögen in dem Zustande, worin es sich alsdann noch befinden wird, sowie auch den Preis dessen, was veräußert wurde, zurückerhalten. Wenn dieser Preis zur Erwerbung anderer Güter angelegt worden

ist, so kann er die von dieser Anlegung herrührenden Güter ansprechen.

69. Die Deszendenten des Abwesenden können ebenfalls, innerhalb den dreißig Jahren von der definitiven Einweisung an gerechnet, die Zurückerstattung seines Vermögens, laut Vorschrift des vorhergehenden Artikels, verlangen.

70. Nach Erlassung des die Abwesenheit erklärenden Urtheils kann Jeder, welcher wider den Abwesenden Rechte auszuüben hätte, dieselben nur gegen diejenigen geltend machen, die in den Besitz seines Vermögens eingewiesen worden sind, und die Verwaltung desselben haben. Ist aber die Verwaltung den Eingewiesenen nicht anvertraut worden, so soll die Betreibung gegen den Curator, der das Vermögen des Abwesenden verwaltet, gerichtet werden.

71. Wenn die muthmaßlichen Erben, die Legataren, Beschenkten oder andere, die auf das Vermögen des Abwesenden Rechte haben, welche von der Bedingung seines Todes abhängig sind, die erheischten Gewährschaften nicht leisten wollen oder nicht leisten können, so soll zur Verwaltung dieses Vermögens ein Curator ernannt werden.

---

---

72. Der Curator wird für die Einkünfte denjenigen, denen diese, kraft des Art. 62, zugehören, Rechnung abstaten.

Der dem Abwesenden vorbehaltene Antheil der Einkünfte soll angelegt werden, und die daherigen Einkünfte werden sämmtlich denjenigen angehören, welche die provisorische Einweisung werden erhalten haben.

73. Die Curatel wird, gleichwie die Vormundschaft, erneuert.

74. Durch die definitive Einweisung hört die Curatel auf.

75. Dem Curator gebührt ein Lohn, welcher aus demjenigen Theil der Einkünfte, welche den in den provisorischen Besiß Eingewiesenen zukömmt, behoben werden soll.

---

## Zweiter Abschnitt.

Von den Wirkungen der Abwesenheit in Beziehung auf die eventuellen Rechte, welche dem Abwesenden zustehen können.

76. Nimmt jemand ein Recht in Anspruch, welches einer Person, deren Existenz nicht anerkannt ist, zugefallen ist, so muß er den Beweis führen, daß dieselbe in dem Zeitpunkte des zugefallenen Rechtes am Leben war; bis zu diesem Beweise bleibt seine Klage unzulässig.

77. Wird eine Erbschaft eröffnet, zu welcher Jemand, dessen Existenz nicht anerkannt ist, berufen wird, so fällt dieselbe ausschließlich denjenigen zu, mit welchen er das Recht zu erben gehabt hätte, oder auf die, welche in seiner Ermangelung zur Erbfolge berufen wären. Die Deszendenten des Abwesenden werden allenfalls zugelassen, denselben, als wenn er nicht mehr bei Leben wäre, in den Fällen und laut der Regeln der Vertretung in Erbschaftsachen zu vertreten.


In diesen Fällen sind diejenigen, welchen die Erbschaft zugefallen ist, verbunden, zur Sicherung der allfälligen Rückerstattung hinreichende Gewähr-

---

schaft zu leisten und, gemäß dem 61sten Artikel, zur Abfassung des Inventars schreiten zu lassen.

78. Die Verfügungen der zwei vorgehenden Artikel finden statt, unbeschadet der Erbschaftsklage und anderer Rechte, welche dem Abwesenden, wenn er wieder erscheint oder von ihm Nachricht eingegangen ist, oder seinen Stellvertretern oder sonstigen Rechthabenden zustehen mögen, und erlöschen nur durch den Verlauf der für die Verjährung bestimmten Zeit.

79. So lange der Abwesende sich nicht einstellt oder keine Klagen unter seinem Namen geführt werden, so eignen sich diejenigen, welche die Erbschaft in Empfang genommen haben, die im guten Glauben bezogenen Einkünfte zu.



## Fünfter Titel.

### Von der Ehe.

---

#### Erstes Kapitel.

Von den erforderlichen Eigenschaften und Bedingungen, um der Ehe bürgerliche Wirkungen zu geben.

80. Die erforderlichen Eigenschaften und Bedingungen, um der Ehe bürgerliche Wirkungen zu ertheilen, werden durch ein besonderes Gesetz bestimmt werden.

---

#### Zweites Kapitel.

Von den Verbindlichkeiten, die aus der Ehe entstehen.

81. Die Ehegatten übernehmen durch die bloße Verheirathung mit einander die Verbindlichkeit, ihre Kinder zu ernähren, zu unterhalten und zu erziehen.



82. Das Kind hat kein Recht zu einer Klage gegen seine Vater und Mutter auf eine Versorgung durch Heirath oder sonst.

83. Die Kinder sind ihren Vater und Mutter und übrigen Ascendenten, die sich in Dürftigkeit befinden, die Lebensmittel schuldig.

84. Auf gleiche Weise und unter denselben Umständen sind der Schwiegersohn und die Schwiegertochter ihren Schwiegervater und Schwiegermutter die Lebensmittel schuldig, doch hört diese Verbindlichkeit auf:

- 1) Wenn die Schwiegermutter zu einer zweiten Ehe geschritten ist;
- 2) Wenn derjenige der Ehegatten, von dem die Schwägerschaft herkam, und die aus seiner Verbindung mit dem andern Ehegatten abstammenden Kinder verstorben sind.

85. Die aus diesen Verfügungen entspringenden Verbindlichkeiten sind gegenseitig.

86. Die Lebensmittel werden nur im Verhältnisse des Bedürfnisses desjenigen der sie fordert,

---

und des Vermögens dessen, der sie schuldig ist, zugestanden.

87. Wenn entweder derjenige, welcher die Lebensmittel giebt, oder derjenige, welcher sie empfängt, in eine solche Lage versetzt wird, daß der eine sie nicht mehr geben kann, oder der andere dern, ganz oder zum Theil, nicht mehr bedarf, so kann dern Entledigung oder Verminderung begehrt werden.

88. Derjenige, welcher die Lebensmittel zu leisten verpflichtet ist, hat die Wahl, entweder mittelst eines Kostgeldes dieser Verpflichtung genug zu thun, oder die Person, welcher er die Lebensmittel schuldig ist, in sein Haus aufzunehmen und zu unterhalten.

Der Richter kann allenfalls, laut Umständen, die Leistungsart der Lebensmittel bestimmen.

---

### Drittes Kapitel.

#### Von den gegenseitigen Rechten und Pflichten der Ehegatten

89. Die Ehegatten sind sich gegenseitig Treue, Hilfe und Beistand schuldig.

90. Der Mann ist seiner Frau Schutz, und die Frau ihrem Manne Gehorsam schuldig.

91. Die Frau ist verbunden, bei ihrem Manne zu wohnen und ihm überall hinzufolgen, wo er sich aufzuhalten für gut findet; der Mann ist verpflichtet, sie aufzunehmen und ihr, gemäß seinem Vermögen und Stande, alles zu verschaffen was zu den Bedürfnissen des Lebens nöthig ist.

92. Die Frau kann ohne Berechtigung ihres Mannes weder gerichtlich klagen noch sich verantworten. Wenn er ihr solche versagt, oder wenn die Frau ihren Mann gerichtlich zu belangen hat, so kann der Familienrath sie dazu berechtigen.

93. Die Berechtigung des Mannes wird nicht erfordert, wenn die Frau in Criminal-oder Polizei-Sachen belangt wird.

94. Die mehrjährige Frau kann ohne die Berechtigung ihres Mannes keinen Vertrag schließen, noch sonstige Verbindlichkeiten eingehen.

Ist die Frau minderjährig, so wird überdieß die Berechtigung des Familienraths erheischt.

95. Ist der Mann unter Vormundschaft, Curatel oder gerichtlichen Beistand gestellt, oder mit einem provisorischen Verwalter versehen, oder wenn er betheiligt ist, so kann die Frau nur mit jener Berechtigung handeln, die für sie erheischt würde wenn sie unverheirathet wäre, außer was im Artikel 317 gesagt ist.

Daß Gleiche gilt für die von Gütern getrennte Frau

96. Die Verträge, welche die Frau mit ihrem Manne, oder zu Gunsten desselben abschließen wird, müssen von dem Familienrathe genehmiget und von dem Richter bestätigt werden.

97. In den Fällen, wo gemäß den 92sten und 96sten Artikeln, die Frau sich an den Familienrath wenden wird, können die Verwandten des

---

Mannes an dem Familienrathe keinen Antheil nehmen; jedoch soll der Mann angehört oder berufen werden.

98. Die auf bloße Verwaltung bezüglichen Geschäfte des der Frau angehörigen Vermögens sollen von den Vertretern des unter Vormundschaft, Curatel oder gerichtlichen Beistand gestellten, oder mit einem provisorischen Verwalter versehenen Eheannes besorgt werden; ausgenommen was im ersten Absätze des 349sten Artikels gesagt wird.

99. Wenn die Ehefrau eine öffentliche Händlerin ist, so kann sie in Betreff ihres Handels, ohne ihres Mannes Berechtigung, Verbindlichkeiten eingehen und vor Gericht erscheinen.

Als öffentliche Händlerin wird sie nur dann betrachtet, wenn sie einen besondern Handel treibt, nicht aber wenn sie bloß die Waaren der Handlung ihres Mannes im Kleinen verkauft.

100. Jede im Allgemeinen ertheilte Berechtigung, wäre sie auch im Heirathsvertrag ausbedungen worden, bleibt wirkungslos.

Eine vom abwesenden Manne ertheilte Speziellvollmacht kommt seiner Berechtigung gleich.

101. Die auf den Mangel der Berechtigung gegründete Ungültigkeit kann nur von der Frau, von dem Manne oder von ihren Erben entgegengesetzt werden.

102. Die Frau kann ohne Berechtigung ihres Mannes testiren.

---

## Viertes Kapitel.

### Von den zweiten Ehen.

103. Die Frau, welche vor Verfluß von zehn Monaten seit dem Tode ihres Mannes zu einer zweiten Ehe schreitet, verliert alle, sowohl vermöge Heirathsvertrags als durch letzten Willens-Verfügungen, von ihrem Manne erhaltenen Vortheile.

Sie wird überdieß der Rechte beraubt, welche das Gesetz dem überlebenden Ehegatten auf das Vermögen des früher verstorbenen Ehegatten einräumt.

Die Heirathsverträge der zweiten Ehe sind ferner für beide Ehegatten nichtig.

104. Wenn die Person, welche aus erster Ehe Kinder hat, zu einer zweiten Ehe schreitet, verliert sie, zu Gunsten der Kinder, welche sie mit dem früher verstorbenen Ehegatten, von dem die Schenkung herrührt, gehabt hat, das bloße Eigenthum alles dessen, was sie von der Freigebigkeit dieses Letztern erhalten hat; sie erwirbt dieses Eigenthum nicht wieder wenn schon die besagten Kinder vor ihr mit Tod abgegangen wären.

105. Die Verfügung des vorstehenden Artikels ist für den Fall nicht anwendbar, wo der früher verstorbene Ehegatte in den Heirathsverträgen oder durch letzten Willens-Verfügung ausdrücklich erklärt hat, daß der Überlebende das Eigenthum des oberwähnten Vermögens, selbst wenn er eine zweite Ehe eingehen würde, beibehalten solle.

---

## Fünftes Kapitel.

Von den bürgerlichen Wirkungen der Scheidung von Bett.

106. Ist die Scheidung von Bett wegen einer entehrenden Strafe, wegen Religionsveränderung,

---

Ehebruch, Freveln, grober Mißhandlung, wegen Drohungen oder Anschlägen auf das Leben eines der Ehegatten, ausgesprochen, so zieht das Scheidungsurtheil wieder den Ehegatten, gegen welchen die Scheidung zugelassen wird, den Verlust aller Vortheile nach sich, welche das Gesetz dem überlebenden Ehegatten auf das Vermögen des Verstorbenen zusichert, so auch jener, die ihm von dem andern Ehegatten entweder durch Heirathsvertrag oder nach Eingehung der Ehe zugewendet waren, mit Vorbehalt jedoch dessen, was in dem Abschnitte über die Aufhebung der Gütergemeinschaft enthalten ist.

Der Ehegatte, wider den die Scheidung zugelassen wurde, kann überdieß zu Gunsten des andern zu einem Kostgelde verfällt werden, welches laut den Bedürfnissen des unschuldigen Ehegatten und dem Vermögenszustande des schuldigen Ehegatten bestimmt werden soll.

107. Die eben erwähnten Vortheile werden nur alsdann wieder hergestellt werden, wenn die beiden Ehegatten sich aufs Neue vereinigen und mit einander wohnen würden, und wenn derjeni-



ge, zu dessen Gunsten der Verfall eingelaufen ist, seinen erworbenen Rechten schriftlich entsagt hätte.

Diese Entsagung bedarf keiner andern Einwilligung als jener der Ehegatten.

Jedoch kann sie die erworbenen Rechte eines Dritten nicht beeinträchtigen.

108. Bei allen Scheidungsfällen sollen die Kinder dem Ehegatten, der die Scheidung erlangt hat, anvertraut werden, außer der Richter habe, zum größern Vortheile der Kinder, verordnet, daß alle oder einige derselben der Obsorge entweder des andern Ehegatten oder einer dritten Person anvertraut werden.

109. Wer auch die Person sey welcher die Kinder anvertraut werden, behalten Vater und Mutter gegenseitig das Recht, den Unterhalt und die Erziehung ihrer Kinder zu überwachen, und müssen nach Verhältniß ihres Vermögens dazu beitragen.

Bleibt einem der Ehegatten kein Vermögen übrig, so soll der andere die Unkosten des Unter-

---

---

halts und der Erziehung der gemeinschaftlichen Kinder gänzlich ertragen.

110. Die Scheidung von Bett kann den in dieser Ehe gezeugten Kindern keine der Vortheile entziehen, welche ihnen durch die Gesetze oder durch die Heirathsverträge ihrer Vater und Mutter zugesichert waren; jedoch sollen sich die Rechte der Kinder nur auf gleiche Weise und in den gleichen Umständen eröffnen, wie sie eröffnet würden, wenn keine Scheidung stattgefunden hätte.

111. Die Scheidung von Bett zieht auch immer die Gütertrennung nach sich.



## Sechster Titel.

### Von der Vaterschaft und der Abstammung.

---

#### Erstes Kapitel.

##### Von der Abstammung ehelicher oder in der Ehe geborner Kinder.

112. Daß während der Ehe empfangene Kind hat den Ehemann zum Vater.

Dieser kann jedoch den ehelichen Stand des Kindes verläugnen, wenn er beweist, daß er von dem dreihundertsten bis zum hundert achtzigsten Tage, vor Geburt dieses Kindes, entweder wegen Entfernung oder wegen einem andern Zufalle, in der physischen Unmöglichkeit war seiner Frau beizuwohnen.

113. Daß vor dem hundert achtzigsten Tage, von der Heirath an, geborne Kind kann von dem

Chemanne in einem oder andern der folgenden Fälle nicht verläugnet werden ;

- 1) Wenn er vor der Heirath von der Schwangerschaft Kenntniß hatte ;
- 2) Wenn er dem Geburts-Aкте beigewohnt hat ;
- 3) Wenn das Kind nicht lebensfähig erklärt wird.

114. Das Kind einer in den zehn ersten Monaten ihrer Trauer wieder verheiratheten Wittwe, welches nach hundert achtzig Tagen seit der zweiten Ehe geboren wurde, wird, im Falle eines Zweifels, dem zweiten Chemanne anzugehören vermuthet.

115. Ein nach Verfluß von dreihundert Tagen seit der Auflösung der Ehe gebornes Kind wird nicht als Kind des Chemannes vermuthet.

116. In allen Fällen, wo der Chemann zu einer Einsprache berechtigt ist, muß er in Zeit von zwei Monaten seit der Geburt des Kindes mit derselben gerichtlich einkommen, wenn er sich am Geburtsorte des Kindes befindet ;

In drei Monaten nach seiner Rückkehr, wenn er zur Zeit der Geburt abwesend war;

In drei Monaten nach der Entdeckung des Betrugs, wenn ihm die Geburt des Kindes verheimlicht wurde.

117. Wenn der Ehemann ohne mit seiner Einsprache eingekommen zu seyn gestorben ist, jedoch in der dazu gestatteten nützlichen Frist, so haben die Erben, um die Ehelichkeit des Kindes anzugreifen, zwei Monate, von der Zeit an zu rechnen, wo das Kind in dem Besitze des Vermögens des Ehemannes war, oder von der Zeit an, wo die Erben von dem Kinde in diesem Besitze gestört worden sind.

118. Die Klage muß gegen den ad hoc ernannten Vormund des Kindes, nach hiezu berufener Mutter, geführt werden.

---

## Zweites Kapitel.

### Von den Beweisen der Abstammung der ehelichen Kinder.

119. Die Abstammung der ehelichen Kinder wird durch Geburts-Akten bewiesen.

120. In Ermangelung dieser Urkunde ist der beständige Standes-Besitz als eheliches Kind hinlänglich.

121. Der Standes-Besitz begründet sich durch ein hinreichendes Eintreffen von Thatfachen, welche zwischen einer Person und der Familie, zu welcher dieselbe gehören will, Verhältnisse von Abstammung und Verwandtschaft anzeigen.

Die vorzüglichsten dieser Thatfachen sind:

Daß die Person immer den Namen des Vaters geführt hat, dem sie anzugehören behauptet;

Daß der Vater sie als sein Kind behandelt und, in dieser Eigenschaft, für ihre Erziehung, ihren Unterhalt und ihre Versorgung gesorgt habe;

Daß sie in der Gesellschaft beständig dafür gehalten wurde;

Daß sie von der Familie dafür anerkannt wurde.

122. Wenn zwei Personen, die öffentlich als Eheleute beisammen lebten und beide gestorben wären, Kinder gehabt hätten, so kann die Geburtsechtheit der Kinder unter dem alleinigen Vorwande des Mangels an Beweis der Eheeinsegnung nicht angestritten werden, so oft diese Geburtsechtheit durch einen Standes-Besitz bewiesen ist, dem der Geburts-Akt nicht widerspricht..

123. Die in einer ungültigen Ehe gebornen Kinder werden als ehelich betrachtet, wenn beide Ehegatten, oder einer von ihnen, sich in gutem Glauben verehelichet haben.

125. Niemand kann einen andern Stand in Anspruch nehmen, als denjenigen, welchen ihm sein Geburts-Akt und der mit demselben übereinstimmende Besitz beilegen.

Dagegen kann Niemand den Stand desjenigen bestreiten, der einen mit seiner Geburtsurkunde übereinstimmenden Besitz für sich hat.

125. In Ermangelung der Geburtsurkunde und eines beständigen Besitzes, oder wenn das Kind

---

entweder unter falschen Namen oder als von unbekannten Vater und Mutter geboren eingeschrieben worden ist, so kann der Beweis der Abstammung durch Zeugen geführt werden.

Jedoch ist dieser Beweis nur alsdann zulässig, wenn irgend ein Anfang eines Beweises schriftlich vorhanden ist, oder wenn die aus bereits zuverlässigen Thatsachen herfließenden Vermuthungen oder Anzeigen erheblich genug sind, um die Zulassung des Zeugenbeweises zu begründen.

126. Der Anfang zum schriftlichen Beweise er giebt sich aus Familienurkunden, Hausregistern und Papieren des Vaters oder der Mutter, aus öffentlichen und selbst aus Privat-Akten, welche von einer in dem Streite begriffenen Partei, oder von Jemanden, der daran betheiligt seyn würde, wenn er noch lebte, herrühren.

127. Der Gegenbeweis kann durch Zeugen und durch jedes andere geeignete Mittel geführt werden, um darzuthun, daß der Kläger nicht das Kind der Mutter sey, welcher er anzugehören behauptet, oder selbst wenn die Abkunft von der Mutter erwiesen ist, daß er nicht das Kind des Mannes dieser Mutter sey.



128. Die peinliche Klage über das Vergehen der Standes-Unterschlagung kann erst nach dem Endurtheil über die Standesfrage ihren Anfang nehmen.

129. Die Klage um den Stand ist, in Rücksicht des Kindes, unverjährbar.

130. Diese Klage kann von den Erben oder Abstämmlingen des Kindes, welches seine Ansprüche nicht geltend gemacht hat, nur alsdann geführt werden, wenn dasselbe noch in der Minderjährigkeit oder in den drei Jahren nach erreichter Volljährigkeit gestorben ist.

131. Hat das Kind diese Klage angefangen, so können die Erben oder Abstämmlinge dieselbe fortführen, insofern das Kind von derselben nicht förmlich abgestanden wäre, oder, von der letzten Prozedurverhandlung an gerechnet, drei Jahre hätte verstreichen lassen ohne derselben Folge zu geben.

---

### Drittes Kapitel.

#### Von den unehelichen Kindern.

##### Erster Abschnitt.

###### Von der Geburtsrechtiung der unehelichen Kinder.

132. Uneheliche Kinder können durch die nachfolgende Ehe oder durch Beschluß des Großen Rathes geechtiget werden.

133. Uneheliche Kinder werden durch die nachfolgende Ehe ihrer Vater und Mutter geechtiget, auch dann wenn zwischen der Geburt des Kindes, und der Ehe, welche die Echtiung bewirkt, eine Zwischen-Ehe stattgefunden hat.

134. Die Geburtsrechtiung durch nachfolgende Ehe findet nur zu Gunsten der Kinder statt, welche von ihren Vater und Mutter vor oder bei der Eheinssegnung gesetzmäßig anerkannt sind, oder welche vor diesem Zeitpunkte zugesprochen wurden.

135. Kinder, deren Vater und Mutter, oder nur einer von beiden bei'm Zeitpunkte der Empfäng-

niß mit einer andern Person verheirathet waren, können durch die nachfolgende Ehe nicht geechtigt werden.

136. Die Geburtsächtigung durch nachfolgende Ehe kann sogar in Ansehung verstorbener unehelicher Kinder stattfinden, und der Vortheil der Ächtigung geht auf ihre Descendenten über.

137. Die auf solche Art geechtigten Kinder haben, vom Tage der Heirath an, die nämlichen Rechte, als wenn sie aus dieser Ehe geboren wären.

138. Die Geburtsächtigung durch den Großen Rath kann auf Gesuch des unehelichen Kindes oder eines seiner Verwandten ertheilt werden.

139. Der Vater und die Mutter können,\* obgleich minderjährig, zur Ächtigung ihres unehelichen Kindes die Einwilligung geben.

140. Der Vater und die Mutter des Geechtigten können, selbst nach Ertheilung der Ächtigung, dazu ihre Einwilligung geben.

141. Die Wirkungen der Geburtsrechti gung durch den Gro ßen Rath werden im Titel der Erbfolge geregelt.

---

### Zweiter Abschnitt.

Von der Anerkennung und von dem Anspruche der unehelichen Kinder.

142. Die Vaterschaft eines unehelichen Kindes bewährt sich durch die Anerkennung des Vaters, oder durch die Erklärung der Mutter in den Geburtsschmerzen, oder durch Beweise, wenn diese Erklärung nicht statt gefunden hat.

143. Die Anerkennung eines unehelichen Kindes muß durch einen authentischen oder Privat-Akt geschehen.

144. Die Mutter muß ihre Vaterschaftserklärung in den Geburtsschmerzen abgeben, dabei die Zeit und den Ort des Beischlafs andeuten und bekräftigen, daß sie während der Zeit, die seit dem dreihundertsten Tage vor der Geburt des Kindes abgelaufen ist, mit keiner andern Mannsperson,

als mit derjenigen, welche sie als Vater angiebt, fleischlichen Umgang gepflogen habe.

Diese Erklärung soll unter dem Eide in Beiseyn eines Rathsgliedes, oder des Kastlans, oder des Vize-Kastlans der Gemeinde, wo die Niederkunft statt findet, und in Gegenwart zweier Zeugen abgegeben werden.

Als Zeugen können nicht zugelassen werden diejenigen, welche in einem der, von dem Gesetzbuche über die bürgerliche Prozeßordnung vorgesehenen, Verwerfungsfälle sich befinden, so wie die Weibsbilder, außer in Abgang männlicher Personen.

Ist es unmöglich während der Geburtsschmerzen einen aus den angeführten Beamten und die zwei Zeugen auffindig zu machen, so muß die Erklärung auf die oberrühnte Weise binnen acht und vierzig Stunden nach der Geburt des Kindes geschehen.

145. Der Beamte und die Zeugen, welche angesucht werden einer Vaterschaftserklärung beizuwohnen, sind, unter Strafe des Schadenersatzes, verpflichtet diesem Ansuchen Folge zu geben.

Der beiviesende Beamte soll überdieß, auf Ansuchen des Mädchens, diesem, unter oberwähnter Strafe, den Eid auflegen.

146. Die Mutter ist in ihrer Vaterschaftserklärung nicht glaubbar:

- 1) Wenn diese Erklärung nicht nach Vorschrift des 144sten Artikels abgegeben worden ist; mit Vorbehalt des beim 147sten Artikel gemeldeten Beweises;
- 2) Wenn sie in ihrer Erklärung in Betreff der Vaterschaft gewechselt hat:
- 3) Wenn beim angegebenen Zeitpunkte des Beischlafs der eine oder andere Theil verhehlicht war, oder die höhern Priesterweihen empfangen, oder die feierliche Klostergelübde abgelegt hat: mit Ausnahme dessen, was beim Art. 147 gesagt ist;
- 4) Wenn der vorgebliche Vater beim angegebenen Zeitpunkte des Beischlafs das sechszehnte Altersjahr nicht erfüllt hat, und die Mutter drei und zwanzig volle Jahre hatte;

- 5) Wenn die Mutter blödsinnig ist, oder in einem solchen Geisteszustande sich befindet, daß ihr der Eid nicht anvertraut werden kann; in gleichem auch, wenn der Angeklagte blödsinnig, oder in seinem Geisteszustande so beschaffen ist, daß er seine Vertheidigungsmittel nicht geltend zu machen vermag;
- 6) Wenn die Klage gegen einen Verstorbenen geführt wird;
- 7) Wenn die Zeit der Niederkunft mit dem von ihr angegebenen Zeitpunkte des Beischlafs nicht eintrifft;
- 8) Wenn der Beklagte ausweist:
  - a) Daß die Mutter mit einer andern Mannsperson fleischlichen Umgang gehabt habe;
  - b) Daß sie in Folge eines unerlaubten Umgangs schon eher geschwängert worden sey;
  - c) Daß sie, in Betreff der Sitten, eines nicht untadelhaften Wandels sey, oder daß sie zu einer entehrenden Strafe sey verurtheilt worden;

- d) Daß er in dem angegebenen Zeitpunkte des Beischlafs, wegen Entfernung oder wegen irgend einem Zufalle, in der physischen Unmöglichkeit sich befand der Mutter des Kindes beizuwohnen.

147. Der Beweis durch Zeugen soll darthun, daß der angegebene Vater die Mutter in einem hinreichend [nahen] Zeitpunkte fleischlich anerkannt habe um Vater des Kindes geworden zu seyn.

In Abgang des Beweises dieser fleischlichen Bewohnung wird das Gericht auf starke Vermuthungen Rücksicht nehmen, wie die, welche aus verbotenen Handlungen oder verdächtigen Verkehren hergeleitet, hinreichen um seine Überzeugung zu begründen.

In diesem Falle muß die Vaterschaftserklärung mit dem Ergänzungseide der Mutter unterstützt werden.

148. Kein anderer Eid, als diejenigen, von denen in den Art. 144 und 147 gemeldet ist, soll zugelassen werden.

149. Die Klage auf Vaterschaft muß binnen den drei, auf die Geburt des Kindes folgenden,



Monaten geführt werden; nach Verfluß dieser Frist ist sie nicht mehr zulässig.

Diese Klage kann von der Mutter, ohne dazu einer Berechtigung zu bedürfen, angestellt werden.

150. Der vorgebliche Vater muß wider die Vaterschaftsklage binnen drei Monaten, von derer Anzeige an gerechnet, mittelst einem Vorladungsbote einsprechen.

151. Wenn er in der Frist und auf die Weise, welche im vorstehenden Artikel vorgeschrieben sind, wider die Vaterschaft nicht einspricht, so wird er vermuthet selbe anerkannt zu haben, und ist zu fernerer Anstreitung derselben nicht mehr zulässig.

152. Die Vaterschaftsklage einer dem Kanton fremden Person gegen einen Walliser wird nur insofern zugelassen, als die Ausländerin nachweisen wird, daß eine solche Klage auch in ihrem Lande zu Gunsten einer Walliserin gegen einen Angehörigen besagten Landes gestattet würde.

153. Die Vaterschaftsklage, wie auch jeder darauf bezügliche Handel, sollen, laut Auswahl der Mutter, entweder vor dem korrekzionellen Gerichte

des Zehners, wo der Beklagte wohnt, oder vor jenem des Wohnsitzes der Mutter eingeleitet werden.

154. Die schwangere Weibsperson soll die Anzeige ihrer Schwangerschaft dem Kastlan ihres Wohnsitzes oder dem Großkastlan ihres Zehners, vor dem zweihundertzehnten Tage seit ihrer muthmaßlichen Empfängnis, machen, unter der Strafe von acht Franken.

---

### Dritter Abschnitt.

Von dem Civilstande, dem Unterhalte und der Erziehung der unehelichen Kinder.

155. Das anerkannte uneheliche Kind darf die Rechte eines ehelichen Kindes nicht in Anspruch nehmen.

156. Jedes uneheliche Kind fällt der Mutter zur Last, wenn dessen Vaterschaft nicht durch Anerkennung oder Zuspruch bewiesen ist.

157. Das uneheliche Kind, dessen Vaterschaft bewiesen ist, führt den Namen seines Vaters und wird zum Angehörigen der väterlichen Gemeinde.

Es bleibt, während der zwei ersten Jahre, der Mutter zur Last; ist sie jedoch außer Stand dazu, so hat der Vater für dasselbe zu sorgen; er ist überdieß zu einer Entschädigung von vierundzwanzig Franken für die Entbindungskosten gehalten.

158. Nach Verlauf des zweiten Jahres ist der Vater dem Kinde den Unterhalt und eine gehörige Erziehung schuldig, bis es im Stande seyn wird, für sein Fortkommen selbst zu sorgen.

Ist der Vater nicht im Stande, diese Last ganz oder zum Theil zu tragen, so hat die Mutter dafür zu sorgen.

159. Wenn der Vater, obschon er dem Kantone angehört, dennoch kein Angehöriger einer Gemeinde ist, so gehört das Kind der Gemeinde seiner Mutter an, so lange der Vater kein Recht zu einer Gemeinde erworben hat.

160. Das uneheliche Kind, dessen Vater unbekannt ist, führt den Namen seiner Mutter und wird zum Angehörigen der Gemeinde derselben.

Die Mutter ist verpflichtet, dessen Unterhalt zu bestreiten und ihm eine gehörige Erziehung zu ge-

ben, bis es ihm Stande seyn wird für sein Fortkommen selbst zu sorgen.

161. Wenn der Vater mehrere Gemeinde- oder beständiger Einwohnungs-Rechte besitzt, so erwirbt das uneheliche Kind das Recht beständiger Einwohnung in allen diesen Gemeinden.

Diese Verfügung ist auch für den Fall anwendbar, wenn die Mutter eines unehelichen Kindes, dessen Vater unbekannt ist, mehrere Gemeinde- oder beständiger Einwohnungs-Rechte besitzen würde.

---

## Siebenter Titel.

### Von der väterlichen Gewalt.

162. Das Kind ist in jedem Alter seinen Vater und Mutter Ehrerbietung und Achtung schuldig.

163. Es bleibt unter ihrer Gewalt bis zu seiner Volljährigkeit oder seiner Emanzipation.

164. Der Vater übt während der Ehe allein diese Gewalt aus.

165. Das minderjährige, nicht emanzipirte Kind darf das väterliche Haus ohne Erlaubniß seines Vaters nicht verlassen.

166. Der Vater, welcher wider die Aufführung seines minderjährigen, nicht emanzipirten Kindes sehr schwere Gründe der Unzufriedenheit hat, kann beim Richter erster Instanz Klage einlegen, auf dessen Gutachten das Civilgericht des Zehners zu einer höchstens zweimonatlichen Einsperrung des Kindes berechtigen kann.

Der Richter und das Gericht hören das Kind an, bevor auf die Einsperrung angetragen und selbe beschieden wird. Wenn das Kind auf die Einberufung nicht erscheint, so soll es vor dieselbe gebracht werden. Es werden aber, außer dem Antrage zur Einsperrung und der Berechtigung zu derselben, keine gerichtliche Förmlichkeit noch schriftlicher Aufsaß stattfinden.

Der Entscheid des Gerichtes ist definitiv.

167. Der Vater ist gehalten, alle durch das Einsperrungsbegehren verursachte Kosten zu bezahlen und dem Kinde die gebührenden Lebensmittel zu verschaffen.

168. Die überlebende und nicht wieder verheirathete Mutter kann auch die Einsperrung ihres Kindes begehren.

169. Die Verfügungen vorgehender Artikel gelten auch für die Väter und die Mütter der anerkannten oder zugesprochenen unehelichen Kinder.

170. Verfällt das Kind nach seiner Loslassung in neue Verirrungen, so kann auf die, im Artikel 166sten vorgeschriebene Art, die Einsperrung wiederholt beschieden werden.

171. Der Vater oder die Mutter, welche die Einsperrung verlangt haben, oder das Gericht, welches dazu berechtigt hat, können immerhin dieselbe aufheben.

172. Während der Ehe hat der Vater und, nach Absterben eines der Ehegatten, der Überlebende den Genuß des Vermögens der in der Ehe gebornen Kinder bis zur Volljährigkeit oder Emancipation derselben.

Die nämlichen Rechte kommen der Mutter zu, im Falle die Abwesenheit des Mannes erklärt worden wäre.

---

Ist das Kind nach seiner Volljährigkeit oder Emanzipation in dem Hause seines Vaters oder Mutter verblieben, so wird dieser Genuß, bei Nichtvorhandenheit von Gegenverträgen, als ununterbrochen vermuthet.

173. Die mit diesem Genuße verbundenen Lasten sind:

- 1) Diejenigen, welche den Rugnießern obliegen;
- 2) Die Bezahlung der Zinsen der Capitalien;
- 3) Die Ernährung, der Unterhalt und die Erziehung der Kinder, ihrem Vermögen und Stande gemäß;
- 4) Die Begräbniß- und Krankheitskosten.

Der Vater und die Mutter sind jedoch zu keiner Bürgschaftsleistung gehalten, außer was im Art. 182 gesagt ist.

174. Dieser Genuß wird zu Gunsten desjenigen der Ehegatten nicht statthaben, gegen welchen aus den im Artikel 106 erwähnten Ursachen die Trennung von Bett und Gütern ausgesprochen wurde, ausgenommen wenn, gemäß dem Artikel 108, die Kinder seiner Ob Sorge anvertraut wären.

175. Dieser Genuß hört auf für die Mutter, welche zu einer zweiten Ehe schreitet.

176. Der Genuß des Vaters und der Mutter erstreckt sich weder auf das Vermögen, welches die Kinder durch ihre Arbeit und Gewerbsfleiß besonders erwerben können, noch auch auf dasjenige, welches ihnen unter der ausdrücklichen Bedingung gegeben oder vermacht wurde, daß Vater und Mutter desselben nicht genießen sollen; diese Bedingung ist jedoch in Betreff der Güter, welche ihren Pflichttheil ausmachen sollen, ohne Wirkung.

177. Die Einkünfte des dem Genuße des Vaters oder der Mutter nicht unterliegenden Vermögens werden verhältnißmäßig die im Artikel 173 erwähnten Lasten ertragen.

178. Der Vater ist ferner der Verwalter des Vermögens seiner minderjährigen Kinder.

Er ist rechnungspflichtig in Betreff des Eigenthums und der Einkünfte des Vermögens, dessen Genuß er nicht hat, und nur in Betreff des Eigenthums der Güter, deren Nutznießung das Gesetz ihm einräumt.



179 Der mehrjährige Vater vertritt seine minderjährigen, nicht emancipirten Kinder in allen Civilgeschäften. Er kann jedoch die Güter, deren Nutznießung oder Verwaltung er hat, weder veräußern, noch verpflichten oder mit einer Hypothek beschweren, ausgenommen im Falle einer Nothwendigkeit oder anerkannten Nützlichkeit und mit der Gutheißung des Richters und des Familienraths.

180. Sind die Interessen des minderjährigen Kindes denjenigen seines Vaters entgegengesetzt, so wird dem Kinde ein Speziellcurator gegeben.

181. Der Vater soll ein Inventarium des Vermögens seiner Kinder aufstellen lassen, sowohl dessen, wovon er die Nutznießung, als desjenigen, wovon er bloß die Verwaltung hat.

Der Richter wird für die Erfüllung dieser Obliegenheit Sorge tragen.

Ein Doppel dieses Inventariums soll in die Archive der Gemeinde niedergelegt werden.

Die nämliche Verpflichtung liegt auch der Mutter ob, welche den Genuß des Vermögens ihrer Kinder hat.

182. Wenn der Vater nicht Sicherheit darbie-  
thet, und das Vermögen seiner Kinder in Gefahr  
setzt, so ist er gehalten, dasselbe mittelst Bürg-  
schaft oder auf andere Art hinreichend zu versichern.

Kann er nicht hinreichende Versicherung leisten,  
so wird den Kindern ein Vormund ernannt, un-  
beschadet des Rechtes, welches der Vater auf die  
Einkünfte haben kann.

Spricht der Vater dawider ein, so wird der  
Fall vor den Richter erster Instanz gebracht,  
welcher darüber, unter Appellationsvorbehalt,  
spricht.

183. Der Vater ist nur seinen volljähriggewor-  
denen oder emanzipirten Kindern, oder dern Be-  
rechtigten Rechnung über seine Verwaltung abzu-  
legen verbunden, den Fall ausgenommen, wenn  
er sich nochmals verhehelicht hätte.

184. Der Vater kann seiner väterlichen Gewalt  
und seiner Rechte in folgenden Fällen beraubt  
werden.:

- 1) Wenn er sich Freveln oder grober Mißhand-  
lungen gegen seine Kinder schuldig gemacht hat;

---

2). Wenn er während oder nach der Ehe zu einer entehrenden Strafe verfällt worden ist.

In diesem Falle soll das Kind mit einem Vormunde versehen werden, außer es sey, nach erfülltem achtzehnten Jahre, zur Emanzipation fähig erkannt worden.

Die Mutter kann ebenfalls der nämlichen Rechte beraubt werden, wenn sie sich in einem oder dem andern der in diesem Artikel bestimmten Fälle befindet.

185. Die Rechtsfähigkeit oder Unfähigkeit der unter väterlicher Gewalt stehenden Söhne, in Betreff gewisser Verträge, wird von den darauf bezüglichen Titeln des Gesetzbuches geregelt.



## Achter Titel.

### Von der Minderjährigkeit, der Vormundschaft, und der Emanzipation.

---

#### Erstes Kapitel.

##### Von der Minderjährigkeit.

186. Minderjährig ist jener, ohne Unterschied des Geschlechts, der das dreißigste Altersjahr noch nicht zurückgelegt hat.

---

#### Zweites Kapitel.

##### Von der Vormundschaft.

##### Erster Abschnitt.

Von der Uebertragungsart der Vormundschaft.

---

#### § 1.

Von der testamentarischen Vormundschaft.

187. Der Vater hat das Recht für seine minderjährigen Kinder einen Vormund zu wählen.

Bei Ermangelung eines von dem Vater erwählten Vormundes, fällt dieses Recht der überlebenden nicht wieder verheiratheten Mutter anheim.

188. Dieser Vormund kann nur durch letzten Willens-Verordnung gewählt werden.

189. Hat der Vater seine überlebende Frau zur Vormünderin ihrer Kinder gewählt, so muß diese Ernennung der Bestätigung des Familienrathes unterlegt werden, mit Vorbehalt der Appellation an das Zehngericht, welches dann darüber definitiv entscheidet.

190. Der Vater, so wie auch der Familienrath können der Mutter-Vormünderin einen besondern Beistand beigesellen, ohne dessen Gutachten sie, in Betreff ihrer Vormundschaft, keinen Akt vornehmen kann.

Sind aber die Akten, für welche der Beistand ernannt wurde, ausdrücklich bezeichnet worden, so ist die Mutter-Vormünderin befähigt, die andern Akten ohne dessen Gutachten vorzunehmen.

191. Die Mutter kann, ohne hinreichende Beweggründe, die Vormundschaft nicht ausschlagen,

außer in dem, vom 195sten Artikel vorgesehenen, Falle.

192. Die Mutter-Vormünderin ist, in Hinsicht der Vermögensverwaltung ihrer Kinder, den für die andern Vormünder vorgeschriebenen Regeln unterworfen.

193. Die Mutter-Vormünderin wird die Vormundschaft von Rechtswegen verlieren, wenn sie ein uneheliches Kind gebiert.

194. Will die Mutter-Vormünderin sich wieder verheirathen, so muß sie, vor der Eheeinsegnung, den Familienrath einberufen lassen, welcher entscheiden wird ob die Vormundschaft ihr ferner anvertraut werden soll.

In Abgang dieser Einberufung verliert sie die Vormundschaft von Rechtswegen, und ihr neuer Ehe- mann wird für alle Folgen der von ihr wider- rechtlich fortgesetzten Vormundschaft solidarisch ver- antwortlich.

195. Wenn der Familienrath der Mutter die Vormundschaft ferner überläßt, so muß er ihr nö-

thiger Weise den zweiten Ehemann, als Mitvormund beigegeben, welcher dann an allen Verwaltungsakten Theil nehmen soll und wird mit seiner Frau solidarisch verantwortlich für die nach der Heirath geführte Verwaltung.

Die Anzeigen, welche diese Verwaltung veranlaßt, werden an Beide gerichtet.

196. Der von dem Vater oder von der Mutter erwählte Vormund ist nicht gehalten die Vormundschaft anzunehmen, wenn er übrigens nicht zu der Klasse Derjenigen gehört, welche mit derselben, in Abgang dieser Speziellernennung, beladen werden konnten.

## § 2.

Von der Vormundschaft der Aszendenten.

197. In Abgang eines testamentarischen Vormunds, kommt die Vormundschaft von Rechtswegen sowohl den väterlichen als mütterlichen Aszendenten zu. Finden sich derselben mehrere vor, so wird der Familienrath denjenigen unter ihnen bestimmen, welcher die Vormundschaft verwalten soll.

### § 3.

Von der durch den Familienrath übertragenen Vormundschaft.

198. In Abgang männlicher Ascendenten und testamentarischer Vormünder, sowie auch wenn der Vormund aus einer der oben erwähnten Klassen sich entweder im Falle der Ausschließungen, von denen hier nachstehend die Rede ist, oder einer rechtsgültigen Ablehnung befindet, so liegt dem Familienrathe die Ernennung eines Vormundes ob.

Jedermann kann dem Richter den Fall bezeichnen, welcher die Ernennung eines Vormundes veranlassen könnte.

199. Bei der Wahl eines Vormundes wird der Familienrath nachstehende Regeln befolgen.

200. Die Vormundschaft soll den muthmaßlichen Erben des Minderjährigen übertragen werden, indem der Vormund zuerst aus der väterlichen Linie, und hernach aus der mütterlichen, und so fortwärts fehrrweise bis zur Volljährigkeit des Minderjährigen, gewählt werden soll.

201. Die Verfügung vorstehenden Artikels ist anwendbar auf den Ehemann der muthmaßlichen



Erbin, aber nur in dem Falle wenn diese lebt, und, wenn sie todt ist, dann nur in dem Falle, wenn von dieser Ehe Kinder leben, welche muthmaßliche Erben des Minderjährigen sind.

202. Befindet sich in der Zahl der muthmaßlichen Erben keiner der im Falle wäre die Vormundschaft zu führen, so wird derjenige Anverwandte oder Verschwägte, welcher der nächste im Grade ist, dazu berufen, indem man mit der väterlichen Seite anfängt, und dann abwechselt so wie es im 200sten Artikel erwähnt worden ist.

Diese Verfahrensart wird fortgesetzt, indem nach und nach alle fähigen Verwandte und Verschwägte, bis zum achten Grade einbegriffen, dazu berufen werden, mit Ausnahme dessen was beim 225sten Artikel gesagt ist.

203. Sind in einer Linie keine muthmaßlichen Erben vorhanden, denen die Vormundschaft übertragen werden kann, so fällt diese ausschließlich auf die Erben der andern Linie.

204. Wenn alle Verwandten und Verschwägerten einer Linie ihren Vormundschaftskehr ausge-

halten haben, können dieselben nicht wieder zu einem neuenkehr berufen werden, so lange diejenigen der andern Linie die Vormundschaft noch nicht alle versehen haben.

205. Sollte der Familienrath von oben festgesetzten Regeln abweichen, so wird laut Vorschrift der Artikel 226 und folgender verfahren.

206. Hat der Minderjährige keine Verwandte oder Verschwägte, denen die Vormundschaft, gemäß den Vorschriften gegenwärtigen Gesetzbuches, übertragen werden kann, so wird der Vormund außer der Verwandtschaft ernannt.

207. In dringenden Fällen, bey denen es unmöglich ist den Familienrath zu versammeln, kann der Richter einen provisorischen Vormund erwählen, um zu den Akten zu schreiten, welche keinen Verzug leiden.

103. Die Vormundschaft ist eine persönliche Last, die auf die Erben des Vormundes nicht übergeht. Diese sind nur für die Verwaltung ihres Erblassers verantwortlich.

---

## Zweiter Abschnitt.

### Von dem Nebenvormunde.

209. Bei jeder Vormundschaft soll ein Nebenvormund seyn. Seine Obliegenheiten bestehen darin : für die Interessen des Minderjährigen zu handeln wenn selbige jenen des Vormundes entgegengesetzt stehen; die Ernennung eines neuen Vormundes hervorzurufen, für den Fall, wenn die Vormundschaft erledigt oder verlassen wäre, und die Verwaltung zu überwachen.

210. Der Nebenvormund wird auf gleiche Art wie der Vormund ernannt.

211. Wenn die Berrichtungen des Vormundes einer Person aus einer der in den §§. 1 und 2 des vorgehenden Abschnittes bezeichneten Klassen übertragen werden, und durch letzten Willens-Verordnung kein Nebenvormund ernannt wurde, so soll dieser Vormund, vor seinem Verwaltungsantritte, die Ernennung eines Nebenvormundes hervorrufen.

Hat er vor Erfüllung dieser Förmlichkeit sich in die Verwaltung eingemischt, so kann der Fa-

milienrath, wenn von Seite des Vormundes Gefahrde obgewaltet hätte, demselben die Vormundschaft entziehen, unbeschadet der dem Minderjährigen zukommenden Vergütungen.

212. Der Nebenvormund soll, soviel möglich, aus jener der zwei Linien, zu welcher der Vormund nicht gehört, genommen werden.

213. Die Verrichtungen des Nebenvormundes hören zur nämlichen Zeit als die Vormundschaft auf.

214. Die in den 4 und 5. Abschnitten gegenwärtigen Kapitels enthaltenen Verfügungen sind auch auf die Nebenvormünder anwendbar.

---

### Dritter Abschnitt.

#### Von der Dauer der Vormundschaft.

215. Die Dauer der durch den Familienrath bestellten Vormundschaft ist von zwei Jahren. Jedoch ist derjenige, welchem sie übertragen wurde, verpflichtet bis zu seiner Ersetzung zu verwalten.

216. Der Vormund kann in seinen Verrichtungen bestätigt werden; er ist aber nicht gehalten in denselben fortzufahren, es sey denn er wäre der einzige Verwandte oder Verschwägerte, der fähig wäre die Vormundschaft zu versehen.

217. Der testamentarische Vormund kann nach Verlauf von zwei Jahren, und der Aszendent nach erfülltem fünfundsiebszigsten Altersjahre sich entledigen lassen.

---

#### Vierter Abschnitt.

Von den Ursachen, welche der Vormundschaft überheben, und von der Verweigerung, dieselbe zu verwalten.

218. Sind der Vormundschaft während der Dauer ihrer Amtsverrichtungen überhoben:

- 1) Der Präsident des Großen Rathes;
- 2) Die Mitglieder des Staatsrathes;
- 3) Der Staatschreiber;

219. Die Abwesenden von dem Kantone sind der Vormundschaft gleichfalls überhoben.

220. Die Mitglieder des Staatsrathes können sich der Vormundschaft, welche ihnen vor ihrem Amtsantritte übertragen wurde, entledigen lassen.

Das Gleiche gilt für diejenigen, welche im Falle wären, sich von dem Kantone zu entfernen.

221. Jedermann, der das fünfundschsigste Altersjahr erfüllt hat, kann sich weigern Vormund zu seyn; derjenige, welcher vor diesem Alter zum Vormund ernannt worden ist, muß in der Vormundschaft bis zu deren Vollendung fortfahren; außer was beim 217ten Artikel gesagt ist.

222. Jeder mit einer schweren und gehörig erwiesenen Gebrechlichkeit Behaftete, ist der Vormundschaft überhoben.

Er kann sich sogar von derselben entledigen lassen, wenn er mit dieser Gebrechlichkeit seit seiner Ernennung befallen worden ist.

223. Drei Vormundschaften sind für Jedermann eine gerechte Ursache zur Überhebung einer vierten.

224. Ein Vater, welcher schon mit zwei Vormundschaften beladen ist, kann nicht gehalten wer-

den eine dritte anzunehmen, mit Ausnahme der Vormundschaft seiner Deszendenten.

226. Die Verwandten oder Verschwägerten, den muthmaßlichen Erben ausgenommen, können die Vormundschaft ausschlagen, wenn sie mehr als drei Stunden von dem Orte, wo sie ausgeübt wird, entfernt sind.

226. Wenn der ernannte Vormund bei der Berathung, welche ihm die Vormundschaft überträgt, gegenwärtig ist, so hat er auf der Stelle, unter Strafe in keiner ferneren Einsprache angehört zu werden, seine Entschuldigungen anzubringen, über welche der Familienrath berathschlagen wird.

227. Hat der ernannte Vormund der Berathung, welche ihm die Vormundschaft übertragen hat, nicht beigewohnt, so kann er den Familienrath einberufen lassen um über seine Entschuldigungen zu berathschlagen.

Der Familienrath soll, auf Betrieb des Vormundes in der Frist von acht Tagen, von Anzeige seiner Ernennung an gerechnet, versammelt werden; diese Frist wird für jede Entfernung von sechs Stunden zwischen dem Orte, wo die Vormund-

schaft übertragen wurde, und dem Wohnsitz des Vormundes um einen Tag verlängert; nach Ablauf dieser Frist ist er nicht mehr zulässig.

228. Ergiebt sich in dem Familienrathe keine Mehrheit um die Entschuldigung abzuweisen, so wird diese als zugelassen betrachtet.

Wird die Entschuldigung abgewiesen, so kann der Vormund vor dem Richter erster Instanz einkommen.

Die Prozedur muß, eintretenden Falls, kontradiktorisch gegen die Mitglieder, welche die Entschuldigung abgewiesen haben., eingeleitet werden.

229. Der Entscheid, mittelst dem der Richter die Entschuldigung zuläßt oder abweist, ist unappellbar.

230. Gelingt es dem Vormunde der Vormundschaft enthoben zu werden, so können diejenigen, welche die Entschuldigung abgewiesen haben, in die Kosten verurtheilt werden.

Unterliegt er, so wird er selbst darin verfällt.

231. Ein jeder, der eine ihm endlich übertragene



Vormundschaft zu verwalten verweigert, ist zum Schadenersatz gegen den Minderjährigen gehalten und soll überdies zu einer Strafe von dreißig bis hundert Franken, zu Gunsten der Armenkasse der Gemeinde des Minderjährigen, verfällt werden.

Diese Strafe wird von dem Richter erster Instanz auf Betreibung der öffentlichen Behörde ausgesprochen werden.

Der Richter ist überdies berechtigt, einen Curator, selbst außer der Verwandtschaft, zu ernennen, um, während der Dauer der Vormundschaft, dieselbe auf Kosten und Verantwortlichkeit des Vormundes zu verwalten.

---

### Fünfter Abschnitt.

Von der Unfähigkeit zur Vormundschaft, von der Ausschließung und Absetzung von derselben.

232. Können weder Vormünder noch Mitglieder eines Familienrathes seyn:

- 1) Die Minderjährigen, ausgenommen was im nachstehenden Artikel gesagt ist;

2) Die Interdizirten;

3) Die, in Gemäßheit des 338sten Artikels, unter gerichtlichen Beistand gestellten Personen;

4) Die Weibspersonen, mit Ausnahme der Mutter und der weiblichen Ascendenten;

5) Alle jene, die mit dem Minderjährigen einen Rechtshandel haben oder zu haben ausgesetzt sind, oder deren Vater oder Mutter mit ihm ebenfalls einen Rechtsstreit haben oder zu haben ausgesetzt sind, durch welchen der Stand dieses Minderjährigen, sein Vermögen oder ein beträchtlicher Theil desselben in Gefahr gesetzt würden. Der nämliche Fall tritt ein beim muthmaßlichen Erben desjenigen, der mit dem Minderjährigen in einem Rechtsstreite steht, oder zu stehen ausgesetzt ist.

233. Der Vater und die Mutter, obschon minderjährig, können Mitglieder des Familienrathes seyn.

234. Sind von der Vormundschaft ausgeschlossen und sollen sogar, falls sie in der Ausübung

derselben sich befänden, von der Vormundschaft abgesetzt werden:

- 1) Leute von allgemein bekannter schlechter Auf-  
führung;
- 2) Diejenigen, deren Verwaltung die Unfähig-  
keit oder Untreue erweisen würde.

235. Die Verurtheilung zu einer Leibesstrafe oder zu einer entehrenden Strafe, und selbst die Verurtheilung zu einer Zuchtsstrafe wegen Diebstahl oder Verfälschung bringt von Rechtswegen die Ausschließung von der Vormundschaft mit sich. Sie zieht selbst die Absetzung in dem Falle nach sich, wenn es um eine vorher übertragene Vormundschaft sich handeln würde.

236. Ein jeder, der von einer Vormundschaft ausgeschlossen oder abgesetzt worden ist, kann nicht Mitglied eines Familienrathes seyn.

237. So oft der Fall zur Absetzung eines Vormundes eintritt, soll der Familienrath auf Betrieb des Nebenvormundes oder von Amtswegen durch den Richter einberufen werden.

Dieser kann sich dieser Einberufung nicht überheben, wenn er von einem oder mehreren Verwandten oder Verschwägerten des Minderjährigen förmlich darum angesucht wird.

Der Vormund soll nöthiger Weise berufen und, wenn er sich stellt, angehört werden.

238. Wenn die Mehrheit des Familienrathes für die Absetzung sich ausspricht, so soll der Vormund nöthiger Weise in seinen Berrichtungen eingestellt und durch einen provisorischen ersetzt werden.

239. Wenn der Vormund wider die Berathung des Familienrathes einspricht, so muß der Handel kontradiktorisch gegen die öffentliche Behörde vor dem Richter erster Instanz, der darüber, unter Appellationsvorbehalt, zu sprechen hat, betrieben werden.

Die Verwandten und Verschwägerten des Minderjährigen können in dem Handel interveniren.

240. Ergiebt sich in dem Familienrathe keine Mehrheit für die Ausschließung oder Absetzung, so können diejenigen, welche darauf angetragen haben, den Handel vor die Gerichte bringen.

## Sechster Abschnitt.

### Von der Verwaltung des Vormundes.

241. Der Vormund ist, bei Strafe des Schadenersatzes, verpflichtet in dieser Eigenschaft, vom Tage seiner Ernennung an, wenn er bei derselben gegenwärtig war, sonst aber vom Tage der Anzeige an, zu handeln und zu verwalten.

Er kann aber die Schriften des Minderjährigen vor Verfassung des Inventars nicht zu Handen nehmen.

242. Der Vormund trägt Sorge für die Person des Minderjährigen, vertritt ihn in allen Civilakten und verwaltet dessen Vermögen.

Vor seinem Verwaltungsantritte leistet der Vormund den Eid in die Hände des Richters, die Vormundschaft gut und getreu zu verwalten.

243. Der Vormund kann dem Vater oder der Mutter die Erziehung der Kinder ohne dringende Ursache nicht entziehen, worüber der Familienrath erkennen wird, unter Vorbehalt des Rekurses an

den Richter erster Instanz, welcher darüber, unter Appellations Vorbehalt, zu sprechen hat.

244. Der Vormund, welcher schwere Unzufriedenheitsgründe über die Aufführung des Minderjährigen haben wird, kann seine Klagen vor den Richter bringen, welcher, nach zu Rathe gezogenem Familienrathe, laut Vorschrift des 166sten Artikels verfahren wird.

245. Der Minderjährige ist seinem Vormunde Ehrfurcht und Gehorsam schuldig; er kann jedoch bei dem Richter seine Klagen anbringen, wenn der Vormund seine Gewalt mißbraucht, oder seine Obliegenheiten zu erfüllen vernachlässiget.

246. Der Vormund soll das Vermögen des Minderjährigen wie ein guter Familienvater verwalten; er ist für den aus schlechter Verwaltung allfällig entstandenen Schaden verantwortlich.

247. Der Vormund muß in den ersten acht Tagen nach erhaltener Kenntniß seiner Ernennung um die Aufhebung der Siegel nachsuchen, wenn dieselben aufgedrückt worden sind, und wird unmittelbar, gemäß Vorschrift des Gesetzbuches über die bürgerliche Prozeßordnung, zur Aufnahme des

Inventars des Vermögens des Minderjährigen schreiten lassen.

Ein Doppel dieses Inventars soll in die Archive der Gemeinde abgelegt werden.

Die Verpflichtung, ein Inventar aufzustellen' erneuert sich jedesmal, wenn das Vermögen des Minderjährigen durch Erbschaft oder sonst vermehrt wird.

Ist der Minderjährige dem Vormunde schuldig, so muß dieser, unter Strafe des Verlustes, es in dem Inventar erklären, und dieses auf die Aufforderung, welche derjenige, der das Inventar verfaßt, an den Vormund zu richten verpflichtet ist und wovon in dem Verbalprozeße Meldung zu geschehen hat

248. Das Inventar soll von dem Gerichtsschreiber in Gegenwart des Vormundes und Nebenvormundes verfaßt werden.

249. In Monatsfrist nach Abschluß des Inventars, wird der Vormund alle Fahrnisse, außer jenen, die er von dem Familienrathe in Natur zu behalten berechtigt ist, nach geschehener Werthi-

gung derselben, und nach zwei, an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen in dem gewöhnlichen Ausrufsorte stattgefundenen Verkündigungen, durch eine vom Richter delegirte Person öffentlich ver steigern lassen.

250. Die Mutter-Vormünderin ist, so lange sie im gesetzlichen Genuße des Vermögens des Minderjährigen steht, nicht gehalten die Fahrnisse zu verkaufen wenn sie dieselben zu behalten vorzieht.

In diesem Falle ist sie den nämlichen Obliegenheiten wie die Rugnießer unterworfen.

251. Wenn der Minderjährige das sechszehnte Altersjahr erfüllt hat, und in der Gemeinde oder in der Nachbarschaft wohnt, so soll er zur Inventarsabfassung und zur Veräußerung der Fahrnisse und Liegenschaften berufen werden.

Ist er anwesend, so soll er in seinen Bemerkungen angehört werden; ist er abwesend, so sollen die Ursachen seiner Abwesenheit angegeben werden.

252. Der auf einen andern folgende Vormund soll das Inventar von seinem Vorgänger in Empfang nehmen und untersuchen.



Wenn der vorgehende Vormund, wegen nicht stattgehabter Rechnungsablegung, kein vollständiges Inventar abgeben kann, so soll er seinem Nachfolger ein Verzeichniß der Sachen, die er ihm übergibt, einhändigen und sich darüber einen Empfangsschein ausfertigen lassen.

253. Der Vormund darf die Gelder des Minderjährigen nicht zu seinem eigenen Nutzen verwenden, und wenn er es thut, so ist er vom Tage des Verbrauchs an, den gesetzlichen Zins dafür schuldig, und kann überdieß, auf Begehren des Nebenvormundes, des Familienrathes oder des Richters, zur Rückerstattung gehalten werden.

254. Der Vormund soll die Kapitalien binnen drei Monaten nach deren Eingehen anlegen; geschieht dieß nicht inner dieser Frist, so ist er von dieser Zeit an den Zins schuldig, es sey denn der Richter habe die Unmöglichkeit davon anerkannt, oder der Familienrath habe den Vormund berechtigt die Anlegung zu verschieben.

255. Wenn die Einkünften des Minderjährigen die Ausgaben übertreffen, so wird der Familienrath die Summe bestimmt festsetzen, bei welcher für den

---

Vormund die Verbindlichkeit eintritt, den Überschuß anzulegen. Die Anlegung soll in der Frist von sechs Monaten geschehen; bei Abgang dieser Anlegung ist der Vormund gehalten, von dem Verlaufe dieser Frist an, die Zinse selbst zu bezahlen, ausgenommen der Familienrath habe ihn aus billigen Ursachen berechtigt, die Einkünften während einer längern Zeit zu behalten ohne sie anzulegen.

256. Hat der Vormund die Summe, bei welcher die Anlegung beginnen soll, nicht bestimmen lassen, so ist er nach Verlauf von sechs Monaten, für jede nicht angelegte Summe, so gering sie auch seyn mag, den Zins schuldig. Er hat selbst während dieser Zeit den Zins zu bezahlen, wenn er das Geld des Minderjährigen zu seinem eigenen Nutzen verbraucht hat.

257. Wenn die Verwaltung schwer und ausgedehnt ist, kann der Familienrath den Vormund berechtigen, sich für die Verwaltung einen oder mehrere Partikularverwalter zu zugesellen, welche besoldet werden und unter der Verantwortlichkeit des Vormundes verwalten.

258. Der Gehalt der Partikularverwalter soll

zwischen diesen, dem Vormunde und dem Nebenvormunde, unter Genehmigung des Richters, verabredet werden.

259. Der Vormund kann, ohne Berechtigung des Familienrathes, für den Minderjährigen kein Anleihen machen, noch dessen Grundgüter veräußern oder mit einer Hypothek beschweren.

Diese Berechtigung darf nur wegen einer unumgänglichen Nothwendigkeit oder wegen einem augenscheinlichen Vortheil bewilliget werden.

Im ersten Falle wird der Familienrath seine Berechtigung nur alsdann ertheilen, wenn durch eine von dem Vormunde summarisch gestellte Rechnung bewährt worden ist, daß die Baarschaften, die Mobiliareffekten und Einkünfte des Minderjährigen unzulänglich sind.

Der Familienrath wird, in jeden Fällen, dem Vormunde die Liegenschaften bezeichnen, welche vorzugsweise verkauft werden sollen, und jede von ihm für nützlich erachteten Bedingnisse vorschreiben.

260. Der Verkauf geschieht öffentlich, in Gegenwart des Vormundes und des von einem Gerichts-

---

schreiber verbeiständeten Richters mittelst Versteigerung in der Gemeinde, wo die Güter liegen, nach einer durch zwei Sachkundige gemachten Schätzung und nach den an drei aufeinanderfolgenden Sonntagen in dem gewöhnlichen Ausrufsorte der nämlichen Gemeinde und jener des Wohnsitzes des Minderjährigen stattgehabten Verkündigungen.

Der Familienrath kann jedoch verfügen, daß die Verkündigungen und Versteigerung in andern Gemeinden geschehen, wenn das Interesse des Minderjährigen es ihm anrättht.

261. Wenn die [Schätzung der sämmtlichen Güter, deren Verkauf berechtigt wurde, hundert Franken übersteigt, so muß ein Doppel der Verkündigung wenigstens acht Tage vor der Versteigerung in das Wochenblatt eingerückt werden..

262. Die von dem Artikel 259 zur Veräußerung der Güter eines Minderjährigen erforderlichen Förmlichkeiten sind für den Fall nicht anwendbar, wo, auf Ansuchen eines gemeinschaftlichen Miteigenthümers, die Versteigerung durch ein Urtheil verfügt worden wäre.

Nur darf in diesem Falle die Versteigerung nicht

anders als in der, von den zwei vorgehenden Artikeln vorgeschriebenen, Form vorgenommen werden; die Fremden müssen dabei nothwendigerweise zugelassen werden.

263. Wenn die Gebote bei der Versteigerung den Schatzungspreis nicht erreichen, so wird eine neue, wenigstens sechs Tage vorher verkündigte, Versteigerung statthaben.

Wenn bei dieser zweiten Versteigerung der Schatzungspreis nicht geboten wird, so kann der Familienrath den Verkauf unter der Schätzung ohne fernere Versteigerung berechtigen.

264. Der Richter kann den Verkauf ohne Versteigerung und ohne Schätzung erlauben, wenn er es im Interesse des Minderjährigen finden wird.

265. Der Vormund kann bei der Versteigerung auch concurriren. Wird ihm als Meistbietenden eine Sache zugesprochen, so muß der daherige Akt von dem Nebenvormunde ausgestellt werden.

266. Die Liegenschaften des Minderjährigen werden mittelst öffentlicher Versteigerung, nach zwei an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen in der Ge-

---

meinde des Wohnsitzes des Minderjährigen, oder in jener wo die Güter gelegen sind, nachdem es der Richter zum größern Vortheile des Minderjährigen finden wird, geschehenen Verkündigungen, auf Pacht abgegeben. Jedoch kann der Familienrath, im Einverständniße mit dem Richter, dieser Förmlichkeit überheben.

In diesem letztern Falle kann der Vormund die Güter des Minderjährigen nicht in Pacht nehmen.

267. Der Vormund darf die Abtretung keiner Schuldforderung gegen den Minderjährigen annehmen.

268. Der Vormund kann, ohne Berechtigung des Familienraths, eine dem Minderjährigen zugefallene Erbschaft weder annehmen noch ausschlagen.

In zweifelhaften Fällen wird der Familienrath dem Vormunde vorschreiben von der Rechtswohlthat des Inventars Gebrauch zu machen.

269. Der Vormund kann über das Vermögen des Minderjährigen unter unentgeltlichem Titel nicht verfügen.

Der Minderjährige kann jedoch in seinem Ehevertrage, mit der Berechtigung des Vormundes oder, wenn dieser darin mittelbar oder unmittelbar betheiligt ist, mit jener des Nebenvormundes, zu Gunsten des Ehegatten Schenkungen unter Lebenden machen.

270. Es ist dem Vormunde, ohne die Berechtigung des Familienrathes, untersagt:

Eine Liegenschaft unter lästigem Titel zu erwerben, oder eine Schenkung anzunehmen, welche dem Minderjährigen eine Verbindlichkeit auflegen wird;

Einen Vergleich und Compromiß einzugehen.

271. Um in Bezug auf den Minderjährigen die nämliche Wirkung zu erhalten, welche sie unter Volljährigen hätte, muß die Vertheilung, nach vorhergegangener Schätzung, von dem Familienrathe gutgeheißen werden.

272. Der Vormund kann keine Baarschaft des Minderjährigen ohne Spezialhypothek und ohne Solidarbürgen ausleihen.

---

273. Der Schuldner des Minderjährigen wird für das dem Vormunde bezahlte Capital nur alsdann gültig entlediget, wenn die Quittung von dem Nebenvormunde genehmiget worden ist.

274. Der Vormund kann, ohne Berechtigung des Familienrathes, im Namen des Minderjährigen nicht rechten, seys als Kläger seys als Verantwortlicher, noch in ein Begehren hinsichtlich der unbeweglichen Rechte des Minderjährigen einwilligen.

Liegt jedoch Gefahr im Verzuge, so kann er eigenmächtig die dringendsten Vorbehaltschritte thun; er soll aber den Familienrath über diese Schritte in Kenntniß setzen und von demselben zur Weiterbeförderung des Handels die Berechtigung erhalten.

Wenn der Minderjährige verurtheilt ist, so darf der Vormund, ohne Berechtigung des Familienrathes, in Appellation nicht rechten, unter Strafe für die Kosten derselben verantwortlich zu seyn.

275. Der Vormund kann im Namen des Minderjährigen alle andern, in gegenwärtigem Abschnitte nicht vorgesehenen, Akten bloßer Verwaltung verrichten.



276. Die gesetzliche Verpflichtung des Vormunds verbindet nur das Vermögen des Minderjährigen.

277. Die mit den erforderlichen Förmlichkeiten eingegangenen Verbindlichkeiten der Minderjährigen haben die gleiche Kraft wie die, welche von den Volljährigen eingegangen worden sind.

---

### Siebenter Abschnitt.

#### Von den Vormundschaftsrechnungen.

278. Jeder Vormund ist verpflichtet, nach Verlauf von zwei Jahren oder am Ende seiner Vormundschaft, wenn sie eher aufgehört hat, über seine Verwaltung Rechnung abzulegen.

Davon sind ausgenommen, die Ascendentes, welche nur am Ende der Vormundschaft zur Rechnungsablegung gehalten sind.

279. Jede Überhebung einer Rechnungsablegung, sowie jedes Verbot, eine solche zu begehren, sind nichtig.

280. Die Rechnung soll dem volljährig gewor-

---

denen Minderjährigen abgegeben werden oder dem Familienrathe, wenn die Verwaltung des Vormundes früher aufgehört hat.

Hat der Minderjährige das sechszehnte Altersjahr zurückgelegt, so soll er nothwendigerweise dazu berufen werden.

281. Wenn der zur Rechnungsablegung berufene Vormund nicht erscheint, so kann er ersetzt werden; außer er sey rechtmäßig verhindert gewesen.

Erscheint er auch das zweite Mal nicht, so muß er nothwendigerweise ersetzt werden, und soll von dem neuen Vormunde zur Rechnungsablegung betrieben werden.

Er kann überdieß als ein treulofer Verwalter angeklagt werden.

282. Bei der Rechnungsablegung soll der Vormund die Quittungen und andern Belegstücke, die Schuldbriefe, das Vermögensinventar des Minderjährigen und die frühere Rechnung aufweisen.

283. Der Vormund ist für die Fahrnisse, wel-

che der Familienrath ihn berechtigt hat dem Minderjährigen zu überlassen, nicht verantwortlich.

284. Alle hinreichend gerechtfertigten, zu einem nützlichen Zwecke verwendeten Ausgaben werden dem Vormunde zugestanden.

Kleine Ausgaben und jene, für welche man gewöhnlich keine Quittungen zu begehren pflegt, werden mittelst der besondern, das Datum solcher Ausgaben bestimmenden, Aufzeichnungen des Vormundes bewiesen und, wenn nöthig, mit dem Eide desselben unterstützt.

285. Der durch den Vormund oder den Minderjährigen schuldige Überschuß ist auf Verlangen zahlbar, und wird vom Augenblicke des Rechnungsabschlusses Zins tragen.

Jedoch wird dasjenige, was der Vormund an Kapitalzinsen und Pachtgeldern, die er nicht bezogen hat, dem Minderjährigen schuldig ist, erst nach einem Jahre, seit deren Verfall, Zins tragen.

286. Eine auf die Mühewaltungen des Vormundes berechnete Entschädigung soll demselben von dem Familienrathe zugesprochen werden.

287. Jede Klage des Minderjährigen gegen den Vormund in Betreff der Verhandlungen der Vormundschaft ist in zehn Jahren, von der Volljährigkeit an gerechnet, verjährt.

288. Jeder Vertrag, der zwischen dem Vormunde und seinem volljährig gewordenen Minderjährigen, in Hinsicht der Verhandlungen der Vormundschaft zu Stande kommen könnte, ist ungültig, wenn nicht die Rechnungsablegung nebst Einhändigung der Belege vorangegangen ist; dieses muß sämmtlich durch eine förmliche Quittung wenigstens zehn Tage vor dem Vertrage bewährt seyn.

289. Nach jeder Rechnungsablegung soll das Vermögensinventar des Minderjährigen, wenn nöthig, berichtigt und mit der Rechnung übereinstimmend gemacht werden.

### Achter Abschnitt.

Von den Familienräthen.

290. Der Familienrath besteht, nebst dem Richter erster Instanz, aus sechs Verwandten oder Ver-

schwägerten, welche sowohl in der Gemeinde wo die Vormundschaft eröffnet wird, als innerhalb einer Entfernung von drey Stunden, zur Hälfte vaterseits, zur Hälfte mütterseits und, soviel möglich, nach der Nähe der Verwandtschaft in jeder Linie, genommen werden sollen.

Der Verwandte wird dem im nämlichen Grade Verschwägerten vorgezogen.

291. Ist die Anzahl der am Orte oder innerhalb der im vorgehenden Artikel bezeichneten Entfernung sich befindlichen Verwandten oder Verschwägerten der einten oder anderten Linie unzulänglich, so kann der Richter, je nach seiner Auswahl, entweder in weiteren Entfernungen wohnhafte Verwandte oder Verschwägte oder, in der Gemeinde selbst Rathsglieder oder andere Personen, welche bekanntlich mit dem Vater oder mit der Mutter des Minderjährigen in gewöhnlicher Freundschaftsverbinding gestanden haben, herzuladen.

292. Befinden sich auch am Orte selbst Verwandte oder Verschwägte in hinreichender Anzahl, so kann der Richter dennoch Verwandte oder Verschwägte von einem nähern oder auch von dem

---

nämlichen Grade als die Gegenwärtigen, in was immer einer Entfernung sie wohnhaft sind, herzuladen; doch sind alsdann von diesen Letztern so viele wegzulassen daß die im 290sten Artikel bestimmte Anzahl nicht überschritten werde.

293. Der Vormund und der Nebenvormund gehören zur Anzahl derjenigen, welche in Gemäßheit des 290sten Artikels zur Theilnahme des Familienraths berufen werden; außer in Dringlichkeitsfällen, in denjenigen wo sie persönlich betheiligt wären, und ferner in dem Falle wenn der Richter wegen wichtigen Gründen es für räthig fände sie nicht herzuladen.

In keinem Falle kann der Vormund für die Ernennung des Nebenvormundes stimmen.

294. Der Familienrath wird von dem Richter, seys auf Ansuchen und auf Betrieb der Verwandten oder Verschwägerten des Minderjährigen, seiner Gläubiger oder anderer betheiligter Personen, oder amts halber einberufen.

Die Einberufung geschieht mittelst Einladung der Person selbst, oder im Wohnsitze derselben.

Diese Einladung kann, in Betreff der außer der Gemeinde des Mindestjährigen wohnhaften Verwandten oder Verschwägerten, ohne Rogatorien statt haben.

295. Dringende Fälle ausgenommen, soll zwischen dem Tage der Einladung und demjenigen, welcher für den Zusammentritt des Familienraths bestimmt ist, wenigstens ein Zwischenraum von drei Tagen gelassen werden.

Dieser Zwischenraum soll für die Verwandten oder Verschwägerten, welche nicht in der Gemeinde wohnhaft sind, für je sechs Stunden Entfernung um einen Tag verlängert werden. Auf Entfernungen von weniger als sechs Stunden wird keine Rücksicht genommen.

296. Alle Verwandten oder Verschwägerten des Minderjährigen bis zum achten Grade einschließ-lich (civil Berechnung:) haben das Recht sich bei dem Familienrath einzufinden um daselbst im Interesse des Minderjährigen ihre Bemerkungen zu machen.

Zu diesem Behufe soll die Haltung des Familienraths mittelst einer Verkündigung an dem gewöhnlichen Ausrufsorte der Gemeinde oder der Pfar-

rei des Minderjährigen angezeigt werden; es soll zwischen dem Tage der Verkündigung und jenem, der für den Zusammentritt des Familienraths bezeichnet ist, ein Zwischenraum von wenigstens drei Tagen gelassen werden.

Diese Verkündigung ist, in Dringlichkeitsfällen, nicht erfordert.

297. Diejenigen, welche laut Vorschrift des 294<sup>ten</sup> Artikels zum Familienrathе berufen werden, sind verpflichtet in Person zu erscheinen.

Jedoch können sich die Verwandten oder Ver-  
schwägerten durch ihren Vater oder Stiefvater,  
Sohn oder Stieffohn, Bruder oder Stiefbruder  
vertreten lassen.

Der Bevollmächtigte kann nur eine Person ver-  
treten.

298. Jeder in Person oder in seinem Wohnsitz  
Einberufene, welcher ohne rechtmäßige Entschuldigung  
ausbleiben würde, verurtheilt eine Buße von  
vier Franken, zu Gunsten der Armenkasse der Ge-  
meinde des Minderjährigen.



Diese Buße wird von dem Richter erster Instanz, ohne Appellation, ausgesprochen.

299. Wenn diejenigen, welche den Familienrath zu bilden berufen werden, ganz oder zum Theil ausbleiben, so kann der Richter die Versammlung auf einen andern Tag verlegen, oder Alleinig, oder mit den Gegenwärtigen verfahren, oder den Familienrath sogleich durch an Ort sich befindliche Verwandte und, in dem Abgang, durch Rathsglieder oder Freunde vervollständigen.

300. Bei jedem Zusammentritte des Familienrathes ist es allen Verwandten und Verschwägerten gestattet über die Bildung dieses Familienraths ihre Bemerkung abzugeben; findet der Richter die Bemerkung gegründet, so kann er den Familienrath abändern.

301. Der Richter hat in dem Familienrathe den Vorsitz, er hat dabei berathende Stimme, welche, wenn die Stimmen getheilt sind, den Ausschlag giebt.

Jedoch soll der Richter sich des Stimmens enthalten, wenn es um Fragen zu thun ist, über die er als Richter zu sprechen berufen werden kann.

302. Zur Gültigkeit der Berathschlagungen des Familienraths ist die verhältnismäßige Mehrheit hinreichend.

303. Die Namen der Mitglieder des Familienraths sollen ins Protokoll eingetragen werden.

304. So oft der Familienrath in seinen Berathungen nicht einstimmig ist, soll das Gutachten eines jeden Mitgliedes im Verbale gemeldet werden.

Der Vormund, der Nebenvormund, oder die andern Mitglieder der Versammlung können inner acht Tagen gegen die Berathschlagung contradictorisch gegen diejenigen Mitglieder, welche in derselben die Mehrheit gebildet haben, bei dem Richter erster Instanz einkommen.

305. Die Mitglieder des Familienraths sind für den Schaden, den sie dem Minderjährigen wegen Gefährde oder wegen schwerer Schuld verursacht hätten, verantwortlich.

306. Das Protokoll der Verhandlungen des Familienraths soll von dem Richter und von dem Schreiber unterzeichnet werden.

Ist der Schreiber nicht Notar, so soll das Protokoll überdies von den Mitgliedern des Familienraths unterzeichnet werden, und, in Abgang, soll die Ursache gemeldet werden warum sie nicht unterzeichnet haben.

307. Die Familienräthe können, selbst an religiösen Ferialtagen, zusammentreten und berathschlagen.

Erhebt sich in dem Familienrathe ein Anstand, über welchen der Richter ein Urtheil zu tragen berufen ist, so wird das ordentliche Prozeßverfahren befolgt.

---

### Neunter Abschnitt.

Von der Gerichtsbarkeit über die Vormundschaften.

308. Der Richter erster Instanz ist besonders beauftragt über die Interessen der Minderjährigen zu wachen und über die Verwaltung der Vormünder die größte Aufsicht zu haben.

309. Die Gerichtsbarkeit des Richters wird durch den Wohnsitz des Minderjährigen bestimmt.

310. Der Richter ist verpflichtet den durch Gefährde oder durch schwere Schuld dem Minderjährigen verursachten Schaden gutzumachen

311. Alle Verhandlungen, in Betreff der Vormundschaften, sollen in ein besonderes Protokoll eingeschrieben werden. Zu diesem Behufe soll der Richter von einem Schreiber verbeiständet seyn.

Dieser Schreiber soll Notar seyn, wenn sich ein solcher in dem Orte, wo die Verhandlung statt hat vorfindet; widrigenfalls kann der Richter eine andere fähige Person bezeichnen um diese Stelle zu versehen.

Der Schreiber führt ein Register, welches die Namen aller Vormünder der Gemeinde, die Zeitangabe ihrer Ernennung, der Rechnungsablegung und des Aufhörens ihrer Berrichtungen enthält.

312. Der Berichtsteller bei dem Zehnengerichte nimmt alljährlich, im Laufe des Christmonats, das im vorstehenden Artikel erwähnte Protokoll und Register in Augenschein, und stattet darüber dem Staatsrathse seinen Bericht ab.

313. Der Staatsrath hat die Oberaufsicht über

die Vormundschaften, und übt dieselbe mittelst der Zehnenberichtsteller oder eigens dazu Delegirter aus.

Er nimmt die zur Vollziehung der, im gegenwärtigen Abschnitte enthaltenen, Verfügungen nöthigen Beschlüsse.

---

### Drittes Kapitel.

#### Von der Emanzipation.

314. Der Minderjährige des einen und andern Geschlechtes ist durch die Heirath emanzipirt, wenn der Mann das achtzehnte und die Frau das sechszehnte Altersjahr erfüllt haben.

315. Der unverehelichte Minderjährige kann, nach erfülltem achtzehnten Altersjahre, von seinem Vater emanzipirt werden.

316. In Ermangelung des Vaters kann die Emanzipation von dem Familienrathe ertheilt werden.

In diesem Falle wird die Emanzipation durch

eine vom Richter ausgestellte Erklärung erwiesen werden.

317. Der emanzipirte Minderjährige bleibt unter der Curatel bis zu seiner Volljährigkeit.

318. Der Vater ist von Rechtswegen der Curator des emanzipirten Minderjährigen; mit Vorbehalt dessen was hinsichtlich der Ehefrau, im Titel, von der Ehe, geregelt worden ist.

319. Der emanzipirte Minderjährige kann eigenmächtig für eine Frist von höchstens drei Jahren seine Güter auf Pacht oder Miethung übergeben; er bezieht seine Einkünfte, stellt dafür Quittungen aus und vollzieht alle Akten bloßer Verwaltung, ohne wegen diesen Handlungen in den vorigen Stand zurückgesetzt werden zu können, die Fälle ausgenommen, wo ein Volljähriger es selbst werden könnte.

320. Der emanzipirte Minderjährige kann keine auf unbewegliche Sachen sich beziehende Klage anstellen, noch sich gegen eine solche verantworten, keine Capitalsumme einziehen und dafür Quittung ausstellen, kein Anleihen machen, keine Bürgschaft leisten, seine Liegenschaften weder mit einer

Hypothek beschweren, noch verkaufen oder veräußern, und keine andere Handlungen als jene bloßer Verwaltung ausüben, ohne die Förmlichkeiten, welche für die nicht emanzipirten Minderjährigen vorgeschrieben sind, zu beobachten.

321. Können von dem Familienrathe emanzipirt werden, die minderjährigen Kinder, welche achtzehn Jahre erfüllt haben und die in einem der nachfolgenden Fälle sich befinden:

- 1) Wenn ihr Vater interdizirt, oder unter gerichtlichen Beistand gestellt ist;
- 2) Wenn ihr Vater sich entfernt und seit länger als einem Jahre keine Nachricht gegeben hat;
- 3) Wenn der Vater der väterlichen Gewalt beraubt ist.
- 4) Wenn der Vater zu einer mehr als einjährigen Verhaftung verurtheilt worden ist;

322. Wenn die in den zwei ersten §§. des vorgehenden Artikels vorgesehenen Emanzipationsursachen aufhören, so tritt der Vater wieder in die Rechte seiner väterlichen Gewalt.


---

323. Der emanzipirte Minderjährige darf ohne Berechtigung des Curators keinen Handel oder keine Kunst unternehmen.

324. Der Minderjährige, der diese Berechtigung erhalten hat, kann in Betreff seines Handels oder seiner Kunst eigenmächtig Verbindlichkeiten eingehen.

325. Sind von Rechtswegen emanzipirt, und erwerben alle den Volljährigen zustehenden Rechte:

Die Doctoren der Rechte, der Medizin oder Chirurgie, die Advokaten und die Notaren.





## Neunter Titel.

### Von der Volljährigkeit, der Interdiction und von dem gerichtlichen Beistande.

---

#### Erstes Kapitel.

##### Von der Volljährigkeit.

326. Die Volljährigkeit ist auf das erfüllte dreiundzwanzigste Jahr festgesetzt; in diesem Alter wird man für alle Akten des bürgerlichen Lebens fähig, jedoch mit Vorbehalt der von dem Gesetze gemachten Einschränkungen.

---

#### Zweites Kapitel.

##### Von der Interdiction.

327. Der Volljährige, der sich in einem anhaltenden Zustande von Blödsinn, Wahnsinn oder

Raserei befindet, kann interdizirt werden, selbst wenn er zuweilen gesunde Augenblicke hat.

328. Der Verschwender kann auch interdizirt werden.

329. Jeder Verwandte oder Verschwägte ist fähig um die Interdiction seines Verwandten oder Verschwägerten nachzusuchen.

Das nämliche gilt in Ansehung des einen Ehegatten gegen den andern.

Im Falle des Stillschweigens der Einen und der Andern, kann die Interdiction von dem Gemeinde Rathe oder amts halber vom Richter hervorgerufen werden.

330. Wenn im Falle der Raserei, die Interdiction von keiner der, im vorgehenden Artikel erwähnten, Personen hervorgerufen wird, so hat dieses durch die öffentliche Behörde zu geschehen.

331. Das Erkenntniß über Interdictionsfragen liegt in der Amtsbefugniß des Richters erster Instanz.

332. Die Thatfachen, welche das Interdictionss-

begehren begründen, sollen dem Familienrathe zur Kenntniß gebracht werden, welcher darüber sein, mit Gründen unterstütztes, Gutachten abgeben wird.

333. Das Interdictionsbegehren soll dem Verantwortet mitgetheilt werden, außer die Interdiction sey wegen Raserei, Wahnsinn oder Blödsinn hervorgerufen worden und die Thatsachen, welche zu derselben Anlaß geben, seyen allgemein bekannt.

334. Wenn die Mehrheit des Familienraths sich für die Interdiction ausspricht, und wenn der Verantwortet dawider nicht einspricht, so soll dieser Bescheid der Bestätigung des Richters unterlegt werden.

Im Falle einer Einsprache, soll das Interdictionsbegehren auf Instanz der öffentlichen Behörde und auf Kosten des Verantworters betrieben werden.

Die Verwandten und Verschwägerten können dabei interveniren.

Ergiebt sich in dem Familienrathe keine Mehrheit für die Interdiction, so kann das Begehren auf Instanz derjenigen, die solches gestellt haben, vor den Gerichten betrieben werden.

335. Wenn der Fall eintritt, die Thatfachen, welche die Interdiction hervorgerufen haben, zu erweisen, so soll die Person auf Instanz derjenigen, welche die Interdiction betreiben, vorgeladen und in der Sitzung verhört werden; kann sie nicht erscheinen, so wird der Richter, in Begleitung des Gerichtsschreibers, sich zu ihr begeben.

336. Die Parteien werden für die Einleitung des Handels die gewöhnlichen Prozeßformen befolgen.

Jedoch werden der Handel und die Fristen, selbst während der Ferien, ihren Lauf haben.

Der Richter kann die Fristen verkürzen.

337. Der Richter kann, in dringenden Fällen, einen provisorischen Verwalter erwählen um während des Rechtsstreites für die Person und das Vermögen des Verantworters zu sorgen, ohne dessen Einwilligung sich dieser keineswegs verpflichten kann.

338. Wenn der Richter das Interdictionsbegehren abweist, kann derselbe nichtdestoweniger, wenn es die Umstände erfordern, bescheiden, daß

derjenige, dessen Interdiction begehrt wird, in Zukunft weder rechten, Vergleiche eingehen, Anleihen machen, Capitalien empfangen und dafür Quittung ausstellen, seine Güter veräußern oder mit einer Hypothek beschweren, Liegenschaften unter lästigem Titel erwerben, Fahrniße auf Borg kaufen, weder eine Erbschaft annehmen noch ausschlagen könne ohne Zuzug eines Beistandes, welcher auf gleiche Weise wie der Vormund ernannt werden soll.

Die Verfügungen der Artikeln 358 und 360 sind auf diesen Beistand anwendbar.

339. Das Interdictionsurtheil ist appellationsfähig. Dagegen ist der Bescheid, wodurch die Ernennung eines provisorischen Verwalters beschieden wird, unappellbar

340. Im Appellationsfalle des Interdictionsurtheils wird dieselbe contradictorisch gegen die öffentliche Behörde betrieben.

Die Verwandten und Verschwägerten des Interdizirten können dabei interveniren.

341. Wird das Interdictionsbegehren abgewiesen, so können die Verwandten oder Verschwäger.

ten, welche selbe hervorgerufen haben, von diesem Beschlusse, contradictorisch gegen den Verantwortler, appelliren.

342. Das Appellationsgericht kann, wenn es von ihm nützlich erachtet wird, die Person, deren Interdiction begehrt wird, verhören, oder durch einen Ausschuss aus seiner Mitte verhören lassen.

343. Das Interdictionsurtheil so wie jenes der Ernennung eines Beistandes ist, ohngeachtet der Appellation, vorläufig vollziehbar.

344. Der provisorische Verwalter oder Curator wird zum endlichen Curator, sobald das Interdictionsurtheil in Rechtskraft erwachsen ist.

345. Die Interdiction oder die Ernennung eines gerichtlichen Beistandes oder eines provisorischen Verwalters soll am gewöhnlichen Ausrufsorte des Wohnsitzes des Verantworters verkündiget und ins wochentliche Amtsblatt eingerückt werden.

Sie wird für jene Personen, welche in der Gemeinde wohnhaft sind, oder, wenn die gewöhnlichen Ausrufungen in der Pfarrei statt finden, für jene so in der Pfarrei wohnhaft sind, von der

Verkündigung an, und für die übrigen, sobald das Amtsblatt zu ihrer Kenntniß hat kommen können, ihre Wirkung haben.

Der Richter ist verpflichtet, unter Strafe des Schadenersatzes, dafür zu sorgen daß die Einrückung ins Amtsblatt in den vierzehn, auf die Verkündigung folgenden, Tagen statt habe.

346. Wenn eine Person von der Interdictionsbetreibung Kenntniß gehabt hat, so können die von ihr seither geschlossenen Verträge entweder auf Instanz des Curators oder der Gläubiger des Interdizirten für nichtig erklärt werden.

347. Die vor der Interdiction wegen Wahnsinn oder Blödsinn eingegangenen Akten, können zum Vortheil des Interdizirten als nichtig erklärt werden, wenn die Ursache der Interdiction schon zur Zeit ihres Abschlusses bestand.

348. Der Mann ist von Rechtswegen der Curator seiner interdizirten, von ihm nicht getrennten Frau; außer in dem Falle, wenn sie wegen Verschwendung interdizirt wäre.

349. Der Interdizirte ist, in Ansehung der Verwaltung seines Vermögens, dem nicht emanzipirten Minderjährigen gleich gestellt.

Der Familienrath kann jedoch dem Interdizirten gewisse Geschäfte bloßer Verwaltung anvertrauen.

350. Die Einkünfte des wegen Wahnsinn oder Blödsinn Interdizirten sollen wesentlich zu Erleichterung seines Schicksals und zur Beschleunigung seiner Genesung angewendet werden. Je nach der Beschaffenheit seiner Krankheit und dem Zustande seines Vermögens kann der Familienrath beschließen, daß er in seiner Wohnung verpflegt oder in ein anderes Haus gebracht werde, wo ihm die seiner Lage angemessene Sorgfalt und Verpflegung ertheilt werden können.

351. Die Interdiction und die Bestellung eines gerichtlichen Beistands hören mit den Ursachen auf, welche dieselben veranlaßt haben; demungeachtet kann der Interdizirte oder der mit gerichtlichem Beistande Versehene die Ausübung seiner Rechte nach dem Aufhebungsurtheile wieder erhalten. Diese Aufhebung wird von dem Richter, nach Anhörung des Familienraths, ausgesprochen



352. Der Richter wird ein Register führen, in welches die Namen aller Interdizirten seines Amtsbezirkess eingetragen werden.

353. Die Verfügungen gegenwärtigen Kapitels in Betreff der Interdiction, sind auf den Fall anwendbar wo wegen den, bei den Artikeln 327 und 328 erwähnten, Gründen die Ernennung eines gerichtlichen Beistandes hervorgerufen wurde.

---

### Drittes Kapitel.

#### Von dem gerichtlichen Beistande der Frauen.

354. Mit einem gerichtlichen Beistande sind zu versehen ;

Die Tochter und die Wittwe, wenn sie volljährig sind.

Die Mutter-Vormünderin muß für ihre persönlichen Güter einen besondern Beistand haben.

Die Gewalt der Frau ist im Titel : von der Ehe : bestimmt.

355. Der gerichtliche Beistand wird von dem Richter ernannt.

Die Tochter oder die Wittwe soll angehört oder berufen werden.

356. Der Vater ist von Rechtswegen gerichtlicher Beistand seiner mehrjährigen Tochter.

357. Die mehrjährige Tochter oder Wittwe darf, ohne Begleitung ihres Beistandes, nicht vor Gericht erscheinen, sey's als Klägerin, sey's als Beklagte, keine Capitalsumme einziehen, noch dafür Quittung ausstellen, weder Anleihen machen, noch Liegenschaften kaufen, keine Erbschaft annehmen oder ausschlagen, ihre liegenden Güter weder verkaufen, tauschen, veräußern, noch mit einer Hypothek beschweren.

Sie kann ohne die Genehmigung des Familienraths keine Bürgschaft leisten.

Sie kann am Tage ihrer Hochzeit in ihrem Ehevertrage, ohne die Einwilligung ihres gerichtlichen Beistandes, zu Gunsten ihres Mannes Schenkungen machen. Diese Schenkungen dürfen den Theil des Vermögens, über welchen durch letzten Willens-Akt verfügt werden kann, nicht übersteigen.

Sie kann auch, ohne Mitwirkung ihres Bei-

standes, alle übrigen, in gegenwärtigem Artikel nicht besonders bezeichneten, Akten ausüben.

358. Wenn in den, im gegenwärtigen Kapitel vorgesehenen Fällen, der gerichtliche Beistand seine Einwilligung verweigert, so kann die Tochter oder die Wittve sich an den Familienrath wenden, dessen Gutachten einer Einwilligung gleich kommt.


359. Die Tochter, die Frau oder die Wittve können aus den, im zweiten Kapitel gegenwärtigen Titels erwähnten, Gründen und unter Beobachtung der, in demselben vorgeschriebenen, Förmlichkeiten in die Klasse der Interdizirten gestellt werden.

360. Die Dauer der Verrichtungen des gerichtlichen Beistandes ist auf vier Jahre festgesetzt

Jedoch ist dieser Beistand gehalten in seinen Verrichtungen, bis zu seiner Ersetzung, fortzufahren.

Er kann bestätigt werden, wenn er dazu einwilliget.

Die Verfügungen über die Unfähigkeit, die Ausschließung und Absetzung von der Vormundschaft sind auf die gerichtlichen Beistände anwendbar.



## **Zehnter Titel.**

### **Von der Curatel.**

361. Es soll ein Curator ernannt werden:

- 1) Um eine erblose Verlassenschaft vorzustellen ;
- 2) Um den zum Zuchthause Verurtheilten, während der Zeit seiner Verhaftung zu vertreten ;
- 3) Um die Interessen des Kindes , womit eine Wittve beim Tode ihres Mannes schwanger gieng, zu besorgen ;
- 4) Und überhaupt in allen durch das Gesetz bestimmten Fällen.

362. Bei jeder Curatel soll ein Nebencurator seyn. Die Verfügungen der Artikeln 212, 213 und 214 sind auf ihn anwendbar.

363. Der Curator und der Nebencurator werden von dem Familienrathe ernannt.


364. Die für die Vormundschaften bestehenden Verfügungen sind auch auf die Curatelen anwend-

---

bar, in Betreff der Ernennung der Curatoren durch den Familienrath, der Dauer der Curatel, der Überhebungsgründe und der Weise, laut welcher diese vorgetragen und erörtert werden sollen, der Unfähigkeit, der Ausschließungen und Absetzungen, der Verwaltung, der Rechnungsablegungen, der Haltung der Familienrätthe und in Betreff der Gerichtsbarkeit.

365. Die Curatel wird mit den Ursachen, welche dieselbe erforderlich machten, aufhören.

Ende des ersten Buches.



# **Zweites Buch.**

## **Von den Gütern und den verschiedenen Verhältnissen des Eigenthums.**

---

### **Erster Titel.**

#### **Von der Unterscheidung der Güter.**

366. Alle Güter sind beweglich oder unbeweglich.

---

#### **Erstes Kapitel.**

##### **Von den unbeweglichen Gütern**

367. Die Güter sind unbeweglich, entweder ihrer Natur, oder ihrer Bestimmung, oder dem Gegenstande nach, auf welchen sie sich beziehen.

368. Grundgüter und Gebäude sind ihrer Natur nach unbeweglich.

369. Mühlen und andere Werkstätten, die auf Pfeilern ruhen oder Theil eines Gebäudes ausmachen, sind ihrer Natur nach unbeweglich.

370. Sind ebenfalls unbeweglich die auf dem Halme stehende Ernte, und die vom Baume noch nicht getrennten Früchte.

Sobald aber dieselben geschnitten oder gepflückt sind, gehören sie, selbst wenn sie noch nicht weggeschafft sind, zu den beweglichen Gütern.

Ist nur ein Theil der Ernte geschnitten, so gehört dieser Theil allein zu den Beweglichkeiten.

371. Alle am Boden haftenden Bäume oder Gesträuche sind auch unbeweglich.

372. Die ordentlichen Schläge der Niederwaldungen oder die regelmäßig eingetheilten Schläge der Hochwaldungen werden, nur so wie die Bäume nach und nach gefällt werden, zu den Beweglichkeiten gerechnet.

373. Die Röhren oder Traufrinnen, welche in einem Gebäude oder in einem andern Grundstücke zur Wasserleitung dienen, sind unbewegliches Gut und machen Theil des Grundstückes aus, zu dessen Dienst sie angelegt worden sind.

374. Sind ihrer Bestimmung nach unbeweglich,

die Dünger und Pfähle (Stichel), welche auf ein Grundstück, für welches sie bestimmt sind, verlegt wurden.

375. Gehören auch zu den unbeweglichen Gütern, ihrer Bestimmung nach, alle Mobilien-Effecten, welche der Eigenthümer zu immerwährendem Dienste auf dem Grundgute befestiget oder angelegt hat.

Der Eigenthümer wird angesehen, als habe er auf seinem Grundgute Mobilien-Effecten zu immerwährendem Dienste angelegt, wenn dieselben mit Gyps, mit Kalk oder mit Kitt befestiget sind, oder nicht weggenommen werden können, ohne daß sie selbst oder der Theil des Grundstücks, an welchem sie befestiget sind, gebrochen oder beschädiget werden.

Die Spiegel eines Zimmers werden, als zum immerwährenden Dienste angebracht, betrachtet, wenn das Tafelwerk, worauf sie befestiget sind, mit der übrigen Vertäfelung ein Ganzes ausmacht.

Das nämliche gilt mit Gemälden und andern Verzierungen.

376. Dem Gegenstande nach, auf welchen sie sich beziehen, sind unbewegliche Güter :



Die Nutznießung der unbeweglichen Sachen :

Die Dienstbarkeiten oder Grunddienste ;

Die Klagen auf Zurückforderung einer unbeweglichen Sache.

## Zweites Kapitel.

### Von den beweglichen Gütern.

377. Die Güter sind beweglich entweder ihrer Natur nach, oder durch Bestimmung des Gesetzes.

378. Ihrer Natur nach sind beweglich : diejenigen Körper, die von einem Orte zum andern versetzt werden können, entweder durch eigene Bewegung, wie die Thiere, oder nur durch eine äußere Kraft, wie die leblosen Dinge.

379. Durch Bestimmung des Gesetzes sind bewegliche Güter : die Verbindlichkeiten und Rechtsklagen, welche eintreibliche Summen oder Mobilien-Effecten zum Gegenstande haben, so wie die immerwährenden oder Leibrenten, selbst dann, wenn sie mit einer Hypothek versehen sind.

380. Die Barken, Flußschiffe und Fährten sind Beweglichkeiten.

381. Die Ausdrücke: Beweglichkeiten, bewegliche Güter, Mobilien oder Mobiliareffecten begreifen überhaupt alles, was laut der vorstehenden Regeln als bewegliche Güter betrachtet wird.

382. Durch die Worte: möblirende Geräthschaften: versteht man nur die zum Gebrauche oder zur Verzierung der Zimmer bestimmten Geräthe, wie Tapete, Bette, Stühle, Spiegel, Wanduhren, Tische, Porzellan und andere Gegenstände dieser Art.

383. Der Verkauf oder die Schenkung eines möblirten Hauses begreift nur die möblirenden Geräthschaften in sich.

384. Der Verkauf oder die Schenkung eines Hauses mit Allem, was sich darin befindet, schließt weder das baare Geld noch die Aktivschulden und andere Rechte, deren Urkunden im Hause hinterlegt seyn mögen, in sich; alle andern Mobiliareffekten aber werden darin begriffen.

---

### Drittes Kapitel.

#### Vom Verhältnisse der Gütern zu ihren Besitzern.

385. Privatpersonen können unter den von den Gesetzen eingeführten Modifikationen über die ihnen angehörenden Güter verfügen, wie sie wollen.

Die Verwaltung und Veräußerung der Güter, welche nicht Privatpersonen zugehören, sind besondern Formen und Regeln unterworfen.

386. Die Heerstraßen, die Rhone und der Lemannersee, dessen Ufer und Häfen, und überhaupt alle Theile des Kantonalbodens, welche nicht Privateigenthum seyn können, werden als Staats-Eigenthum angesehen.

387. Die ledigen und herrenlosen Güter gehören jener Gemeinde, auf deren Boden sie sich befinden.

388. Die Güter derjenigen Personen, die keine Erben hinterlassen, oder deren Erbschaft nicht angenommen wurde, gehören dem Staate zu.

389. Man kann auf den Gütern entweder ein Eigenthumsrecht, oder ein einfaches Nutzungsrecht, oder bloß ein Grunddienstrecht haben.

---

## Zweiter Titel.

### Von dem Eigenthume.

390. Das Eigenthum ist das Recht über die Sachen auf die unbeschränkteste Art zu verfügen und derselben zu genießen, jedoch ohne einen durch die Gesetze oder Reglemente verbotenen Gebrauch davon zu machen.

391. Niemand kann gezwungen werden, sein Eigenthum abzutreten, außer zum Zwecke öffentlichen Nutzens und in den durch das Gesetz vorgesehenen Fällen und mittelst einer billigen und vorläufigen Entschädigung.

392. Das Eigenthum einer beweglichen oder unbeweglichen Sache giebt ein Recht auf alles,

was sie hervorbringt, und was ihr durch Natur oder Kunst zuwächst.

Dieses Recht heißt Zuwachsrecht.

## Erstes Kapitel.

Von dem Zuwachsrechte auf das, was die Sache hervorbringt.

393. Die natürlichen oder durch Kunstfleiß erzeugten Früchte der Erde und die Civilfrüchte gehören, kraft des Zuwachsrechtes, dem Eigenthümer zu.

394. Natürliche Früchte sind diejenigen, welche von der Erde von selbst erzeugt werden. Die Erzeugung und Vermehrung des Viehstandes sind auch natürliche Früchte.

Die durch Kunstfleiß erzeugten Früchte eines Grundstücks sind diejenigen, welche man durch den Anbau erhält.

Civilfrüchte sind die Hauszinse, die Zinse der Kapitalien, die rückständigen Leibrenten und andere.

---

Die Preise der Verpachtungen gehören ebenfalls zu den Civilfrüchten.

395. Die durch die Sache hervorgebrachten Früchte gehören dem Eigenthümer, nur unter dem Beding zu, daß er die von Drittmann bestrittenen Arbeits - Düngers - und Saatkosten erstatte.

396. Der Besitzer im guten Glauben gewinnt sich die Früchte, und kann einzig zur Erstattung derjenigen angehalten werden, welche er seit dem gerichtlichen Begehren bezogen hat.

397. Derjenige, welcher als Eigenthümer, kraft eines, das Eigenthum übertragenden, Rechtstitels, dessen Fehler ihm unbekannt waren, besitzt, ist Besitzer im guten Glauben.

398. Der Besitzer im bösen Glauben ist verpflichtet, nicht allein die seit der ungerechten Inhabung erhaltenen Früchte zu erstatten, sondern auch diejenigen, welche er durch seine Schuld nicht bezogen und die ein guter Hausvater hätte beziehen können.

399. Der Besitzer, selbst wenn er im guten Glauben ist, kann für die Verbesserungen, welche zur

Zeit der Entwährung nicht mehr bestehen, auf keine Vergütung Anspruch machen.

Der Besitzer im guten Glauben hat ein Vorbehaltungsrecht auf die Güter in Betreff der wirklichen und bestehenden Verbesserungen, wenn diese bei der Rückforderungsklage angesprochen wurden, und man einigen Beweis ihres Daseyns geführt hat.

In keinem Falle aber kommt dieses Vorbehaltungsrecht dem Besitzer im bösen Glauben zu.

Wenn zwischen der Summe, die den wirklichen Werth der Ausbesserungen vorstellt, und derjenigen, die dafür in der That ausgegeben wurde, ein Unterschied besteht, so kann, selbst der Besitzer im guten Glauben, nur die kleinere von den zwei Summen ansprechen.

## Zweites Kapitel.

Von dem Zuwachsrechte auf das, was mit der Sache vereinigt und ihr einverleibt wird.

400. Alles was sich mit der Sache vereinigt und ihr einverleibt wird, gehört dem Eigenthümer nach folgenden Regeln.

### Erster Abschnitt.

Von dem Zuwachsrechte in Beziehung auf unbewegliche Sachen.

401. Das Eigenthum des Bodens bringt das Eigenthum alles dessen mit sich, was darüber und darunter ist.

Der Eigenthümer kann über dem Boden alle Pflanzungen und Bauten nach Belieben anlegen.

Unter dem Boden kann er nach Belieben was immer für Bauten und Aufgrabungen machen und aus diesen Aufgrabungen alle möglichen Erzeugnisse ziehen.

Dies alles jedoch mit Vorbehalt der in dem Titel von den Dienstbarkeiten oder Grunddiensten festgesetzten Ausnahmen und der Einschränkungen, die sich aus den Gesetzen und Reglementern ergeben.

402. Bei allen auf einem Grundstücke oder im Innern desselben befindlichen Bauten, Pflanzungen und Werken, tritt, bis zum Beweise des Gegentheils, die Vermuthung ein, daß dieselben von dem Eigenthümer auf eigenen Kosten gemacht und



---

ihm zugehörig sind ; jedoch unbeschadet des von einem Dritten durch Verjährung oder sonstiges Recht schon erworbenen oder noch allfällig zu erwerbenden Eigenthums, sowohl eines unterirdischen Gewölbes unter dem Gebäude eines andern, als eines jeden andern Theils des Gebäudes.

403. Der Eigenthümer des Bodens, welcher Bauten, Pflanzungen und Werke aus ihm nicht zugehörigen Materialien gemacht hat, muß den Werth derselben bezahlen ; er kann auch, eintretenden Falls, zum Schadenersatz verurtheilt werden ; jedoch hat der Eigenthümer der Materialien nicht das Recht, dieselben wegzunehmen.

404. Wenn die Pflanzungen, Bauten und Werke von einem Dritten und mit seinen Materialien gemacht worden sind, so hat der Eigenthümer des Grundes das Recht, dieselben entweder zu behalten oder den Dritten zu verpflichten sie wegzuschaffen.

Verlangt der Eigenthümer des Grundes die Wegschaffung der Pflanzungen und Bauten, so geschieht dieselbe auf Unkosten dessen, der sie gemacht hat, ohne eine Entschädigung für ihn ; es kann dieser, sogar, eintretenden Falls, wegen des

Nachtheils, welcher dem Grundeigenthümer daraus erwachsen seyn mag, zum Schadenersatz verfällt werden.

Wenn der Eigenthümer vorzieht, diese Pflanzungen und Bauten zu behalten, so steht es ihm frei, entweder den Werth der Materialien und den Arbeitslohn zu erstatten, oder die Summe zu bezahlen, um welche das Gut an Werth gestiegen ist.

Sind jedoch die Pflanzungen, Bauten und Werke von einem Dritten angelegt worden, dem der Grund entwähret, der aber, in Hinsicht seines guten Glaubens, nicht zur Erstattung der Früchte verurtheilt worden wäre, so kann der Eigenthümer die Wegschaffung der besagten Werke, Pflanzungen und Bauten nicht verlangen, sondern er ist bloß zu oberwähnter Wahl berechtigt.

405. Sollte ein Theil eines im Baue begriffenen Gebäudes auf den Boden des Nachbars eingreifen und, wenn dieser davon einberichtet, dagegen sich nicht widersetzt, so kann die Person, welche im guten Glauben bauen läßt, als Eigenthümerin sowohl des Bodens als auch des Gebäudes erklärt werden, indem selbige dem Nachbar

---

den Werth mit dem Drittel darüber der besetzten Räumlichkeit wie auch den Schadenersatz für die allfällig erlittenen Nachtheile zu bezahlen hat.

406. Wenn die Pflanzungen, Bauten und andere Werke durch einen Dritten mit Materialien, die ihm nicht angehören, gemacht wurden, so hat der Eigenthümer der Materialien kein Recht, dieselben zurück zu verlangen.

Er kann jedoch den Dritten, der sich derselben bedient hat, um Entschädigung belangen; er kann selbst den Eigenthümer des Bodens betreiben, aber bloß für den Preis, welchen er noch ausschuldig bliebe.

407. Die Anspülungen und Anwächse, welche sich nach und nach und unvermerklich an den Grundstücken, die an einen See, den Fluß, oder an einen Strom oder Bach anstoßen, bilden, heißt man Anschwemmung.

Die Anschwemmung gereicht dem Ufereigenthümer, unter nachstehenden Ausnahmen, zum Vortheile, es mag nun von dem Flusse, von einem Strome oder Bache die Rede seyn; jedoch mit der

---

Verbindlichkeit, einen Fußtritt oder Leinpfad, den Verordnungen gemäß, zu lassen, wie auch den zu Wuhrenbauten in Orten, wo diese, den Verordnungen gemäß, den Ufereigenthümern nicht zur Last liegen, erforderlichen Raum zu gestatten.

408. Gleiche Bewandniß hat es mit solchen Ansägen, welche das fließende Wasser bildet, das sich allmählig von einem seiner Ufer wegzieht, indem es auf das andere übertritt; die Anschwemmung reicht alsdann dem Eigenthümer des entblößten Ufers zum Vortheile, ohne daß der Ufereigenthümer der entgegengesetzten Seite den von ihm verlorenen Boden ansprechen kann.

409. Die Anschwemmungen des Lemanersees gehören dem Staate zu.

410. Die Anschwemmung reicht den Ufereigenthümern nicht zum Vortheile, wenn die Eigenthume längs dem Fluße oder Strome abgemarkt sind; in diesem Falle gehört die Anschwemmung der Gemeinde zu, auf deren Gebiete sich dieselbe gebildet hat.

411. Die Anschwemmung hat in Betreff der Teiche nicht statt; deren Eigenthümer den Boden

---

immer behält, den das Wasser bedeckt, wenn es zur Höhe des Abflusses des Teiches angestiegen ist, wenn auch schon die Masse des Wassers sich nachher vermindern sollte.

Dagegen erwirbt der Eigenthümer des Teiches auch kein Recht auf die Ufergrundstücke, welche sein Wasser bei einer außerordentlichen Anschwellung überdeckt.

412. Wird von dem Flusse, von einem Strome oder Bache ein beträchtlicher und erkennbarer Theil eines am Ufer gelegenen Grundstückes durch plötzliche Gewalt fortgerissen und einem unterhalb oder am entgegengesetzten Ufer befindlichen Grundstücke zugeführt, so kann der Eigenthümer des abgerissenen Stückes sein Eigenthum in Anspruch nehmen, jedoch muß er seine Klage inner einem Jahre einlegen; nach Verlauf dieser Frist wird er dazu nicht mehr zugelassen.

413. Wird durch ein Erdsturz ein beträchtlicher Theil eines obern Grundstückes auf das untere geworfen, so kann der Eigenthümer des verschütteten Theils denselben inner einem Jahre zurücknehmen; jedoch muß er das daherige Begehren in den sechs Monaten, die auf den Erdsturz folgen, stellen.

---

In diesem Falle ist der Eigenthümer gehalten, alle eingestürzten Gegenstände, die von seinem Grundgute eingefallen sind, wegzuräumen, wie auch jeden Schaden zu bezahlen, der sowohl durch den Einsturz als durch die Wegnahme der verschütteten Sachen verursacht worden ist.

414. Die Inseln und Anschwemmungen, welche sich in der Rhone, den Strömen und Bächen bilden, gehören den Ufereigenthümern derjenigen Seite zu, auf der die Insel sich gebildet hat; ist die Insel, nicht auf einer Seite allein gebildet, so gehört sie den Ufereigenthümern der beiden Seiten zu, nach Maaßgabe der Linie, die man als mitten in dem Flusse, Strome oder Bache gezogen annimmt, ausgenommen die am Ufer gelegenen Grundgüter seyen abgemarkt, in welchem Falle die Inseln und Anschwemmungen den Ufergemeinden anheimfallen.

415. Wenn die Rhone, ein Strom oder ein Bach, durch Bildung eines neuen Armes, das Grundstück eines Eigenthümers durchschneidet und so umfaßt, daß dadurch eine Insel gebildet wird, so behält dieser das Eigenthum seines Grundstücks.

416. Wenn die Rhone, ein Strom oder Bach,

---

sein altes Bett verläßt und sich einen neuen Lauf bahnt, so erhalten die Eigenthümer der von dem Wasser eingenommenen Grundstücke das alte verlassene Bett als Entschädigung, jeder nach Verhältniß des Bodens, der ihm entrißen worden ist.

417. Die Verfügungen des gegenwärtigen Abschnittes beeinträchtigen keineswegs das Recht, den Fluß und die Ströme inner ihren Schranken zu halten oder zurück zu setzen.

---

### Zweiter Abschnitt.

Von dem Zuwachsrechte in Beziehung auf bewegliche Sachen.

418. Wenn mehrere bewegliche Sachen, welche verschiedenen Herrn gehören, dergestalt mit einander vereinigt sind, daß sie ein Ganzes bilden, jedoch von einander getrennt werden können, ohne daß daraus eine beträchtliche Beschädigung entsteht, so behält jeder Herr den Besitz seiner Sache und kann die Trennung derselben begehren.

Derjenige, der durch seine Schuld oder Nachlässigkeit die Vereinigung zweier Sachen veranlaßt

---

hat, ist zu dem Schadenersatz, zu dem er Anlaß gegeben, gehalten.

419. Wenn die vereinigten Stoffe gar nicht oder nur mit beträchtlicher Beschädigung eines derselben getrennt werden können, und sich diese Stoffe sey's mit Einwilligung aller Betheiligten sey's durch Zufall vereinigt befinden, so entsteht aus dem durch die Mischung gebildeten Ganzen ein für alle Eigenthümer gemeinschaftliches Gut, woran ein jeder nach Verhältniß der Menge, der Eigenschaft und des Werthes des ihm darin gehörigen Stoffes Theil hat.

Sind die Stoffe aber durch die Wirkung eines Dritten oder nur eines Theils der Eigenthümer vereinigt worden, so bleibt denjenigen, die in die Vermischung nicht eingewilliget haben, die Wahl, entweder an der Sache nach Maaßgabe der Menge und Eigenschaft ihres Stoffes Theil zu nehmen, oder dieselben gegen eine billige Schadloshaltung abzutreten.

420. Wenn ein Handwerker oder sonst jemand einen ihm nicht zugehörigen Stoff angewendet, hat um daraus eine Sache einer neuen Gattung zu



---

bilden, so hat der Eigenthümer, ohne Rücksicht ob der Stoff seine vorige Gestalt wieder annehmen kann oder nicht, die Wahl entweder die daraus gebildete Sache gegen Erstattung des Arbeitslohns zurück zu fordern, oder seinen Stoff gegen eine billige Schadloshaltung abzutreten.

421. Hat Jemand theils seinen eigenen Stoff, theils den Stoff eines andern gebraucht, um daraus eine Sache einer neuen Gattung zu bilden, so daß diese Stoffe entweder gar nicht oder nicht ohne Schwierigkeit getrennt werden können, so gehört die Sache den Eigenthümern gemeinschaftlich zu, und zwar einerseits nach Verhältniß des Stoffes, anderseits nach Verhältniß des Stoffes und Arbeitslohns.

Jedoch kann der Eigenthümer, ohne dessen Vorwissen der Stoff verbraucht worden ist, denselben demjenigen, der davon Gebrauch gemacht hat, abtreten und dessen Werth abfordern.

422. Ist eine Sache unter mehreren gemein, so muß sie zum gemeinschaftlichen Vorthelle versteigert werden.

423. Wer Stoffe, die einem andern zugehören, und ohne dessen Vorwissen gebraucht hat, kann, eintretenden Falls, zum Schadenersatze verurtheilt werden, unbeschadet der peinlichen Klage, wenn sich der Fall dazu ergibt.

---

## Dritter Titel.

### Von der Nutznießung, dem Gebrauche und von der Wohnung.

---

#### Erstes Kapitel.

##### Von der Nutznießung.

424. Die Nutznießung ist das Recht, der Sachen, deren Eigenthum einem Andern zusteht, wie der Eigenthümer selbst zu genießen, jedoch mit der Verbindlichkeit deren wesentlichen Bestand zu erhalten.

425. Die Nutznießung wird durch das Gesetz oder den Willen des Menschen festgesetzt.

426. Die Nutznießung kann entweder unbedingt, oder auf bestimmten Tag, oder mit Bedingniß festgesetzt werden.

427. Sie kann auf jede Gattung von beweglichen oder unbeweglichen Gütern festgesetzt werden.

---

### Erster Abschnitt.

#### Von den Rechten des Nutznießers.

428. Der Nutznießer ist berechtigt jeder Gattung von Früchten zu genießen, sey's natürliche, sey's durch Kunstfleiß erworbene, sey's Civilfrüchten, welche der Gegenstand, dessen Nutznießung er hat, hervorbringen kann.

429. Die natürlichen und durch Kunstfleiß hervorgebrachten Früchten, welche in dem Augenblicke, wo die Nutznießung ihren Anfang nimmt, an den Ästen hängen oder auf den Halmen stehen, gehören dem Nutznießer; diejenigen welche zur Zeit, da die Nutznießung aufhört, in dem nämlichen Zustande sind, gehören dem Eigenthümer ohne gegenseitige Vergütung der Arbeits- Saat- und anderer

Anbaukosten, wie auch unbeschadet des Anthells an den Früchten, welcher dem Theilpächter, wenn ein solcher, be'im Anfange oder be'im Erlöschen der Nugnießung, vorhanden war, zukommt.

430. Die Civilfrüchten werden als Tag für Tag erworben betrachtet und gehören dem Nugnießer nach Verhältniß der Dauer seiner Nugnießung.

Diese Regel ist auch auf die Verpachtungspreise, so wie auf die Miethzinse der Häuser und auf die andern Civilfrüchte, anwendbar.

431. Begreift die Nugnießung Sachen, die man nicht gebrauchen kann, ohne sie zu verzehren, z. B. Getreide, Wein und andere Getränke, so ist der Nugnießer berechtigt, dieselben zu verzehren, jedoch unter der Verbindlichkeit, be'im Auslöschen der Nugnießung, deren Schätzungswerth, oder Sachen von gleicher Gattung zurückzuerstatten, wobei auf den allfälligen Minderwerth oder den Fehlbetrag Rechnung gehalten wird.

Wenn Geld in der Nugnießung einbegriffen wird, so soll der Nugnießer am Ende der Nugnießung den nämlichen Werth in gangbaren Geldsorten, nach seiner Auswahl, erstatten.

432. Hat die Nutznießung Sachen zum Gegenstande, welche durch den Gebrauch zwar nicht gleich verzehrt, aber doch nach und nach abgenutzt werden, so hat der Nutznießer das Recht, sich derselben zu dem Gebrauche zu bedienen, zu dem sie bestimmt sind, und ist, am Ende der Nutznießung, bloß gehalten dieselben in dem Zustande, worin sie sich befinden, wenn sie anders durch seine Gefährde oder Schuld nicht verschlimmert worden sind, zu erstatten.

Wenn jedoch die Nutznießung Kleidungsstücke, Tapeten, Umhänge, Bettgeräthe und was immer für Leinwand, Küchengeräthe oder Ackerwerkzeuge in sich begreift, so wird der Nutznießer für die Verschlimmerung, welche diese Gegenstände erlitten hätten, Rechnung halten.

433. Der Nutznießer kann, bevor er von den Mobilien Besitz nimmt, dieselben sämmtlich oder zum Theil dem Eigenthümer überlassen.

434. Sind Thiere der Gegenstand der Nutznießung, so ist der Nutznießer am Ende der Nutznießung gehalten Thiere von der nämlichen Gattung und vom gleichen Werthe, oder deren Schätzungspreis zu erstatten.

435. Die Nutznießung einer Leibrente ertheilt dem Nutznießer auch das Recht, während der Dauer seines Nießbrauches, dieselbe zu beziehen, ohne zu einiger Erstattung gehalten zu seyn.

436. Sind Niederwaldungen in der Nutznießung einbegriffen, so ist der Nutznießer verbunden, in Betreff der Ordnung und Menge des Schlages, nach der Wirthschaft oder nach dem beständigen Gebrauche der Eigenthümer sich zu richten; jedoch ohne Vergütung zu Gunsten des Nutznießers oder seiner Erben für die während der Nutznießung von ihm unterlassenen ordentlichen Schläge, sey es der Niederwaldungen, der Laßreiser, oder der Hochwaldungen.

Bäume, die man aus einer Baumschule ziehen kann, ohne diese zu beschädigen, machen einen Theil der Nutznießung nur unter dem Vorbehalte aus, daß der Nutznießer in der Ergänzung derselben dem Gebrauche der Eigenthümer nachkomme.

437. Der Nutznießer benutzt ferner, doch immer den von den frühern Eigenthümern beobachteten Zeit und Gebräuchen gemäß, diejenigen Theile von Hochwaldungen, welche in regelmäßige Schläge eingetheilt, sey's daß selbe periodisch auf einem ge-

wissen Umfange des Bodens, oder sey's daß sie von einer gewissen Anzahl Bäume, welche auf dem ganzen Umfange des Gutes ohne Unterschied genommen werden, geschehen.

438. In allen andern Fällen darf der Nutznießer die hochstämmigen Bäume nicht berühren; er kann zu den Ausbesserungen, zu denen er gehalten ist, die durch Zufall ausgerissenen oder abgebrochenen Bäume gebrauchen; doch darf er zu diesem Zwecke, wenn es nöthig ist, auch von jenen fällen, unter dem Bedinge, daß er vorher wegen der Nothwendigkeit mit dem Eigenthümer sich abgefunden habe.

439. Er kann aus den Gehölzen die Pfähle für die, in der Nutznießung einbegriffenen, Weinberge nehmen; er kann auch von den Bäumen den jährlichen oder periodischen Ertrag beziehen; alles jedoch nach dem Gebrauche des Landes oder nach der Gewohnheit der Eigenthümer.

440. Die Obstbäume, die abstehen, selbst diejenigen, welche durch Zufall ausgerissen oder zerbrochen werden, gehören dem Nutznießer, mit der Obliegenheit sie durch andere zu ersetzen.

441. Der Nutznießer kann entweder selbst ge-

nießen oder die Ausübung seines Rechtes unter einer lästigen Bedingung oder unentgeltlich abtreten.

442. Der Rugnießer benutzt die durch Anschwemmung verursachte Vermehrung des Gutes, dessen Rugnießung er hat.

443. Er genießt der Dienstbarkeits-, Durchgangs- und überhaupt aller Rechte, deren Genuß dem Eigenthümer zusteht, und zwar wie der Eigenthümer selbst.

444. Er benutzt ferner, auf gleiche Weise wie der Eigenthümer, die Bergwerke und Steinbrüche, welche bei der Eröffnung der Rugnießung ausgebeutet werden.

Er hat kein Rugnießungsrecht auf noch nicht eröffnete Bergwerke und Steinbrüche, weder auf Torfgruben, die man zu benutzen noch nicht angefangen hat, noch auf den Schatz, der während der Dauer der Rugnießung entdeckt würde.

Jedoch gebührt ihm der Zins derjenigen Summen, welche als Vergütung für die Beschädigung der dem Nießbrauche unterworfenen Grundgüter zuerkannt wurden.



445. Der Eigenthümer darf weder durch seine Handlung, noch auf was immer für eine Weise, die Rechte des Nutznießers beeinträchtigen.

Der Nutznießer kann aber auch seinerseits, nach beendigter Nutznießung, für die Verbesserungen, die er gemacht zu haben behauptet, keine Vergütung begehren, selbst wenn die Sache dadurch an Werth gewonnen hätte.

Er oder seine Erben können jedoch die Spiegel, Gemälde und andere Verzierungen, die er hat anbringen lassen, wegnehmen; jedoch muß er die von jenen Gegenständen besetzten Stellen wieder in den vorigen Stand setzen.

---

## Zweiter Abschnitt.

Von den Verbindlichkeiten des Nutznießers.

446. Der Nutznießer übernimmt die Sachen in dem Zustande, worin sie sich befinden.

Der Nutznießer ist zum Genuße, von dem Augenblicke der Nutznießungsöffnung an, berechtigt; er darf aber den Besitz der Güter, welche der Nutznie-

---

---

fung unterworfen sind, nicht eher antreten, als nach geleisteter Bürgschaft, wie ein guter Hausvater zu genießen, und nachdem er in Gegenwart des Eigenthümers, oder wenn derselbe gehörig dazu eingeladen worden ist, ein Schätzungsinventar der beweglichen und ein Verzeichniß der unbeweglichen Sachen hat verfertigen lassen.

Die Kosten des Inventars werden vom Nutznießer bestritten, außer die Begründungsurkunde enthalte eine Gegenverfügung.

447. Der Nutznießer kann weder der Bürgschaftsleistung noch der Aufstellung des Schätzungsinventars der Beweglichkeiten überhoben werden. Jedoch ist derjenige, der mit Vorbehalt der Nutznießung verkauft oder verschenkt, zu dieser Bürgschaftsleistung nicht gehalten.

448. Hat der Nutznießer das Verzeichniß der unbeweglichen Sachen nicht verfertigen lassen, so wird er angesehen, selbige in einem guten Zustande der Ausbesserung jeder Art empfangen zu haben.

449. Findet der Nutznießer keine Bürgschaft, so werden die unbeweglichen Sachen verpachtet oder in Beschlag genommen;

Die Schuldbriefe werden in Beschlag genommen ;

Die in der Nutznießung einbegriffenen Summen werden an Zins gelegt ;

Die Lebensmittel werden verkauft und der dazugehörige Preis ebenfalls an Zins gelegt ;

Die Zinsen dieser Summen und dieser Pächtertrag gehören dem Nutznießer.

450. Der Nutznießer kann nichtdestoweniger, mittelst Leistung der von dem 446sten Artikel erheischten Bürgschaft, den Beschlag aufheben lassen, und nach Beendigung des Pachtes, die Verwaltung der verpachteten Güter übernehmen.

451. In Ermangelung einer Bürgschaft von Seite des Nutznießers kann der Eigenthümer verlangen, daß die Beweglichkeiten, welche durch den Gebrauch abgenutzt werden, verkauft und deren Erlös, wie derjenige der Lebensmittel, an Zins gelegt werde ; der Nutznießer bezieht alsdann während seiner Nutznießung den Zins ; doch kann dieser auch verlangen, und die Richter können, nach den Umständen, verordnen, daß demselben ein Theil der Beweglichkeiten die er zum Gebrauche nothwendig hat, unter bloßer

---

eidlicher Versicherung und unter der Verbindlichkeit, selbige am Ende der Nutznießung wieder herzustellen, gelassen werde.

452. Der Nutznießer ist nur zu den Unterhaltsausbesserungen verbunden.

Die Hauptausbesserungen bleiben dem Eigenthümer zur Last, es sey denn sie wären durch Mangel an Unterhaltsausbesserungen, seit der Eröffnung der Nutznießung, verursacht worden, in welchem Falle auch die Hauptausbesserungen dem Nutznießer obliegen.

453. Hauptausbesserungen sind die der Hauptmauern und der Gewölbe, die Herstellung der Balken und Dächer in ihrem ganzen oder in ihrem größern Theile.

Die Herstellung der Dämme, der für den Gebrauch der Hüttenwerke, der Mühlen und anderer ähnlicher Kunstwerke angelegten Wasserleitungen, wie auch der Unterstützungs- und Einfassungsmauern, ebenfalls in ihrem ganzen oder in ihrem größern Theile.

In Betreff neu wieder aufzubauender Wasserleitungen zur Bewässerung, fällt der Überschuß der,

nach dem Durchschnitte der drei vorhergegangenen Jahre berechneten, gewöhnlichen Unterhaltungsausgabe dem Eigenthümer zur Last.

Alle anderen Ausbesserungen gehören zum Unterhalt.

454. Weder der Eigenthümer noch der Nutznießer sind verbunden, dasjenige was Altershalber zusammengefallen oder durch Zufall zerstört worden ist, wieder aufzubauen, ausgenommen das Gebäude wäre zur Ausbeutung der, dem Nießbrauche unterworfenen, Güter nothwendig; in diesem Falle kann der Eigenthümer, unter den im Artikel 456 bestimmten Bedingungen, dazu gezwungen werden.

455. Der Nutznießer ist, während seines Genußes, zur Ertragung aller jährlichen Lasten der, der Nutznießung unterworfenen, Güter verbunden, als der Steuern an Naturlieferungen oder an Geld, und anderer Lasten, die man gewöhnlich als Nutznießungslasten betrachtet.

456. In Betreff der Lasten, welche während der Nutznießung dem Eigenthume auferlegt werden können, tragen der Nutznießer und der Eigenthümer folgendermaßen dazu bei.

Der Eigenthümer ist zur Bezahlung derselben verbunden, und der Nutznießer muß den Zins vergüten;

Der Eigenthümer kann jedoch einen Theil der, der Nutznießung unterworfenen, Güter, bis auf den erforderlichen Belauf, verkaufen lassen;

Der Nutznießer soll über den Verkauf vorher gerichtlich einberichtet werden, und er kann denselben mittelst Vorschuß der zur Lastentilgung erforderlichen Summe verhindern;

Macht der Nutznießer den Vorschuß, so kommt ihm am Ende der Nutznießung die Rückforderung des Kapitals zu.

457. Daß von einem Testator gemachte Vermächtniß einer Leibrente oder eines Kostgeldes soll von dem Universallegatar der Nutznießung ganz, und von dem Legatar der Nutznießung unter Universaltitel, im Verhältnisse seines Genußes, entrichtet werden, ohne daß der eine oder der andere etwas zurückfordern kann.

458. Der Nutznießer unter besonderm Titel haftet nicht für die Schulden, wofür das Grundstück

zur Hypothek gestellt ist; zahlt er selbige, so hat er seinen Refurs gegen den Eigenthümer.

459. Der Universalnutznießer oder der Nutznießer unter Universaltitel, soll mit dem Eigenthümer zur Schuldentilgung auf folgende Weise beitragen :

Man schätzt den Werth des, der Nutznießung unterworfenen, Grundgutes, nach Verhältniß dieses Werthes bestimmt man nachher den Beitrag zu den Schulden.

Will der Nutznießer die Summe, wozu das Grundstück beitragen soll, vorschießen, so wird ihm am Ende der Nutznießung das Kapital, ohne Zins, zurückerstattet.

Will aber der Nutznießer diesen Vorschuß nicht machen, so hat der Eigenthümer die Wahl, entweder diese Summe zu bezahlen, und in diesem Falle hat der Nutznießer die Zinsen, während der Dauer der Nutznießung, ihm zu vergüten, oder einen Theil von den, der Nutznießung unterworfenen, Gütern, bis zum Belange der nöthigen Summe, verkaufen zu lassen.

460. Der Nutznießer ist zu den Kosten der Prozesse, welche den Genuß betreffen, so wie zu den

---

Kosten der übrigen Verurtheilungen, wozu diese Prozesse Anlaß<sup>2</sup> geben könnten, gehalten.

Entsteht eine Zwist über das Eigenthum und über den Genuß, so sind der Eigenthümer und der Nutznießer, ein jeder nach Verhältniß seines Interesses, dazu gehalten.

461. Wenn, während der Dauer der Nutznießung, ein Dritter auf das Grundgut sich einen Eingriff erlaubt, oder auf irgend eine andere Art gegen die Rechte des Eigenthümers etwas unternimmt, so ist der Nutznießer gehalten, es demselben anzuzeigen; in Ermangelung dessen, ist er für allen Schaden, der daraus für den Eigenthümer entstehen kann, ebenso verantwortlich, als er es für die von ihm selbst veranlaßten Beschädigungen seyn würde.

462. Haftet die Nutznießung auf Sachen, die man, ohne sie zu verzehren, nicht gebrauchen kann, und welche, selbst durch Zufall, zu Grunde gegangen wären, so ist der Nutznießer, auf der im Artikel 431 angeführten Weise, zu deren Erstattung verbunden.

463. Besteht die Nutznießung in Viehstücken, welche ohne Schuld des Nutznießers zu Grunde gegangen



wären, so ist dieser gehalten, dem Eigenthümer bloß den Schätzungspreis derjenigen zu erlegen, aus denen er einen Nutzen bezogen oder hätte beziehen sollen.

Haftet jedoch die Nutznießung auf einer Heerde, die nicht gänzlich zu Grunde geht, so ist der Nutznießer gehalten die Anzahl der Thiere, die zu Grunde gegangen sind, bis zum Belauf der Jungen, welche sie erzeugt hätten, zu ersetzen.

---

### Dritter Abschnitt.

Wie die Nutznießung sich endiget.

464. Die Nutznießung erlischt:

Durch den natürlichen Tod des Nutznießers;

Durch Verfluß der Zeit, für welche die Nutznießung festgesetzt wurde;

Durch Hinfall oder Vereinigung der beiden Eigenschaften als Nutznießer und Eigenthümer in einer und derselben Person;

Durch den Nichtgebrauch des Rechtes während der für die Verjährung der verschiedenen Eigenthume bestimmten Zeit;

Durch den gänzlichen Untergang der Sache, auf welcher die Nutznießung haftet, mit Ausnahme dessen, was in den Artikeln 462 und 463 gesagt ist.

Durch die Entsagung, welche jedoch theilweise nicht geschehen kann, außer was beim Artikel 433 gesagt ist.

465. Der Nutznießer verliert auch sein Recht auf die ganze Nutznießung :

1) Wenn er ein in der Nutznießung begriffenes Grundstück vertauscht, verkauft, zur Hypothek giebt, mit einer Dienstbarkeit beschwert, oder auf jede andere Art veräußert ;

2) Wenn er, nachdem er in Verzug gesetzt worden ist, die ihm zur Last liegenden Ausbesserungen der Gebäude inner der von dem Richter zu bestimmenden Frist nicht bewerkstelliget.

Jeder andere Fehler oder Nachlässigkeit abseiten des Nutznießers verpflichten ihn bloß zum Schadenersatz am Ende der Nutznießung.

466. Die Nutznießung, welche andern als Privatpersonen zugestanden ist, dauert nur dreißig Jahre.

467. Die bis zur Zeit, wo ein Dritter ein bestimmtes Alter erreicht haben wird, bewilligte Nutznießung, dauert bis zu diesem Zeitpunkte, selbst wenn der Dritte vor dem bestimmten Alter mit Tod abginge.

468. Der Verkauf einer, der Nutznießung unterworfenen, Sache, bewirkt an dem Rechte des Nutznießers keine Veränderung; er verbleibt im Genuße der Nutznießung, wenn er derselben nicht förmlich entsagt hat.

469. Die Gläubiger des Nutznießers können die zu ihrem Nachtheil gemachte Entsagung als nichtig erklären lassen.

470. Wenn nur ein Theil einer, der Nutznießung unterworfenen, Sache zu Grunde gegangen ist, so besteht die Nutznießung auf dem übriggebliebenen Theile fort.

471. Haftet die Nutznießung bloß auf einem Gebäude, und wird dieses durch eine Feuersbrunst oder einen andern Zufall zerstört, oder stürzt es Altershalber ein, so steht dem Nutznießer kein Recht, weder auf den Genuß des Bodens noch der Materialien, zu.

Haftet aber die Nutznießung auf einem Gute, wovon das Gebäude einen Theil ausmacht, so gebührt dem Nutznießer der Genuß des Bodens und der Materialien.

## Zweites Kapitel.

### Von dem Gebrauche und von der Wohnung.

472. Die Gebrauchs- und Wohnungsrechte werden durch die That des Menschen festgesetzt und gehen auf gleiche Weise wie die Nutznießung verloren.

473. Derjenige, der ein Gebrauchs- oder Wohnungsrecht hat, muß, gleichwie der Nutznießer, Bürgschaft leisten, so wie Verzeichnisse und ein Inventar aufstellen lassen.

474. Der Gebrauchs- und der Wohnungsberechtigte sollen als gute Häuſsväter genießen.

475. Die Gebrauchs- und Wohnungsrechte bestimmen sich nach der Urkunde, worauf sie gegründet sind, und erhalten, nach deren Verfügungen, mehr oder weniger Ausdehnung.

Erklärt sich die Urkunde über die Ausdehnung dieser Rechte nicht, so werden diese auf folgende Art bestimmt.

476. Wer den Gebrauch der Früchte eines Grundgutes hat, kann davon nur so viel fordern, als er für seine und seiner Familie Bedürfnisse nothwendig hat.

Er kann davon sogar für die Bedürfnisse der Kinder fordern, die ihm seit der Einräumung des Gebrauchs geboren worden sind.

477. Der Gebrauchsberechtigte kann sein Recht einem Andern weder abtreten noch verpachten.

478. Wer das Wohnungsrecht in einem Hause hat, kann darin mit seiner Familie wohnen, selbst wenn er zur Zeit, da ihm dieses Recht verliehen worden ist, nicht verheirathet war.

479. Das Wohnungsrecht beschränkt sich auf das, was der Wohnungsberechtigte nebst seiner Familie zur Wohnung nothwendig hat.

480. Das Wohnungsrecht kann weder abgetreten noch verpachtet werden.

481. Wenn der Gebrauchsberechtigte alle Früchte des Grundstücks verbraucht, oder das ganze Haus einnimmt, so muß er, gleichwie der Nutznießer, die Anbaukosten, die Unterhaltsausbesserungen und die jährlichen Lasten auf sich nehmen.

Zieht er nur einen Theil der Früchte oder bewohnt er nur einen Theil des Hauses, so trägt er nach Verhältniß seines Genußes bei.

---

## Vierter Titel.

### Von den Dienstbarkeiten oder Grunddiensten.

482. Eine Dienstbarkeit ist eine Last, welche einem Grundgute zum Gebrauche und Nutzen eines, einem andern Eigenthümer zugehörigen, Grundstückes aufgelegt ist.

483. Sie entsteht entweder aus der natürlichen Lage der Orte, oder aus gesetzlichen Verbindlichkeiten, oder aus der That des Menschen.

---

---

---

Erstes Kapitel.

## Von den Dienstbarkeiten, die aus der Lage der Orte entstehen.

484. Die tiefer gelegenen Grundgüter müssen das Wasser aufnehmen, welches seinem natürlichen Laufe nach, von den höhergelegenen Grundgütern abfließt.

Der Eigenthümer des tiefern Grundstücks darf zur Verhinderung dieses Abflusses keinen Damm aufführen.

Der Eigenthümer des obern Grundgutes darf nichts unternehmen was die Dienstbarkeit des untern Grundstücks erschwert.

Er kann jedoch sein Wasser in Gräben oder Wasserleitungen (Rinnen) sammeln und dasselbe auf das untere Grundgut fließen lassen.

485. Der Eigenthümer des obern Grundgutes muß jedoch, unter Strafe des Schadenersatzes, den Eigenthümer des untern Gutes, bevor die zur Anlegung dieser Gräben nöthigen Arbeiten gemacht werden, davon einberichten, und sie müssen

---

auf die für das tiefer liegende Grundgut mindest schädliche Weise angelegt werden.

486. - Wer auf seinem Grundgute eine Quelle hat, kann sich derer nach Willkühr bedienen, mit Vorbehalt des Rechtes, welches der Eigenthümer des untern Grundgutes durch Urkunde oder Verjährung erworben haben könnte.

487. Die Verjährung kann in diesem Falle nur durch einen dreißigjährigen ununterbrochenen Genuß erworben werden, und zwar von dem Augenblicke an zu rechnen, wo der Eigenthümer des tiefer gelegenen Grundstückes, auf dem höheren Grundgute sichtbare Werke, die bestimmt sind und dazu gedient haben den Fall und Lauf des Wassers auf sein Eigenthum zu erleichtern, angelegt und vollendet hat.

488. Der Eigenthümer einer Quelle darf den Lauf derselben nicht verändern, wenn sie den Einwohnern einer Gemeinde, eines Dorfes oder Weilers das denselben nöthige Wasser verschafft; wenn aber die Einwohner derselben den Gebrauch davon weder erworben noch verjährt haben, so kann der Eigenthümer eine durch Sachkundige zu bestimmende Entschädigung fordern.



---

489. Derjenige, dessen Eigenthum längs einem fließenden Wasser liegt, kann sich desselben, da wo es vorbeifließt, zur Wässerung seiner Güter bedienen.

Derjenige, durch dessen Grundgut dieses Wasser fließt, kann sich dessen, der Strecke nach, die es durchläuft, ebenfalls bedienen, mit der Verbindlichkeit jedoch, dasselbe bei dem Ausflusse aus seinem Grundstücke wieder in seinen gewöhnlichen Lauf zu leiten, unbeschadet, sowohl in dem einen als dem andern Falle, der erworbenen Rechte, der Ortsverordnungen und Gebräuche.

490. Die Mühlen und Hüttenwerke können, entgegengesetzte Gebräuche oder Gegenverträge vorbehalten, die zur Wässerung der Güter bestimmten Wasser nicht ableiten.

491. Das Regenwasser und jenes, welches verfließen sich natürlicher Weise auf die Straßen ergießt, stehen dem ersten Besiznehmer zu Gebote, jedem seinem Grundgute gegenüber, unbeschadet der polizeilichen Straßenverordnungen.

492. Die Verfügung des vorhergehenden Artikels erstreckt sich nicht auf die Quellwasser, oder auf die Abflüsse der Brunnen, der Ställe oder

---

Mistgruben, welche auf die Straßen in offenen oder geschlossenen, mit Genehmigung der Polizei errichteten, Canälen fließen, dieselben verbleiben in dem Eigenthume derjenigen, welche in dieser Beziehung eine Urkunde oder den Besiß haben.

493. Jeder Eigenthümer kann seinen Nachbar zur Abmarkung ihrer aneinandergrenzenden Grundgüter zwingen. Die Abmarkung geschieht auf gemeinschaftliche Kosten.

494. Jeder Eigenthümer ist berechtigt, sein Grundgut einzuschließen, außer es sey mit einem Weidgangsrecht behaftet, und mit Vorbehalt der in den Artikeln 529 und 556 enthaltenen Verfügungen.

---

## Zweites Kapitel.

Von den durch das Gesetz festgesetzten Dienstbarkeiten.

495. Die durch das Gesetz festgesetzten Dienstbarkeiten haben den öffentlichen Nutzen oder den einer Gemeinde oder den Nutzen der Privatpersonen zum Gegenstande.

496. Die zum öffentlichen oder Gemeinde-Nutzen eingeführten Dienstbarkeiten bestehen in dem Leinpfade längs den Wassern, in dem Bau oder der Ausbesserung der Straßen und anderer öffentlicher oder Gemeinde-Werken.

Alles was diese Gattung von Dienstbarkeiten betrifft, ist durch Gesetze oder besondere Reglemente bestimmt.

497. Das Gesetz unterwirft die Eigenthümer gegenseitig verschiedenen Verbindlichkeiten, ohne Rücksicht auf irgend eine Übereinkunft.

498. Diese Verbindlichkeiten betreffen die Mittelmauer und Mittelgraben, den Fall der Errichtung einer Stützmauer, die Aussicht auf das Eigenthum des Nachbarn, die Dachtraufe, das Durchgangrecht und die Wasserleitungen.

---

### Erster Abschnitt.

Von der Mittelmauer und dem Mittelgraben.

499. Jede Scheide-Mauer zwischen Gebäuden bis auf die Höhe wo sie übereinander hinausra-

gen, oder zwischen Höfen und Gärten, ja selbst zwischen Grundstücken, wenn diese in gleicher Höhe sich befinden, wird als Mittelmauer vermuthet, wenn keine Urkunde oder kein Merkmal des Gegentheils vorhanden ist.

Sind die Grundgüter von ungleicher Höhe, und unterstützt eine Mauer das höhere Erdreich, so wird die Mauer als ausschließliches Eigenthum desjenigen angesehen, dessen Grundstück sie unterstützt.

500. Es ist ein Merkmal daß die Mauer nicht gemeinschaftlich sey :

Wenn wirklich bestehende Öffnungen, wie Thüren und Fenster, oder Kennzeichen alter Öffnungen dieser Art, wie Wandbretter, Rahmen und Karnieße sich vorfinden.

Wenn eine Traufe besteht;

Desgleichen wenn nur auf einer Seite entweder eine Mauerkappe oder Steinleisten und Kragsteine, die bei Errichtung der Mauer daselbst angebracht wurden, sich befinden.

In diesen Fällen wird die Mauer als ausschließlich dem Eigenthümer zugehörig betrachtet, zu des-

sen Gunsten die Öffnungen angebracht sind oder auf dessen Seite die Traufe, die Mauerkrappe oder Leisten und Kragsteine sich befinden.

Die Verzahnungssteine stehen nicht als Beweis einer Mittelmauer.

501. Die Ausbesserung und Wiederaufführung einer gemeinschaftlichen Mauer liegen allen jenen zur Last, welche ein Recht daran haben, und nach Verhältniß der Rechte eines jeden.

502. Jedoch kann jeder Miteigenthümer einer Mittelmauer, sich des Beitrags zur Ausbesserung und Wiederaufbauung überheben, wenn er der Gemeinschaft entsagt, vorausgesetzt jedoch, daß die Mittelmauer kein ihm zugehöriges Gebäude unterstütze.

Diese Verzichtleistung hindert nicht, daß derjenige, der seiner Gemeinschaft entsagt hat, nicht zu den Ausbesserungen, zu denen er durch seine Handlung Anlaß gegeben, gehalten werde.

503. Jeder Miteigenthümer kann gegen eine Mittelmauer bauen und darin bis zur Hälfte ihrer Dicke Balken oder Durchzüge einlegen.

Jedoch kann er in derselben keine Einbrechung machen, weder irgend ein Werk daran anlegen oder darauf stützen, ohne vorher die Einwilligung des Miteigenthümers einzuholen, oder, auf dessen Verweigerung, durch Sachkundige die erforderlichen Mittel bestimmen zu lassen, wie das neue Werk gemacht werden könne, ohne den Rechten des andern schädlich zu seyn.

504. Jeder Miteigenthümer kann die Mittelmauer erhöhen lassen, jedoch muß er die Erhöhungskosten und die Unterhaltsausbesserungen über der Stelle, wo die gemeinschaftlich schließende Mauer aufhört, allein bezahlen.

505. Ist die Mittelmauer nicht stark genug, um die Erhöhung zu ertragen, so muß derjenige, der sie erhöhen will, selbige auf eigene Kosten von Neuem aufführen lassen, und das, um was sie dicker wird, muß auf seiner Seite genommen werden.

In den Fällen des gegenwärtigen und vorhergehenden Artikels ist der Miteigenthümer überdies gehalten, seinen Nachbarn, wegen des Schadens, den dieser aus der Erhöhung [oder der neuen Aufführung selbst temporär erlitten hätte, zu entschädigen.

---

506. Der Nachbar, welcher zur Erhöhung nichts beigetragen hat, kann die Gemeinschaft derselben erwerben, wenn er die Hälfte der Erhöhungskosten und den Werth der Hälfte des Bodens ersetzt, der für den allfälligen Zusatz an Dicke angewendet worden ist.

507. Jeder an eine Mauer angrenzende Eigenthümer hat ebenfalls das Recht sie ganz oder zum Theil gemeinschaftlich zu machen, wenn er dem Eigenthümer der Mauer die Hälfte ihres Werths, oder die Hälfte des Werths desjenigen Theils, welchen er gemeinschaftlich machen will, und die Hälfte des Werths des Bodens, worauf die Mauer gebaut ist, bezahlt, mit der fernern Verbindlichkeit, die erforderlich erachteten Arbeiten, um dem Nachbarn nicht zu schaden, auszuführen.

508. Es darf gegen eine Mittelmauer weder Mist, Holz, Erde, noch ein anderer ähnlicher Gegenstand angehäuft werden, ohne alle erforderliche Vorsorge zu treffen, auf daß diese Anhäufungen weder durch ihre Feuchtigkeit noch durch ihren Druck oder ihre zu große Höhe, noch auf was immer für eine Art Schaden zufügen können.

509. Wenn die verschiedenen Stockwerke eines Hauses verschiedenen Eigenthümern gehören, und in den Eigenthumsurkunden die Art der Ausbesserungen und des Wiederaufbaues nicht festgesetzt ist, so sollen diese auf folgende Weise geschehen:

Die Hauptmauern und das Dach fallen sämtlichen Eigenthümern zur Last, jedem nach Verhältniß des Werthes des ihm zugehörigen Stockwerkes.

Der Eigenthümer eines jeden Stockwerkes macht und unterhält den Fußboden, auf dem er geht, und es ist dem untern Eigenthümer erlaubt, an demselben seine Zimmerdecke zu befestigen, und zwar ohne Entschädigung.

Der Eigenthümer des ersten Stockwerkes macht und unterhält die Treppe, die dahin führt; der Eigenthümer des zweiten Stockwerkes macht und unterhält die Treppe, die vom ersten Stocke zu dem seinigen führt, und so weiter.

Die Gewölbe liegen dem Eigenthümer desjenigen Gemaches zur Last, zu welchem selbige gehören.

510. Wird eine Mittelmauer oder ein Haus wieder aufgebaut, so dauern die Aktiv- und Passiv-



dienstbarkeiten, wenn sie durch Verjährung nicht erloschen sind, in Hinsicht der neuen Mauer oder des neuen Hauses fort; jedoch können sie nicht erschwert werden.

511 Alle Gräben zwischen zwei Grundstücken werden als gemeinschaftlich vermuthet, wenn keine Urkunde oder keine Merkmale, die das Gegentheil beweisen, vorhanden sind.

512. Ein Merkmal der Nichtgemeinschaft ist, wenn der Erdwall oder der Auswurf der Erde sich nur auf einer Seite des Grabens befindet, und seit drei Jahren daselbst angehäuft ist.

Der Graben wird als ausschließliches Eigenthum desjenigen angesehen, auf dessen Seite sich der Auswurf befindet.

Diese Vermuthung hört auf, wenn die abschüssige Lage des Bodens oder jedes andere augenscheinliche Hinderniß die Erde nur auf eine Seite zu werfen nöthiget.

513. Der gemeinschaftliche Graben muß auf gemeinschaftlichen Kosten unterhalten werden.

514. Jede andere Einzäunung, welche Grund-

stücke scheidet, wird als gemeinschaftlich gehalten, es sey denn, daß nur eines der Grundgüter im Verzäunungsstande wäre, oder daß das Gegentheil bewiesen würde.

515. Die in einer gemeinschaftlichen Hecke sich befindlichen Bäume sind gemeinschaftlich wie die Hecke, und jeder der beiden Eigenthümer hat das Recht zu begehren, daß sie umgehauen werden.

---

### Zweiter Abschnitt.

Von der Entfernung und den Zwischenwerken, welche bei gewissen Gebäuden, Ausgrabungen und Pflanzungen erheischt werden.

516. Derjenige, der ein Haus oder auch nur eine Mauer aufführen will, kann auf den Grenzen selbst seines Eigenthumes bauen, unbeschadet des Rechtes, welches der Nachbar, in Gemäßheit des Artikels 507. hat, die Mauer gemeinschaftlich zu machen.

517. Niemand kann, einen Schöpfbrunnen, eine Cisterne oder eine Abtrittsgrube neben einer gemeinschaftlichen oder nicht gemeinschaftlichen Mauer graben, außer in einer Entfernung von sechs Schuh,

---

es sey denn, er führe auf seinem Boden eine hinreichende Mauer oder Gegenmauer auf, um dadurch jedem aus diesen Werken für den Nachbar entstehenden Nachtheil vorzubeugen.

518. Niemand kann gegen eine gemeinschaftliche oder nicht gemeinschaftliche Mauer in einer kleinern Entfernung als von drei Schuh eine Schmiede oder einen Backofen aufbauen, außer er lasse auf seinem Boden eine hinreichende Mauer oder Gegenmauer aufführen, um dadurch jedem aus diesen Werken für den Nachbar entstehenden Nachtheil vorzubeugen.

In allen Fällen wird die Aussicht der Polizei vorbehalten.

519. Niemand darf an einer gemeinschaftlichen oder nicht gemeinschaftlichen Mauer einen Stall oder ein Salzmagazin oder eine Anhäufung ägenden Stoffe aufrichten, wofern er nicht auf eigenem Boden eine hinreichende Mauer oder Gegenmauer aufbauet, um seinen Nachbar vor Schaden zu schützen.

520. Niemand darf an eine seinem Nachbar ganz zugehörige Mauer einen Raminschlauch oder einen Feuerherd anlegen.

521. Dem Eigenthümer eines Grundstücks ist es nur insofern erlaubt, einen Graben oder eine Wasserleitung darin aufzuwerfen, als er bis zur Scheidelinie beider Güter einen, der Tiefe des Grabens oder der Wasserleitung gleichkommenden, Rand stehen läßt, außer er treffe die nöthige Vor-  
sorge, um jeden Schaden von seinem Nachbar ab-  
zuwenden.

522. Hochstämmige Bäume, welche nicht Frucht-  
bäume sind, dürfen nur fünfzehn Schuh, und die  
Kastanien-, Nuß- und Eichenbäume nur zwanzig Schuh  
von der Grenzlinie beider Grundgüter gepflanzt  
werden.

Die andern Fruchtbäume und die Weiden können  
nur in der Entfernung von acht Schuh von der  
nämlichen Linie gepflanzt werden, ausgenommen  
die Weinlauben und die Spaliere, deren Pflanzung  
in einer Entfernung von anderthalben Schuh ge-  
schehen kann.

Diese Verfügungen sind auf die Kastanienwälder  
und andere bestehende Waldungen, in deren Betreff  
die beständigen und anerkannten Gebräuche der Ge-  
meinden beibehalten werden, nicht anwendbar.

---

Wenn zwei Grundgüter durch einen Bach, eine Straße oder einen öffentlichen Fußweg getrennt sind, so wird die Breite des Baches, der Straße oder des Fußweges um so viel in der Entfernung einbegriffen.

523. Der Nachbar hat immer das Recht zu verlangen, daß die Bäume, welche in Zukunft in einer geringern Entfernung gepflanzt würden, umgehauen werden.

Derjenige, auf dessen Eigenthum die Äste von des Nachbars Bäumen überhangen, kann diesen letztern zwingen, dieselben abzuschneiden.

Erstrecken sich die Wurzeln bis in sein Grundgut, so hat er das Recht dieselben darin selbst abzuschneiden.

524. Der Eigenthümer eines Grundgutes darf dasselbe nicht mit einer lebendigen Hecke einschließen, außer in einer Entfernung von einem Schuh von der Scheidelinie der beiden Grundgüter.

Die Entfernung muß von zwei Schuh seyn, wenn das angrenzende Gut ein Garten oder ein Weinberg ist.

---

### Dritter Abschnitt.

Von der Aussicht auf das Eigenthum des Nachbars.

525. Ein Nachbar darf ohne Bewilligung des andern, in der Mittelmauer kein Fenster oder Öffnung, auf welche Art dieses auch geschehen mag, anbringen.

526. Der Eigenthümer einer nicht gemeinschaftlichen Mauer kann in derselben Aussichten oder Fenster anbringen, obschon diese Mauer unmittelbar an das Grundgut eines Andern stoßt; er kann aber diese Aussichten oder Fenster mit ins Kreuz eingesetzten Eisenstangen nicht versehen, außer die Außenseite der Mauer, in der man dieselben anbringt, sey vom Grundgute des Nachbars um neun Schuh entfernt.

Dieses Verbot hört auf wenn eine Dienstbarkeit besteht, oder wenn zwischen den zwei Grundgütern ein Weg, oder eine kleine Gasse von einer geringern Breite, als die obenerwähnte, sich befindet.

527. Wenn das Recht der Aussicht durch Urkunde oder durch Verjährung erworben worden ist,

---

so kann der Nachbar nicht näher als neun Schuh dem gegenüberstehenden Gebäude bauen.

---

### Vierter Abschnitt.

#### Von der Dachtraufe.

528. Jeder Eigenthümer soll seine Dächer so einrichten, daß das Regenwasser auf seinen Boden oder auf die öffentliche Straße, mit Vorbehalt der Polizeiaufsicht, sich ergieße; er kann dasselbe nicht auf das Grundstück seines Nachbarn ablaufen lassen.

---

### Fünfter Abschnitt.

#### Von dem Durchgangrechte und von den Wasserleitungen.

529. Der Eigenthümer, dessen Grundgüter eingeschlossen sind und der keinen Ausweg auf eine öffentliche Straße hat, kann zur Ausbeutung seines Grundgutes einen Durchgang über die Grundgüter seiner Nachbarn fordern, mit der Verbindlichkeit, eine dem Schaden, den dieser Durchgang verursachen kann, verhältnißmäßige Entschädigung zu entrichten.

530. Der Durchgang muß, in der Regel, auf jener Seite genommen werden, wo er von dem eingeschlossenen Grundstücke am kürzesten zur öffentlichen Straße führt.

531. Er muß jedoch in demjenigen Orte bestimmt werden, wo er dem Eigenthümer, über dessen Grundstück er gestattet wird, am unschädlichsten ist.

532. Wenn das Grundgut in Folge eines Verkaufs, eines Vertausches oder einer Vertheilung eingeschlossen worden ist, so sind die Verkäufer, die Vertauscher oder Vertheiler den Durchgang, selbst ohne Entschädigung, zu gestatten verbunden.

533. Wenn der, dem eingeschlossenen Grundstücke gestattete, Durchgang, durch die Vereinigung dieses Grundstückes mit einem andern, welches an eine öffentliche Straße grenzt, nothwendig zu seyn aufhört, so kann der Eigenthümer des dienstpflichtigen Grundstückes immer verlangen, daß der Durchgang aufgehoben werde; ist eine Entschädigung bezahlt worden, so soll deren Preis zurückgegeben werden.



---

534. Der erforderliche Durchgang kann auch begehrt werden während der todten Jahreszeit, für die Ausbeutung der Wälder, ja selbst einzelner Bäume, welche man nur durch das tiefergelegene Grundgut ausziehen kann, unter der Verbindlichkeit, eine dem durch diesen Durchgang verursachten Schaden verhältnißmäßige Vergütung zu bezahlen.

535. Die Klage auf Entschädigung, in dem von dem Artikel 529 vorgesehenen Falle, ist verjährbar, und das Durchgangsrecht besteht fort, obgleich die Entschädigungsklage nicht mehr zulässig ist.

536. Ein oder mehrere Eigenthümer, denen zur Bewässerung ihrer Güter das Wasser fehlt, können einen Durchgang für das Wasser mittelst Anlegung einer Wasserleitung auf fremden Grundgütern verlangen, unter der Verbindlichkeit, eine dem zu diesem Dienste nothwendigen Boden verhältnißmäßige Entschädigung, mit dem Sechstel darüber, zu bezahlen.

Dieser Sechstel darüber wird für Gemeindegüter nicht entrichtet.

Der Eigenthümer der Wasserleitung haftet für jeden Schaden, der daraus entstehen kann.

537. Die Gemeinde, das Dorf oder der Weiler, welcher nicht genugsam mit Brunnen versehen ist, kann zur Anlegung neuer Brunnen, mittelst der im vorhergehenden Artikel bestimmten Entschädigung, den nöthigen Durchgang verlangen.

538. Der in den zwei vorgehenden Artikeln erwähnte Durchgang soll, in der Regel, da genommen werden, wo er den dazwischen gelegenen Grundgütern am wenigsten schädlich wird.

Der Durchgang kann, wider den Willen der Eigenthümer, nicht durch Gebäude, Höfe, Gärten und eingemauerte Räume genommen werden.

---

### Drittes Kapitel.

Von den durch die That des Menschen festgesetzten Dienstbarkeiten.

---

#### Erster Abschnitt.

Von den verschiedenen Gattungen der Dienstbarkeiten, welche auf den Gütern errichtet werden können.

539. Es ist den Eigenthümern erlaubt, auf ihren Eigenthümen oder zu Gunsten derselben, jede ihnen

beliebigen Dienstbarkeiten zu errichten, wenn nur diese der öffentlichen Ordnung nicht zuwider gehen.

540 Es kann jedoch jeder Vertrag geschlossen werden, mittelst welchem einer Person, ohne Rücksicht auf die von ihr besessenen Güter, die Ausübung eines Rechtes auf das Grundgut eines andern für ihren Nutzen oder Annehmlichkeit eingeräumt wird; dieses Recht darf aber nicht an einen Andern abgetreten noch verpachtet werden, weder sich über das Leben derjenigen, die dieses Recht zuerst erhalten haben, erstrecken, noch zu Gunsten ihrer Nachfolger festgesetzt werden.

541. Die Ausübung und der Umfang der Dienstbarkeiten richten sich nach der Begründungsurkunde, und, in Abgang der Urkunde, nach den nachstehenden Regeln.

542. Die Dienstbarkeiten sind entweder unabgebrochene oder abgebrochene.

Unabgebrochene Dienstbarkeiten sind diejenigen, deren Ausübung immerwährend ist oder seyn kann, ohne daß dazu die wirkliche Handlung des Menschen erfordert wird, wie die Wasserleitungen, die Strafen, die Ausfichten und andere dieser Art.

---

Abgebrochene Dienstbarkeiten sind jene, zu deren Ausübung die wirkliche That des Menschen nothwendig ist; solche sind: das Durchgangs- und Weiderecht, das Recht Wasser zu schöpfen und andere dergleichen.

543. Die Dienstbarkeiten sind augenscheinliche oder nicht augenscheinliche.

Augenscheinliche Dienstbarkeiten sind diejenigen, welche durch äußere Werke, wie eine Wasserleitung, erkannt werden.

Die Fenster sind nur dann ein augenscheinliches Merkmal einer Dienstbarkeit, wenn sie mit ins Kreuz eingesetzten Eisenstangen versehen sind, den Fall ausgenommen wo eine Bestimmung des Hausvaters besteht.

Nicht augenscheinliche Dienstbarkeiten sind diejenigen, welche kein äußeres Merkmal ihres Daseyns haben, wie z. B. das Verbot, auf einem Grundstück zu bauen, oder nicht über eine bestimmte Höhe zu bauen.

544. Die Dienstbarkeit, Wasser zu schöpfen mittelst eines äußern und fortbestehenden Kanals

---

oder jedes andern ebenfalls äußern und fortbestehenden Werkes, wenn diese Wasserleitung zur Beförderung des Ackerbaues, der Industrie oder zu jedem andern Gebrauche angelegt ist, wird zu den unabgebrochenen und augenscheinlichen Dienstbarkeiten gerechnet.

---

### Zweiter Abschnitt.

Wie die Dienstbarkeiten errichtet werden.

545. Die unabgebrochenen und zugleich augenscheinlichen Dienstbarkeiten werden durch Urkunde oder durch den dreißigjährigen Besitz erworben.

546. Die unabgebrochenen nicht augenscheinlichen Dienstbarkeiten und die abgebrochenen Dienstbarkeiten, sie mögen augenscheinlich seyn oder nicht, können nur durch Urkunden begründet werden.

Jedoch können die Dienstbarkeiten des Durchgangsrechts zu Gunsten gewisser und bestimmter Grundgüter auch durch einen dreißigjährigen Besitz erworben werden, wenn nur dieses Durchgangsrecht nicht als ein mißbräuchliches betrachtet wer-

---

den kann; es wird als solches jedesmal betrachtet, wenn sich ein anderes Durchgangsrecht vorfindet, welches zum Dienste der Grundstücke genugsam ist.

In Betreff der übrigen Dienstbarkeiten ist der, selbst undenkliche, Besitz nicht hinreichend, um dieselben festzusetzen; jedoch kann man Dienstbarkeiten dieser Art, die durch den Besitz bereits erworben sind, gegenwärtig nicht mehr bestreiten.

547. Die Bestimmung des Hausvaters gilt in Betreff der unabgebrochenen und zugleich augenscheinlichen Dienstbarkeiten als eine Urkunde.

548. Die Bestimmung des Hausvaters hat nur insofern statt, wenn es erwiesen ist, daß die zwei, gegenwärtig getrennten, Grundgüter dem nämlichen Eigenthümer gehört haben, und daß durch ihn die Sachen in den Zustand gesetzt worden sind, woraus die Dienstbarkeit hervorgeht.

549. Wird eines dieser Grundgüter veräußert, ohne daß der Vertrag, in Rücksicht der Dienstbarkeit eine Übereinkunft enthält, so dauert selbe auf eine active oder passive Art, zu Gunsten des veräußerten Grundgutes, oder auf demselben fort.

550. Wer eine Dienstbarkeit errichtet, wird angesehen, auch alles was zur Ausübung derselben nothwendig ist, zugestanden zu haben.

So bringt die Dienstbarkeit des Wassers schöpfens aus einem fremden Brunnen das Durchgangsrecht nothwendig mit sich.

551. Die von einem Miteigenthümer eines unvertheilten Grundstückes zugestandene Dienstbarkeit wird nur alsdann als begründet und in der That auf dem Grundgute haftend betrachtet, wenn die andern Miteigenthümer dieselbe sämmtlich oder einzeln auch zugestanden haben.

Die von einigen Miteigenthümern, unter was immer für einem Titel, gemachten Dienstbarkeitsbewilligungen bleiben so lange schwebend, als alle andern denselben nicht beigestimmt haben.

Wenn jedoch die Bewilligung von einem Miteigenthümer ohne Beistimmung der Andern gestattet worden ist, so dürfen weder der Eigenthümer von dem die Bewilligung ausgeht, noch seine Nachfolger, selbst unter besonderm Titel, noch seine Rechts habenden nichts thun was die Ausübung des bewilligten Rechtes hindern könnte.

### Dritter Abschnitt.

Von den Rechten des Eigenthümers des Grundgutes, welchem die Dienstbarkeit zukommt.

552. Derjenige, dem eine Dienstbarkeit zukommt, hat das Recht, alle zu deren Ausübung und Erhaltung nothwendigen Werke zu machen.

553. Die Kosten dieser Werke hat er, und nicht der Eigenthümer des dienstpflichtigen Grundgutes zu tragen, außer die Begründungsurkunde der Dienstbarkeit enthalte das Gegentheil.

Wenn jedoch der Eigenthümer des dienstpflichtigen Grundgutes aus denselben Werken einigen Vortheil bezieht, so sollen die Kosten von beiden Eigenthümern nach Verhältniß des Nutzens, den ein jeder von ihnen davon hat, ertragen werden.

554. In dem Falle selbst, wo der Eigenthümer des dienstpflichtigen Bodens die Verbindlichkeit hat, die zur Ausübung oder zur Erhaltung der Dienstbarkeit erforderlichen Werke, entweder ganz oder zum Theil zu machen, kann er sich jederzeit von dieser Obliegenheit befreien, wenn er den Theil des



---

Grundstücks, auf welchem sich die Dienstbarkeit ausübt, dem Eigenthümer des Grundgutes, welchem die Dienstbarkeit zusteht, abtritt.

555. Wird das Grundstück, zu dessen Vortheil die Dienstbarkeit errichtet ist, vertheilt, so muß dieselbe jedem Theile geleistet werden, ohne daß jedoch der Zustand des dienstpflichtigen Grundgutes dadurch erschwert werden darf.

So sind, z. B., im Falle eines Durchgangsrechtes, alle Miteigenthümer verbunden, dasselbe auf dem nämlichen Wege auszuüben.

556. Der Eigenthümer des die Dienstbarkeit schuldigen Grundgutes darf nichts thun, was deren Ausübung schmälern oder unbequemer machen könnte.

So kann er weder den Zustand der Orte verändern, noch die Ausübung der Dienstbarkeit auf einen andern Ort versetzen, als den worauf sie ursprünglich angewiesen worden ist.

Wäre jedoch diese ursprüngliche Anweisung dem Eigenthümer des dienstpflichtigen Grundgutes beschwerlicher geworden, oder hinderte sie ihn vortheilhafte Ausbesserungen daran vorzunehmen, so kann

er dem Eigenthümer des andern Grundstückes einen zur Ausübung seines Rechtes eben so bequemen Ort anweisen, und dieser muß es annehmen.

557. Seinerseits darf der zu einer Dienstbarkeit Berechtigte weder auf dem dienstpflichtigen Grundstück noch auf demjenigen, welchem die Dienstbarkeit zusteht, eine Veränderung vornehmen, welche den Zustand des erstern erschwert.

---

#### Vierter Abschnitt.

Wie die Dienstbarkeiten erlöschen.

558. Die Dienstbarkeiten hören auf, wenn die Sachen sich in einem solchen Zustande befinden, daß man dieselben nicht mehr ausüben kann.

559. Sie leben wieder auf, wenn die Sachen wieder so hergestellt sind, daß man dieselben ausüben kann, außer es wäre schon ein hinreichender Zeitraum verflossen, welcher in Gemäßheit der Artikel 561 und folgenden die Vermuthung begründet, daß die Dienstbarkeit erloschen sey.

560. Jede Dienstbarkeit ist erloschen, wenn das Grundstück, dem sie zusteht, und dasjenige, welches sie zu leisten hat, in den Händen des nämlichen Eigenthümers vereinigt sind.

561. Die Dienstbarkeit erlischt durch den alleinigen Nichtgebrauch während dreißig Jahren.

562. Die dreißig Jahre nehmen je nach den verschiedenen Gattungen der Dienstbarkeit ihren Anfang; bei abgebrochenen Dienstbarkeiten von dem Tage, wo man derselben zu genießen aufgehört hat, bei unabgebrochenen aber von dem Tage an, wo eine der Dienstbarkeit zuwiderlaufende Handlung statt gehabt hat.

563. Die Ausübungs-Weise der Dienstbarkeit kann, wie die Dienstbarkeit selbst, und auf die nämliche Art, verjährt werden.

564. Wenn das zur Dienstbarkeit berechnigte Grundgut unvertheilt Mehrern zugehört, so verhindert der Genuß des Einen die Verjährung gegen alle.

565. Wenn unter den Miteigenthümern sich einer

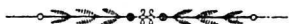
befindet, wider welchen die Verjährung nicht laufen konnte, so hat dieser das Recht aller übrigen verwahrt.

Ende des zweiten Buches.



## Übergangsgesetz.

über die Inkraftsetzung des ersten und zweiten  
Civilgesetzbuches.



## Der Große Rath

der

Republik und Kantons Valais,

Auf den Vorschlag des Staatsrathes;

**Verordnet :**

Art. 1. Der Einleitungstitel und die zwei ersten Civilgesetzbücher in 565 Artikeln, werden mit dem ersten Brachmonat 1846 vollziehbar.

Von dieser Zeit an, sind der Einleitungstitel und das erste Civilgesetzbuch vom 3ten Christmonat 1842, das zweite Civilgesetzbuch vom 26sten May 1843 und die darauf bezüglichen Übergangsgesetze abgeschafft.

Art. 2. Die Erbschaft eines Abwesenden, welche vor dem 1sten Heumonat 1843 eröffnet worden ist, fällt denjenigen zu, welche durch das vor dieser Zeit in Kraft bestehende Gesetz dazu berufen sind, obschon sie den Besitz derselben noch nicht eingenommen hätten.

Die Verfügungen des 4ten Titels des 1sten Civilgesetzbuches sind übrigens anwendbar.

Allenfalls werden die Erbschaften, in deren Besitz die Erben vor dem 1sten Heumonat 1843 waren, fortfahren nach dem vor dieser Zeit in Kraft bestandenen Gesetze geregelt zu werden.

Art. 3. Die Verfügungen der Art. 142 und folgenden, in Betreff der An- und Zuerkennung der unehelichen Kinder, sind auf jene dieser Kinder nicht anwendbar, welche in den dreihundert Tagen, von dem 1sten Brachmonat 1846 einschließ- lich an gerechnet, geboren werden.

Art. 4. Der Unterhalt der unehelichen, vor dem 1sten Heumonats 1843, gebornen Kinder wird laut des beim Augenblicke ihrer Geburt in Kraft bestehenden Gesetzes geregelt.

Art. 5. Die Väter und Mütter, welche das Inventar der Güter ihrer minderjährigen Kinder, deren Genuß oder Verwaltung sie haben, noch nicht gemacht hätten, sind dazu in Gemäßheit des 181sten Artikels des bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet, wenn schon ihr Recht vor dem 1sten Heumonats 1843 bestanden hätte.

Art. 6. Die von dem Artikel 287 des Civilgesetzbuches einem vor dem 1sten Heumonats 1843 volljährig gewordenen Individuum zugestandene Verjährung des Klagerrechtes wird, den alten Gesetzen gemäß, zu laufen fortfahren; in jedem Falle wird dieselbe zehn Jahre, nach der besagten Zeit, erworben seyn.

Art. 7. Die Verjährung der Schuldtitel und konstituirten Renten, welche vor dem 1sten Jänner 1844 ausgestellt worden sind, findet in Gemäßheit des vor dieser Zeit bestandenen Rechtes statt.

Art. 8. Die Schuldbriefe und konstituirten Ren-

---

ten werden, hinsichtlich des verfügbaren Theils, von dem vor dem 1sten Jänner 1844 in Kraft bestandenen Rechte geregelt.

Art. 9. Im Falle eines Unterschieds zwischen der Summe, welche den wirklichen Werth der Ausbesserungen vorstellt und derjenigen, welche in der That ausgegeben wurde, kann der Besitzer einzig auf die kleinere dieser zwei Summen, selbst für die vor dem 1sten Jänner 1844 stattgefundenen Ausbesserungen, Anspruch machen.

Art. 10. Die Klage um Verfall der Nutznießung, die nicht vor dem 1ten Jänner 1844 anhängig gemacht worden ist, kann es nicht mehr werden, außer nach Vorschrift des Civilgesetzbuches.

Die Verfügungen erwähnten Gesetzbuches sind übrigens sowohl auf die vor dem 1sten Jänner 1844 eröffnete als nachher zu eröffnende Nutznießung anwendbar.

Art. 11. Die Verfügungen in Betreff der Mittelmauer und des Mittelgrabens sind auch auf die vor dem 1sten Jänner 1844 bestehenden Mauern und Gräben anwendbar.



Art. 12. Die Vorschriften des 2ten Civilgesetzbuches, in Bezug auf die bei den Baumpflanzungen zu beobachtenden Entfernungen, sind auf jene Bäume nicht anwendbar, welche vor dem 1sten Jänner 1844 gepflanzt worden sind.

Sind jedoch ausgenommen jene Bäume, welche, laut des 515ten Artikels, zu dieser Zeit in einer Mittelhecke sich befanden.

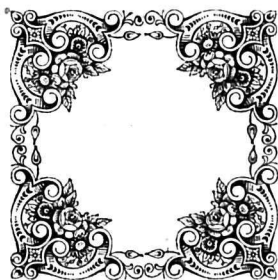
Art. 13. Die Verfügungen der Art. 552 bis 565 einschließlic, sind auf die vor dem 1ten Jänner 1844 erworbenen Dienstbarkeiten anwendbar.

Gegeben im Großen Rathe, zu Sitten, den 5ten Christmonat 1845.

Der Präsident des Großen Rathes :  
**Moriz von Courten.**

Die Schreiber :  
El. Nic. Noten, C. v. Werra.





# **Tabelle.**



## **Einleitungstitel.**

Von der Wirkung und Anwendung der  
Gesetze.

Seite.

3



## **Erstes Buch.**

Von den Personen.

---

## **Erster Titel.**

Von dem Genuße und Verluste der  
bürgerlichen Rechte.

5

## **Erstes Kapitel.**

Von dem Genuße der bürgerlichen Rechte.

5

## **Zweites Kapitel.**

Von den Wirkungen der Einbürgerung im Aus-  
lande und von dem Verluste der bürger-  
lichen Rechte

7

---

## **Zweiter Titel.**

Von den Akten des Civilstandes und  
von derer Berichtigung.

13

---

## **Dritter Titel.**

Von dem Wohnsitze

14

---

## **Vierter Titel.**

Von den Abwesenden.

17

### **Erstes Kapitel.**

Von der Abwesenheitsvermuthung

17

### **Zweites Kapitel.**

Von der Abwesenheitserklärung.

18

### Drittes Kapitel.

Von den Wirkungen der Abwesenheit.	20
------------------------------------	----

#### Erster Abschnitt.

Von den Wirkungen der Abwesenheit in Beziehung auf das Vermögen, welches der Abwesende am Tage des Verschwindens, oder am Tage der letzten Nachrichten besaß.	20
---	----

#### Zweiter Abschnitt.

Von den Wirkungen der Abwesenheit in Beziehung auf die eventuellen Rechte, welche dem Abwesenden zustehen können.	28
---	----

---

### Fünfter Titel.

Von der Ehe	30
-------------	----

#### Erstes Kapitel.

Von den erforderlichen Eigenschaften und Bedingungen, um der Ehe bürgerliche Wirkungen zu geben.	30
--	----

#### Zweites Kapitel.

Von den Verbindlichkeiten, die aus der Ehe entstehen.	30
---	----

### Drittes Kapitel.

Von den gegenseitigen Rechten und Pflichten der Ehegatten.	33
--	----

### Viertes Kapitel.

Von den zweiten Ehen	36
----------------------	----

### Fünftes Kapitel.

Von den bürgerlichen Wirkungen der Scheidung von Bett.	37
--	----

---

## Sechster Titel.

Von der Vaterschaft und der Abstammung.	41
---	----

### Erstes Kapitel.

Von der Abstammung ehelicher oder in der Ehe geborner Kinder	41
--	----

### Zweites Kapitel.

Von den Beweisen der Abstammung der ehelichen Kinder.	44
---	----

### Drittes Kapitel.

Von den unehelichen Kindern.	48
------------------------------	----

**Erster Abschnitt.**

Von der Geburtsrechtiung der unehelichen Kinder. 48

**Zweiter Abschnitt.**

Von der Anerkennung und von dem Ansprüche der unehelichen Kinder. 50

**Dritter Abschnitt.**

Von dem Civilstande, dem Unterhalte und der Erziehung der unehelichen Kinder. 56

---

**Siebenter Titel.**

Von der väterlichen Gewalt. 58

---

**Achter Titel.**

Von der Minderjährigkeit, der Vormundschaft und der Emancipation. 66

**Erstes Kapitel.**

Von der Minderjährigkeit. 66

**Zweites Kapitel.**

Von der Vormundschaft. 66

### Erster Abschnitt.

Von der Uebertragungsart der Vormundschaft	66
§. 1. Von der testamentarischen Vormundschaft.	66
§. 2. Von der Vormundschaft der Ascendenten.	69
§. 3. Von der durch den Familienrath übertragenen Vormundschaft.	70

### Zweiter Abschnitt.

Von dem Nebenvormunde.	73
------------------------	----

### Dritter Abschnitt.

Von der Dauer der Vormundschaft.	74
----------------------------------	----

### Vierter Abschnitt.

Von den Ursachen, welche der Vormundschaft überheben, und von der Verweigerung, dieselbe zu verwalten.	75
--	----

### Fünfter Abschnitt.

Von der Unfähigkeit zur Vormundschaft, von der Ausschließung und Absetzung von derselben.	79
---	----

### Sechster Abschnitt.

Von der Verwaltung des Vormundes.	83
-----------------------------------	----

### Siebenter Abschnitt.

Von den Vormundschaftsrechnungen.	95
-----------------------------------	----

### Achter Abschnitt.

Von den Familienräthen.	98
-------------------------	----



Neunter Abschnitt.

Von der Gerichtsbarkeit über die Vormundschaften.	105
---	-----

Drittes Kapitel.

Von der Emanzipation.	107
-----------------------	-----

---

Neunter Titel.

Von der Volljährigkeit, der Interdiction und von dem gerichtlichen Beistande.	111
---	-----

Erstes Kapitel.

Von der Volljährigkeit.	111
-------------------------	-----

Zweites Kapitel.

Von der Interdiction.	111
-----------------------	-----

Drittes Kapitel.

Von dem gerichtlichen Beistande der Frauen.	119
---	-----

---

Zehnter Titel.

Von der Curatel.	122
------------------	-----

---

## **Zweites Buch.**

Von den Gütern und den verschiedenen Verhältnissen des Eigenthums.

---

### **Erster Titel.**

Von der Unterscheidung der Güter. 124

#### **Erstes Kapitel.**

Von den unbeweglichen Gütern. 124

#### **Zweites Kapitel.**

Von den beweglichen Gütern. 127

#### **Drittes Kapitel.**

Vom Verhältnisse der Güter zu ihren Besitzern. 129

---

### **Zweiter Titel.**

Von dem Eigenthume. 130

#### **Erstes Kapitel.**

Von dem Zuwachsrechte auf das, was die Sache hervorbringt. 131

## **Zweites Kapitel.**

Von dem Zuwachtsrechte auf das, was mit der Sache vereinigt und ihr einverleibt wird.	133
---	-----

### **Erster Abschnitt.**

Von dem Zuwachtsrechte in Beziehung auf unbewegliche Sachen.	134
--	-----

### **Zweiter Abschnitt.**

Von dem Zuwachtsrechte in Beziehung auf bewegliche Sachen.	141
--	-----

---

## **Dritter Titel.**

Von der Nutznießung, dem Gebrauche und von der Wohnung.	144
---	-----

## **Erstes Kapitel.**

Von der Nutznießung.	144
----------------------	-----

### **Erster Abschnitt.**

Von den Rechten des Nutznießers.	145
----------------------------------	-----

### **Zweiter Abschnitt.**

Von den Verbindlichkeiten des Nutznießers	151
---	-----

### **Dritter Abschnitt.**

Wie die Nutznießung sich endiget	159
----------------------------------	-----

## **Zweites Kapitel.**

Von dem Gebrauche und von der Wohnung.	162
--	-----

---

## **Vierter Titel.**

Von den Dienstbarkeiten oder Grund- diensten.	164
--	-----

### **Erstes Kapitel.**

Von den Dienstbarkeiten die aus der Lage der Orte entstehen.	165
---	-----

### **Zweites Kapitel.**

Von den durch das Gesetz festgesetzten Dienstbar- keiten.	168
--	-----

#### **Erster Abschnitt.**

Von der Mittelmauer und dem Mittelgraben	169
--	-----

#### **Zweiter Abschnitt.**

Von der Entfernung und den Zwischenwerken , welche bei gewissen Gebäuden , Ausgra- bungen und Pflanzungen erheischt werden.	176
---	-----

#### **Dritter Abschnitt.**

Von der Aussicht auf das Eigenthum des Nach- bars.	180
---	-----

**Vierter Abschnitt.**

Von der Dachtraufe.	181
---------------------	-----

**Fünfter Abschnitt.**

Von dem Durchgangsrechte und den Wasserleitungen.	181
---	-----

**Drittes Kapitel.**

Von den durch die That des Menschen festgesetzten Dienstbarkeiten.	184
--	-----

**Erster Abschnitt.**

Von den verschiedenen Gattungen der Dienstbarkeiten, welche auf den Grundgütern errichtet werden können.	184
--	-----

**Zweiter Abschnitt.**

Wie die Dienstbarkeiten errichtet werden.	187
---	-----

**Dritter Abschnitt.**

Von dem Rechte des Eigenthümers des Grundgutes, welchem die Dienstbarkeit zukommt.	190
--	-----

**Vierter Abschnitt.**

Wie die Dienstbarkeiten erlöschen.	192
------------------------------------	-----

Übergangsgesetz.	195
------------------	-----



## ERRATA.

Seite. —	Linie. —	Statt	Lies :
28.	2.	Abwsenden . . .	Abwesenden.
144.	12.	Nuſnießung . . .	Nuſnießung.
150.	12.	nich . . . . .	nicht.
158.	4.	Nuſnießer . . .	Nuſnießer.
171.	12.	Wiederaufbaug	Wiederaufbauung.
180.	8.	anbringen . . .	anbringen.
182.	2.	genommeu . . .	genommen.



# Der Staatsrath

der

## Republik und Kantons Wallis,

### Verordnet:

Die zwei ersten Bücher des Civilgesetzbuches der Republik und Kantons Wallis, in 565 Artikeln, sollen am 10ten Mai 1846 dem Referendum der Primarversammlungen unterworfen werden.

Gegeben im Staatsrathe, zu Sitten, den 17ten April 1846, um am 26sten dieses Monats in allen Gemeinden des Kantons bekannt gemacht zu werden.

Der Präsident des Staatsrathes:

**G. DE KALBERMATTEN.**

Der Staatschreiber adjunkt:

BONVIN.

